Preis 1,50 DM

1 H 3752 D

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

RM

4. April 1986

Nummer 10

Ronald Reagan ist Rambo

VON MICHAEL BANOS

In Nordafrika und Mittelamerika zeigte Ronald Reagan Ende März, daß Rambo, der brutale, draufgängerische Kämpfer für den US-Imperialismus keine fiktive Filmfigur ist. Ronald Reagan ist Rambo. Er ist die Symbolfigur eines aggressiven, mörderischen, imperialistischen Systems. Für die Aufrechterhaltung und Ausdehnung der Macht des US-Imperialismus ist der Krieg ein „normales" Mittel, Krieg, der über die direkt Beteiligten hinaus die ganze Welt gefährdet.

Die Angriffe auf Libyen waren von langer Hand geplant, die Manöver in der Großen Syrte provokativ angelegt, die Flugzeug- und Raketenangriffe waren schon mehr als eine Demonstration der Stärke, sie waren kriegerische Handlungen, die aus dem Mittelmeer ein Flammenmeer hätten machen können.

Auch in Mittelamerika verschärft sich die US-Politik des „Rollback". Das Hundert-Millionen-Dollar-Ding ist mit der positiven Senatsentscheidung wohl gelaufen, die Reagan-Administration hat den Rücken frei für weitere Schritte gegen Nicaragua. Das Szenario, das dieser Senatsentscheidung voranging, war gut gemacht. Eine Hetzkampagne mit Hauptdarsteller Ronald Reagan machte aus Nicaragua und seiner Führung den Hort des Bösen in der Welt. Der Ausdruck „Kommunisten" war noch harmlos, „Krebsgeschwür", „Gesetzlose", „Drogenhändler", „Folterer und Judenverfolger", das waren einige Ausdrücke aus Reagans Kampfreden, in denen er weiterhin behauptete, Nicaragua würde genau elf zentral- und lateinamerikanische Länder bedrohen. Und natürlich die USA selbst.

Dann kam das „Hilfeersuchen" aus Honduras, von dem die hondurensische Regierung aber erst erfuhr, als die Sache gelaufen war: US-Hubschrauber transportierten hondurenische Soldaten ins Grenzgebiet nach Nicaragua, wo angeblich sandinistische Soldaten eingedrungen waren. 20 Millionen Dollar „Nothilfe" spendierte Reagan dem Militär in Honduras, und nach dieser ganzen inszenierten „Bedrohung" durch Nicaragua stimmte der Senat den vom Präsidenten geforderten 100 Millionen Dollar für seine Freunde, die Contras, zu. Die 90-Tage-Sperrfrist für 75 Prozent der Gelder ist ein Täuschungsmanöver, niemand glaubt im Ernst an die Möglichkeit einer politischen Lösung in den kommenden drei Monaten, und dann kann Ronald Rambo Reagan seine Schützlinge, die in Nicaragua morden und brandschatzen, die er so gern „Freiheitskämpfer" nennt, voll unterstützen.

Lange Zeit sah es so aus, als würden die USA sich darauf beschränken, ihre konterrevolutionären Freunde mit Geld und Waffen zu unterstützen, sich selbst aber — aus Rücksicht auf das vielzitierte „Vietnam-Trauma" zurückzuhalten. Doch auch das ist vorbei. Die direkte Unterstützung des hondurenischen Militärs durch US-Einheiten und Berater gleicht in vielem dem Beginn des Vietnam-Krieges. Und der Überfall auf Libyen macht noch deutlicher, welche Gefährdung der US-Imperialismus konkret für die Völker ist. „Ich bin ein Contra" hat Ronald Reagan in einer Fernsehrede gesagt. Kein Widerspruch!



Ostermarsch '87: Rund 370000 Ostermarschierer trotzten Regen und Kälte und nahmen trotzalledem an den ca. 300 Veranstaltungen der Friedensbewegung teilt. Der Protest richtete sich hauptsächlich gegen die Bonner Beteiligung an SDI.

Der geheime Milliardendeal

von KARIN WAGNER

Dank Martin Bangemann wissen wir nun endlich, was ein Geheimabkommen ist — ein Abkommen nämlich, von dem wir gar nicht wissen, daß es existiert. Vom SDI-Abkommen wissen wir aber, daß es exisitert, also ist es kein Geheimabkommen. Nur der Text des Abkommens ist geheim. Und das ist ein großer Unterschied — sagt Martin Bangemann.

Außerdem will die Regierung in den nächsten Tagen ja die Abgeordneten über den Inhalt des Abkommens informieren. Und zwar auch die der SPD und sogar die der Grünen. Was wollen wir mehr? Information, bevor unterschrieben wird? Vielleicht gar Entscheidung durch das Parlament oder den Souverän persönlich? Da sei die FDGO vor. Schließlich muß es ja auch in einer Demokratie noch möglich sein, daß diejenigen die Entscheidungen treffen, die auch davon profitieren. Denn die, die nicht davon profitieren, sind ja sowieso immer dagegen.

Profiteur des jetzt doch rechtzeitig zu Ostern unter Dach und Fach gebrachten SDI- und allgemeinen Technologie-Abkommens ist vor allem die Industrie. Nicht umsonst meldet das „Handelsblatt", daß der BDI mit dem Abkommen zufrieden sei. Aus gutem Grund. Denn zwar ist das für die nächsten Jahre in Aussicht gestellte Auftragsvolumen im Rahmen der SDI-Forschung mit 300 Mio DM nicht viel mehr als ein Pappenstiel. Aber bereits für das Jahr 1994 rechnen Experten mit Einnahmen von 69 Mrd. Dollar für die an SDI beteiligten Firmen. Von den zu erwartenden Gewinnen aus dem durch SDI gewonnenen know-how ganz zu schweigen.

Bezahlen müssen wir. Und zwar nicht erst dann, wenn der „Krieg der Sterne" eines Tages tatsächlich machbar geworden ist, sondern schon heute: durch weitgehende Vermilitarisierung der Forschung, durch einen weiteren konventionellen Aufrüstungsschub durch SDI, durch das, was an Kosten für SDI auch auf den deutschen Steuerzahler zukommen wird.



Arbeitnehmer-Votum

Ich will die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten. Deshalb lehne ich die vom Deutschen Bundestag beschlossene Änderung des Streikparagraphen 116 AFG ab.

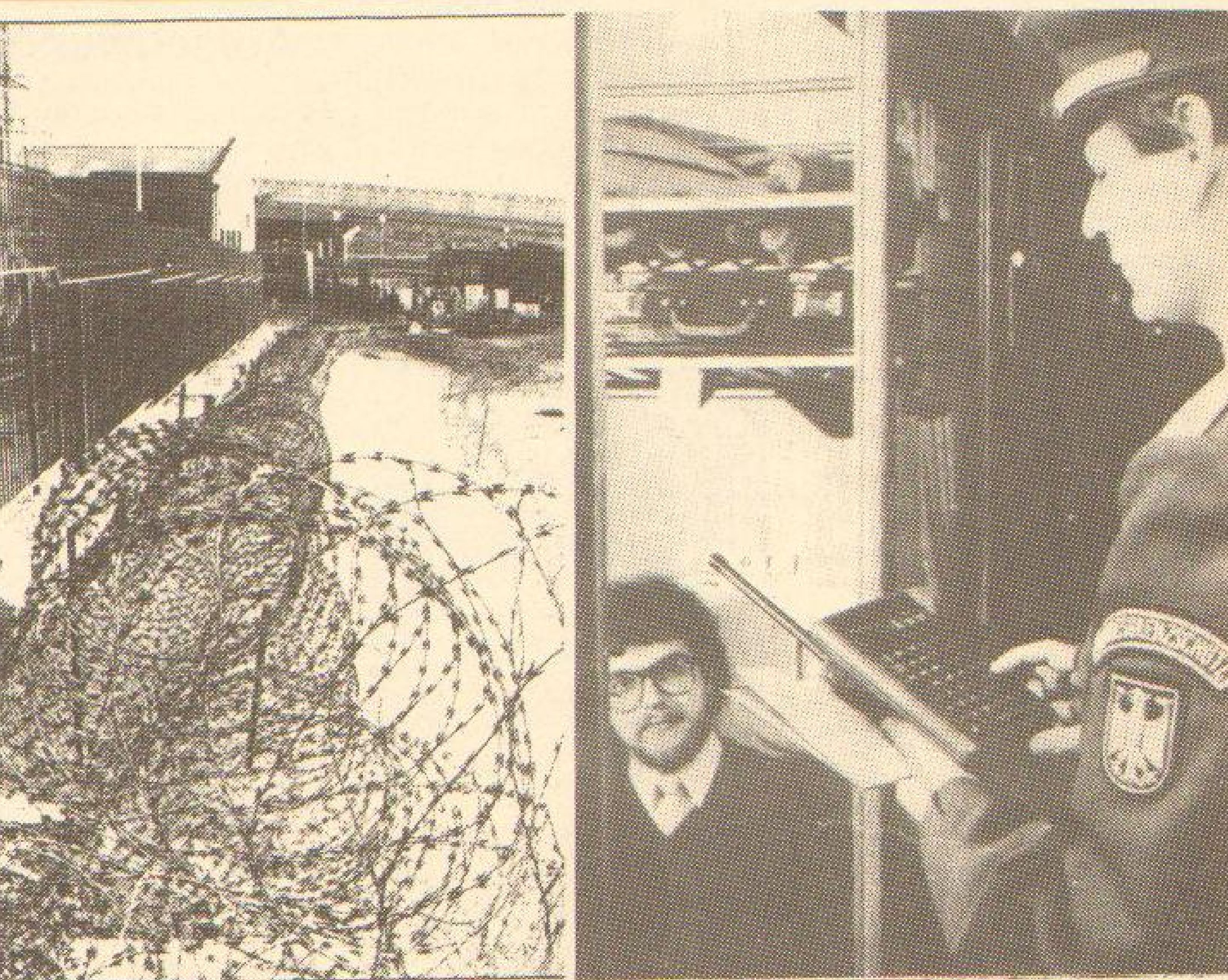


JA



NEIN

Ich versichere, daß ich diese Erklärung nur einmal abgebe.



ABSTIMMUNG: Die DGB-Abstimmung ist angelaufen. Auf 15 Millionen Stimmzetteln soll das „Arbeitnehmer-Votum" gegen die Streikrechts-Änderung abgegeben werden. **Seite 4.** **DRUCKERSTREIK:** Union Busting American Style — Zerstörung der Gewerkschaften nach amerikanischer Art — so überschreibt eine Hamburger Genossin ihre Reportage über den Streik der englischen Drucker gegen den Verleger Murdoch. Parallelen zur Situation im Wende-Deutschland nicht zufällig. **Seite 5.** **UNSICHERHEITSGESETZE:** vier Seiten zum Thema Unsicherheitsgesetze auf den **Seiten 7 - 10.**

Die Inszenierung

80 000 demonstrierten gegen den Bau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage im Taxöldener Forst bei Wackersdorf, ein Höhepunkt des Kampfes nicht nur gegen die Plutoniumfabrik, sondern gegen das Bonner Atomprogramm überhaupt.

Die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung, Siemens, die Deutsche Bank, die Bayrische Staatsregierung, die Bonner Koalition — wo mächtige Interessen auf dem Spiel stehen, verlegt die „wehrhafte Demokratie" ihre Verteidigungslinien mächtig weit nach vorn.

Am 16. März der erste Polizeiüberfall auf eine völlig friedliche Demonstration von WAA-Gegnern. Anlaß für die ersten Stellungnahmen aus dem Innenministerium, die von einer „Eskalation der Gewalt" sprechen, die für Ostern Schlimmes befürchten lasse.

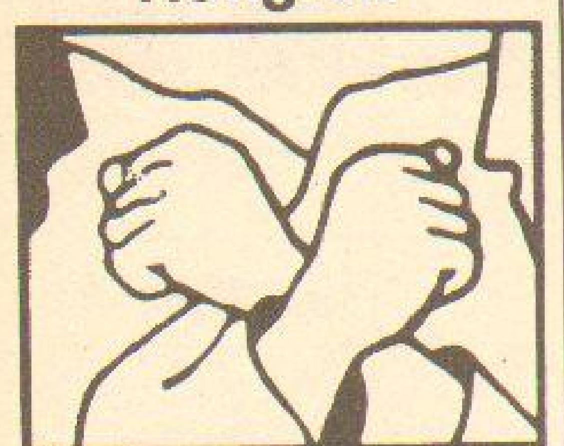
In den folgenden zwei Wochen schneller Wechsel: Polizeiaktionen und polizeiliche Bürgerkriegsvorbereitungen einerseits, die hetzerische und einschüchternde Ankündigung des Bürgerkrieges durch die Koalitionspolitiker andererseits.

Am Ostermontag: 1 000 Polizisten überfallen ein angemeldetes Zeltlager. 279 Festnahmen. Das übliche Waffenlager: China-Kracher, Krähenfüße, vor allem Autowerkzeug u. ä. Ein oder zwei Dutzend haben's am Sonntag mit dem Bauzaun: Wasserwerfer mit CS-Gaszusatz. Die Polizei konnte den Bürgerkrieg verhindern.

Eigentlich ging's um den Protest gegen ein verantwortungsloses, gefährliches, möglicherweise mörderisches Projekt ...


Räumung des zweiten Hüttendorfes in Wackersdorf am 7.1.86

Rote Hilfe Kongreß



Am 26. April findet in Bielefeld die Bundesdelegiertenkonferenz der Roten Hilfe Deutschlands statt. Zu dieser IV. ordentlichen Konferenz sind Delegierte aller Ortsgruppen und darüber hinaus **jedes** Mitglied herzlich eingeladen. Unter anderem liegt der Konferenz ein neuer Satzungsentwurf vor, der künftig eine jährliche Mitgliederversammlung statt der bisherigen Delegiertenkonferenzen vorsieht. Daneben werden aus dem Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes die vielen konkreten Solidaritätsaktivitäten der RHD bekannt werden, die Ortsgruppen werden einen Erfahrungs- und Meinungsaustausch organisieren.

Die Konferenz findet im Internationalen Begegnungszentrum (IBZ)-Friedenhaus, Webereistraße 1 in Bielefeld statt. Nähere Informationen über: Bundesvorstand Rote Hilfe Deutschlands e. V., Postfach 210309, 2800 Bremen 21.

Sumpf



„Ich meine, daß Vergessen auch eine Gnade sein kann", sprach der Westberliner Innensenator Heinrich Lummer auf einer Pressekonferenz nach Ostern. Sein ehemaliger Reisegefährte, Geschäftsfreund und Baulöwe Otto Putsch hatte ihn beschuldigt, von der Schmiergeldpraxis der Senatsbehörden gewußt zu haben. Lummer stritt alles ab, auch daß Neo-Nazis von ihm beauftrag waren, im Wahlkampf 1971 SPD-Plakate zu überkleben. Er habe den Rechtsradikalen lediglich 2 000 DM gegeben, damit sie nicht kandidieren. Was sie mit dem Geld gemacht hätten, wisse er doch nicht. Die ganze Aktion sei im übrigen mit der CDU-Spitze abgesprochen gewesen. Zum Rücktritt sieht er keinen Grund, sein Chef Diepgen auch nicht, für die CDU in Westberlin sind das alles normale Vorgänge.

Der Westberliner Sumpf aus Korruption und Bestechlichkeit bleibt also erhalten. Entsetzt fragte die taz: „Tritt niemand Lummer zurück?". Sieht nicht danach aus.

64 Milliarden für Israel

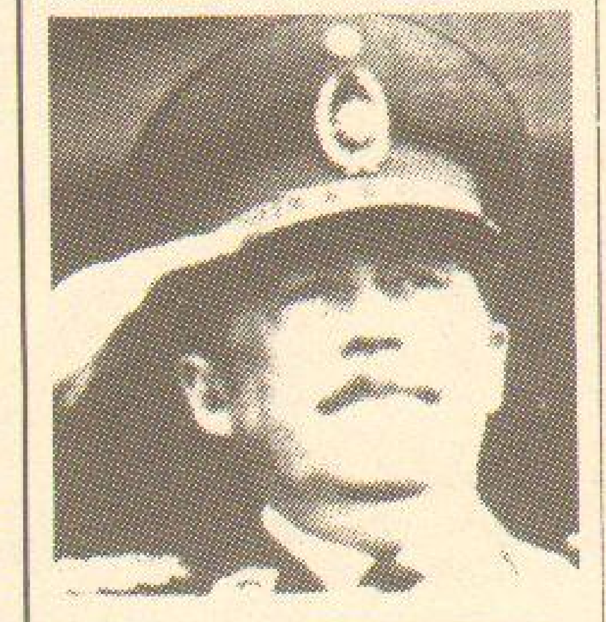
Seit der Staatsgründung 1948 sind insgesamt 64 Milliarden Dollar Finanzhilfe aus Washington nach Israel geflossen — 29 Milliarden von der US-Regierung und 35 Milliarden von reichen Juden in Amerika.

KZ-Spiel verschickt

1984 war ein Gerichtsverfahren gegen einen Neo-Nazi und dessen Freundin wegen Verschickung eines sogenannten KZ-Spiels mit Freispruch geendet. In dem widerlichen „Mensch ärgere dich nicht"-ähnlichen Spiel geht es darum, Figuren aus sechs Konzentrationslagern in die Gaskammer zu schikken. Jetzt sind wieder in mehreren bundesdeutschen Städten KZ-Spiele von Unbekannten verschickt worden.

Nachtrag Paraguay

Im letzten „Roten Morgen" berichteten wir vom Besuch des paraguayischen Außenministers Salidvar in Bonn. Zurück in Paraguay berichtete Saldivar vor der Presse, er habe einen Gefallen zum Staatsbesuch für den seit dreißig Jahren herrschenden Dikatator Stroessner aus



Bonn mitgenommen. Stroessners für Mitte letzten Jahres geplanter Besuch war wegen Streitigkeiten innerhalb der Bonner Koalition verschoben worden. Offenbar hat Strauß sich in der Frage inzwischen gegenüber Genscher durchgesetzt. Außenminister Saldivar war sehr angetan von seinem Besuch und lobte die BRD als einziges Land in Europa, das „viel Sympathie und Zuneigung für Stroessner" habe.

RWE mogelt

Umweltschutz ist auch, zumindest nach offizieller Lesart, beim größten Energieerzeuger der BRD, den Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerken (RWE), teuer. Die letzte Stromverbrauchspreiserhöhung von 6 Prozent wurde entsprechend begründet. Tatsächlich sind die Aufwendungen der RWE für Umweltschutz seit Inkrafttreten der Großfeuerungsanlagenordnung im Jahre 1983 gestiegen. Hatte man in den 23 Geschäftsjahren bis 83 insgesamt 500 Millionen für Umweltschutz ausgegeben, waren es in den drei Jahren seitdem 1,5 Milliarden. Dem gegenüber stehen allerdings Ausgaben von über 30 Milliarden DM im nuklearen Bereich in den letzten 26 Jahren.

IGM-Jugend: Aufschwung?

Nach mehrjährigem Rückgang ist die Zahl der IGM-Mitglieder unter 25 Jahren 1985 erstmals wieder um 15 000 auf 447 000 gestiegen. Während es 1983 lediglich 68 000 Neuaufnahmen junger IGM-Mitglieder gab, waren es im vergangenen Jahr immerhin 114 000.

Friede, Freude, Eierkuchen ...

„Friede, Freude, Eierkuchen ..." so ungefähr lautet das Fazit beider Seiten nach offiziellen Gesprächen zwischen der Staatsführung der BRD und der Türkei.

Mit Philipp Jenninger an der Spitze — dem protokollarisch zweiten Mann in Staate — reiste eine Parlamentariedelegation aus Bonn im März in die Türkei. Die Vertreter von CDU/CSU, FDP und SPD (die GRÜNEN hatten — im letzten Moment — abgesagt), stellten nach eigenem Bekunden kritische Fragen, bekamen offene Antworten und waren allesamt erstaunt über das Maß des Fortschritts in Sachen Demokratie in der Türkei. Die türkischen Gesprächspartner waren ebenfalls sehr zufrieden, konnte Jenninger doch unter anderem ankündigen, daß demnächst Bundespräsident Weizsäcker die Türkei besuchen werde. Das wäre dann der erste Besuch eines Staatsoberhauptes aus den westlichen „Demokratien".

Und ganz sicher ist — nach üblichen diplomatischen Gepflogenheiten — daß Weizsäcker den türkischen Staatspräsidenten Kenan Evren zu einem Gegenbesuch einladen wird. Der ist damit seinen Ruf als Putschist und Diktator los, und die Beziehungen BRD — Türkei sind endlich wieder normalisiert ...

Ehemalige Zwangsarbeiter

... haben eine Interessengemeinschaft gegründet, um ihren Anspruch auf moralische Wiedergutmachung und finanzielle Entschädigung mehr Nachdruck zu verleihen.

Jugendvertretungssterben

Infolge der längeren schulischen Ausbildung und des damit verbundenen späteren Eintritts in das Berufsleben und infolge der Jugendarbeitslosigkeit nimmt die Zahl der Beschäftigten bis 18 Jahre, die für die Jugendvertretungen wahlberechtigt sind, ständig ab. Das führt auch dazu, daß auch die Zahl der Jugendvertreter ständig rückläufig ist. So wurden 1972 in knapp 4 000 Metallbetrieben von ca. 146 000 Jugendlichen ca. 10 000 Jugendvertreter gewählt. 1984 wurden in nur noch 2 300 Betrieben von ca. 51 000 Jugendlichen 4 700 Jugendvertreter gewählt. Dieser Rückgang wird sich bei den diesjährigen Jugendvertretungswahlen weiter fortsetzen.

Reagan: Kein Atomteststopp!

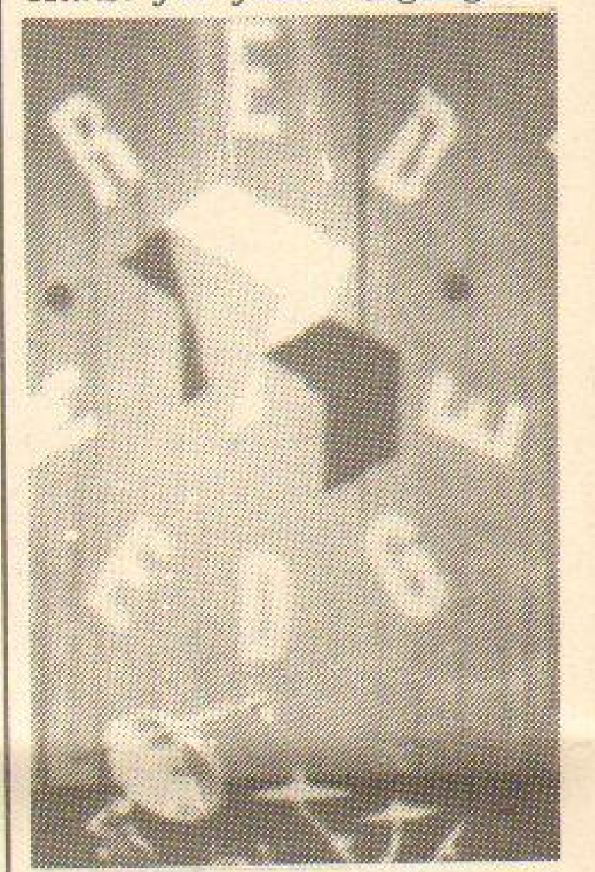
Noch rechtzeitig zu den Ostermärschen — Ostersamstag — schlug der sowjetische KP-Generalsekretär Gorbatschow Reagan ein Gipfeltreffen in den nächsten Monaten „irgendwo in Europa" vor, um ein Atomteststoppabkommen zwischen den USA und der SU zu vereinbaren. Gleichzeitig kündigte er eine Verlängerung des von der SU seit dem August 85 einseitig vorgenommenen Atomteststopps an, um den USA weiterhin eine Möglichkeit zu geben, sich dem Teststopp anzuschließen. Er wies jedoch darauf hin, daß — wenn die USA erneut nicht auf seinen Vorschlag eingehen würden — die SU ihrerseits die Atomtests wieder aufnehmen werden.

Nur wenige Stunden nach Gorbatschows Rede antwortete Reagan mit einem brüsken Nein. Es bestehe weder zu einem Atomteststopp-Abkommen noch zu einem Gipfeltreffen in nächster Zeit Bereitschaft. Vielmehr müßten auf einem Gipfeltreffen im Sommer die „ganze Palette der zwischen den Supermächsten strittigen Fragen" besprochen werden. Ihren nächsten Atomtest kündigten die USA schon für April an und luden sowjetische Beobachter ein.

Die neuerliche Ablehnung des sowjetischen Vorschlags zeigt, wie schon die Behandlung des „großen" Gorbatschow-Vorschlags, daß auf Seiten der USA und der NATO nicht die geringste Abrüstungsbereitschaft besteht. Wenn die Vorschläge der SU schlecht dazu geeignet sind, das Propagandagebäude von der „Bedrohung aus dem Osten" auszubauen, wird schlicht behauptet, „daß sie die Sicherheit nicht erhöhen". Punkt. Reale Abrüstungsschritte — und dazu würde auch als minimale Maßnahme ein Atomteststopp gehören — können nur durch den Druck „von unten" erzwungen werden.

Künstler gegen Thatcher

Geradezu vorbildlich engagieren sich im Moment eine Reihe prominenter britischer Pop-Künstler gegen die Thatcher-Regierung. **Billy Bragg** ergriff die Initiative zu dem **„Red Wedge"** genannten Projekt, dem sich **Paul Weller, Sade, Lloyd Cole, Animal Nightlive, Heavan 17, Dave Stewart** und sogar **Gary Kemp** von **Spandau Ballet** angeschlossen haben. Zielgruppe der politischen Pop-Künstler: die Jugend. *„Du mußt nicht schlucken. Du mußt sich nicht zurücklegen und entspannen. Du kannst auf versuchen, etwas zu verändern"* schleudert Wellers **Style Council** den Fans per Pop-Song entgegen. In verschiedenen Zusammensetzungen treten die beteiligten Künstler landauf — landab bei Konzerten mit Information und Agitation gegen Thatcher und Co auf. In einem Info schreiben die Künstler: *„Wir glauben, daß Kunst für jeden zugänglich*



sein sollte und nicht nur für eine ausgewählte Minderheit. Kreativität ist ein wesentlicher Aspekt des Kampfes der Jugend für etwas besseres als No-hope/No-Future-Gesellschaft, die die Regierung der Konservativen geschaffen hat." Die große Revolte sieht Initiator **Bragg** vorerst nicht heraufziehen und soll es bei den nächsten Wahlen ihm nach geht, Labour sein. Man sieht, auch anderswo hat man nur eine quälende Wahl, wenn es um die Wahl geht.

Jo.

Roter Morgen
RM

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD
Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund.
Erscheinungsweise zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen" liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA" bei.

Aktionsherbst gegen Jugendarbeitslosigkeit

Zwischen dem 13. September und dem 15. November sollen in möglichst vielen DGB-Kreisen Aktionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit stattfinden. Darauf haben sich die Abteilung Jugend beim DGB-Vorstand und die Jugendabteilungen bei den Vorständen der Einzelgewerkschaften jetzt geeinigt. Die Entscheidung für diesen Aktionsherbst fiel erst jetzt, weil zwischen der DGB-Abteilung Jugend und der IGM-Jugend Widersprüche bestanden, wie sie auch auf dem letzten DGB-Jugendkongreß zum Ausdruck gekommen sind (u. a. Bündnisfrage). Jetzt wurde einem Kompromißpapier zugestimmt, das einerseits vorsieht, daß die Gesamtregie beim DGB-Bundesjugendausschuß liegt, andererseits zusätzliches Material von Einzelgewerkschaften auf eigene Kosten zuläßt.

Schwarze gelbe Gewerkschaften

Ausgerechnet für den 1. Mai hat der Führer der rechten Inkata-Bewegung, der Homeland-Chef Buthelezi die Gründung neuer schwarzer Gewerkschaften angekündigt. Diese Gewerkschaften — offen gegen die erstarkenden Verbände der Gewerkschaftsföderation COSAATU gegründet — sollen, so Buthelezi, den zunehmenden Einfluß der Oppositionsfront UDF und des ANC auf die schwarzen Arbeiter zurückdrängen. Buthelezi, der sich als Reformpolitiker aufspielt, ist strikt gegen jegliche Sanktionen des Auslands gegen die südafrikanische Wirtschaft: *„Die internationale Gemeinschaft sollte der Geschäftswelt in Südafrika jede nur mögliche Unterstützung geben."* die neuen gelben Spaltergewerkschaften sind auch eine Unterstützung der Geschäftswelt, die das Rassistenregime trägt.

Die Sieger

Die Sieger heißen Dr. Stadler und Dr. Hardt — Frauenärzte an der Berliner Universitätsklinik. Beide sind während des Nachtdienstes gemeinsam über eine Kollegin hergefallen, haben sie vergewaltigt und mißhandelt.

Aber sie trifft keine Schuld.

Denn die „Hemmschwelle" der Ärzte war „herabgesetzt", wie es bereits in der Begründung des Urteils in 1. Instanz hieß, weil sie „auf Grund des Verhaltens der Nebenklägerin gegenüber Kollegen bis hin zu intimen Verhältnissen zu in der Klinik tätigen Ärzten davon ausgingen, daß sie keinen großen Widerstand zu überwinden hätten". Diese „herabgesetzte Hemmschwelle" sorgte in der 1. Instanz dafür, daß das Gericht nicht dem Strafantrag der Staatsanwaltschaft folgte und die Ärzte nur zu je zwei Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilte.

In der Revisionsverhandlung sah die Staatsanwaltschaft plötzlich nur noch einen „minderschweren Fall von Vergewaltigung" und beantragte nur noch je ein Jahr Gefängnis auf Bewährung und 30000 DM Geldstrafe. Das nicht etwa, weil sie das Tatgeschehen jetzt anders bewertete, sondern die Täter. Zu ihren Gunsten, so der Staatsanwalt, muß nämlich in Betracht gezogen werden, daß sie einen langen Arbeitstag hinter sich und außerdem Alkohol getrunken hatten.

Dieser herabgesetzten Hemmschwelle aus der 1. Instanz, dem langen Arbeitstag und dem Alkoholgenuß fügte das Gericht in der 2. Instanz ein viertes Entlastungsargument für die Angeklagten hinzu, nämlich das Argument, daß die Ärztin schließlich nicht „naiv" gewesen sei. Also Freispruch.

Nach deutscher Rechtsauffassung sind Männer also offenbar Tiere, die insbesondere nach einem langen Arbeitstag und Alkoholgenuß für das, was sie tun, nicht mehr verantwortlich zu machen sind. Frauen, die so naiv sind, Männer wie Menschen zu behandeln, sind nach deutscher Rechtsauffassung selber schuld.

Volksbegehren verfassungswidrig

Nach dem baden-württembergischen Innenministerium hat jetzt auch der Staatsgerichtshof in Baden-Württemberg das „Volksbegehren für den Frieden" als verfassungswidrig bezeichnet. 110000 Menschen hatten sich mit ihrer Unterschrift dafür eingesetzt, daß per Volksbegehren ein Gesetz zustande kommen sollte, das die Lagerung, Herstellung, Stationierung und den Transport von ABC-Waffen in Baden-Württemberg verhindern sollte.

Kommunalwahlen mit Ausländern

Niederlande. In der zweiten Märzhälfte fanden in den Niederlanden Kommunalwahlen statt. Wie schon länger in Schweden, waren dort erstmals auch Ausländer wahlberechtigt und konnten auch gewählt werden. In rund 50 von 690 Gemeinden waren ausländische Kandidaten aufgestellt worden.

Für den Wahlsieger, die sozialdemokratische Partei der Arbeit (PvdA) zogen allein sieben Kandidaten aus der Türkei, drei aus Marokko, zwei aus Surinam und je einer aus Jugoslawien und Portugal in die Gemeindeparlamente ein. Nachahmenswert!

Hertie: Kaputt-Sanierung geht weiter

Der Hertie-Vorstand hat die Schließung von weiteren 15 Häusern bekanntgegeben. Rund 4000 Arbeitsplätze sollen dabei vernichtet werden. Angekündigte Rationalisierungsvorhaben in den verbleibenden Hertie-Filialen und in der Zentralverwaltung sollen weitere Arbeitsplätze kosten. An den verschiedenen von den neuen Schließungsbeschlüssen betroffenen Standorten kam es zu Protestaktionen der Belegschaften. In Essen und Hilden demonstrierten die Belegschaften zu den Rathäusern. Besonders breit ist der Widerstand in Bochum gegen die Schließung des zum Hertie-Konzern gehörenden Kaufhauses Wertheim. Unmittelbar nach der Bekanntgabe des Schließungsbeschlusses wurde eine Belegschaftsversammlung anberaumt, die am folgenden Tag fortgesetzt wurde. Ein Teil der Belegschaft blieb über Nacht in der Kaufhaus-Kantine, um mit dieser „symbolischen Besetzung" dem Protest gegen die Vernichtung der Arbeitsplätze Nachdruck zu verleihen.



Leistungsanreiz

*Gegen Festgeldforderungen und Sockelbeträge hat sich der Hauptvorstand der IG Chemie auf seiner Sitzung am 24.3. gewandt. Als Forderungsempfehlung wurde eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 7 Prozent und eine Anhebung der Mindestverdienstgrenzen in den beiden **höchsten** Lohngruppen beschlossen.*

Dazu der IG-Chemie-Tarifexperte Horst Mettke: „Facharbeiter verdienen lediglich 14 Prozent mehr als Beschäftigte der untersten Lohngruppe." Eine so geringe Differenz lasse aber den Leistungsanreiz entfallen. Die IG-Chemie-Führung begründet ihr Eintreten für die stärkere Lohndifferenzierung außerdem damit, daß die Löhne von Facharbeitern an Gehälter der Angestellten mit gleicher Qualifikation angeglichen werden müßten, um die Voraussetzung für einen gemeinsamen Entgelttarif von Arbeitern und Angestellten zu schaffen.

Gegen das Ziel ist nichts einzuwenden. Ob man ihm durch die Vertiefung der Spaltung unter den Arbeitern näher kommt, ist aber doch sehr fraglich. Keineswegs fraglich dagegen ist, daß der vom Rappe-Vorstand eingeschlagene Kurs den Beifall der Unternehmer finden wird, die schon lange vor allem über den angeblich zu hohen Preis der gering qualifizierten Arbeitskraft lamentieren. Der Frage, zu welcher Leistung Horst Mettke die Facharbeiter eigentlich anreizen will, wollen wir lieber nicht nachgehen. Um Leistungen auf dem Gebiet gewerkschaftlicher Solidarität kann es sich nicht handeln.

NPD-Veranstaltung gestört

Büchen/Lübeck. Am 20.3. wollte die NPD in Büchen einen „Bauernprotest" durchführen. Thema: „NPD antwortet Kiechle".

Die meisten erfuhren davon erst am Morgen des 20.3. durch eine Zeitungsanzeige. So auch Mitglieder der Betriebsrats der Fa. Tuchenhagen in Büchen. Der Betriebsrat forderte die Geschäftsleitung auf, Druck auf die Gaststätte auszuüben, in der die NPD-Veranstaltung stattfinden sollte. Die Geschäftsleitung lehnte ab.

Daraufhin nahm der Betriebsrat Verbindung mit der Druckerei und Faltschachteln-Fabrik Damaschke & Co. auf. Auch hier wurde die Geschäftsleitung durch den Betriebsrat aufgefordert, sich an die Gaststätte zu wenden, was auch geschah. Die Inhaber der Gaststätte blieben jedoch hart.

Nun meldete der Betriebsratsvorsitzende der Druckerei eine Kundgebung vor dem Lokal an. In beiden Firmen wurden die Kolleginnen und Kollegen mobilisiert. Abends erschienen aus der Firma Tuchenhagen (600 Beschäftigte) 20 und aus der Firma Damaschke (250 Beschäftigte) 30 Kolleginnen und Kollegen bei der Kundgebung. Außerdem 10 Kollegen von außerhalb, darunter der 1. Bevollmächtigte und der Sekretär der Verwaltungsstelle der IG Metall aus Bergedorf. Weiterhin 40 Jugendliche, darunter ca. 30 aus den beiden Betrieben.

Bemerkenswert an dieser Aktion war, daß die über 100 Teilnehmer der Kundgebung auch schon am 6. März die Arbeit niedergelegt hatten und daß dies für die Kolleginnen und Kollegen der Fa. Tuchenhagen die erste Aktion in der 53jährigen Firmengeschichte war.

Die Gaststätte soll jetzt übrigens von den Belegschaften von Tuchenhagen und Damaschke, sowie von der SPD und der AOK boykottiert werden.

Sklavenhändler bei Klöckner

„Angriff", Betriebszeitung der KPD für die Klöckner-Werke in Bremen berichtet in ihrer letzten Ausgabe über den Einsatz von Leiharbeitern auf der Hütte:

Seit Jahren arbeitet die Firma Louis Wessel auf der Hütte. Die Kollegen von Wessel haben einen Betriebsrat und sind gewerkschaftlich gut organisiert. **In den Verhandlungen über einen neuen Vertrag mit Wessel drückte Klöckner die Vertragsbedingungen immer weiter runter.** Wessel jammerte seinen Arbeitern vor: „Wenn ihr nicht billiger arbeitet, kriegen wir den Vertrag nicht. Dann werdet ihr alle arbeitslos."

Eine besonders dreckige Rolle spielte bei Klöckners Erpressung die Firma Industrie- und Rohrleitungsbau (IRB). Sie blieb jedesmal unter dem Angebot von Wessel, so daß Klöckner die Firma Wessel weiter drücken konnte.

Schließlich bekam Louis Wessel doch einen neuen Vertrag. Aber der ist erheblich schlechter. Folge für die Kollegen der Firma Wessel: **Sie müssen drastische Lohnabstriche hinnehmen.** So sägt Klöckner an den Tariflöhnen.

Bleibt noch nachzutragen, daß die Firma IRB nur deshalb Wessel ständig unterbieten konnte, weil sie Arbeiter von Verleihfirmen, songenannte Turnschuhbrigaden, beschäftigt.

Real existierende Familie



Wie so oft versperrte den Berichterstattern und Kommentatoren bei der Mammutrede Gorbatschows auf dem Parteitag in Moskau die Suche nach Wesentliche den Blick für die eigentlichen Höhepunkte.

Als sei's ein Stück von hier, erhob der Oberwender des Kreml den moralischen Zeigefinger auffallend hoch. „Hohe Scheidungsrate" — „zerrüttete, weil getrennte Familien zu hauf" — nein, so geht das beim besten Willen nicht weiter. Die Familie ist und bleibt auch im real existierenden Sozialismus, und sei er noch so runderneuert, „die wichtigste Stütze der Gesellschaft"! Gorbatschow sprach's, und einige Tage später griff ein gewisser Fedotow für die „Prawda" zur Feder und in die moralischen Vollen. Mit dem, vor allem in den mittleren und höheren Angestelltenschichten der Großstädte verbreiteten sexuellen Lotterleben, mit „Romanen" (zu deutsch: Verhältnis) hier und „Romanen" dort müsse es ein Ende haben. Allzu lockerer Umgang mit moralischen Fehltritten in Fernsehn, Film und Literatur dürfe nicht länger geduldet werden. Vor allem auf Drehbuch- und sonstige Autoren hat es Fedotow abgesehen: „Manche halten es überhaupt nicht mehr für zeitgemäß, für Sittenstrenge und geistige Familienwerte einzutreten". Noch schlimmer, mitunter werden „fast unverholen ‚freie Beziehungen' gepredigt". Allem Anschein nach hatte Fedotow den Segen von ganz oben für seine Moralpredigt in der „Prawda".

Und ich hatte mir die Sache mit dem Sozialismus immer als eine umfassende Umwälzung aller Lebensbereiche vorgestellt — einschließlich der zwischenmenschlichen. Ich dachte immer, es gehe darum, den moralischen Müll, die Doppel-Moral der bürgerlichen Gesellschaft nebst materieller Abhängigkeit der Frau vom Mann zu beseitigen, um einen Weg für die Liebe zwischen gleichen und freien Individuen zu bahnen. Aber da ist doch ein gewisser „real existierender" vor ...

Jo.

Mit der Abstimmung darf der Kampf nicht vorbei sein

Jetzt gilt es, Perspektiven des gewerkschaftlichen Widerstands zu diskutieren

von HORST DIETER KOCH

„Ich will die Streikfähigkeit der Gewerkschaften erhalten. Deshalb lehne ich die vom Bundestag beschlossene Änderung des § 116 AFG ab. — JA/Nein." So lautet die Fragestellung der Abstimmung, die die DGB-Gewerkschaften seit dem 2. April durchführen. Sie soll am 14. April um 18.00 Uhr abgeschlossen sein.

Die „Welt der Arbeit", Wochenzeitung des DGB, äußerte die Hoffnung, durch die Abstimmung könne die Änderung des § 116 noch im Bundesrat gestoppt werden. Auch wenn man sich diesem reichlich grundlos erscheinenden Optimismus nicht anschließt, auch wenn man dem Beschluß des DGB-Vorstandes zur Durchführung dieser Abstimmung kritisch gegenübersteht, als damit die Ablehnung von Streikmaßnahmen gegen die gewerkschaftsfeindliche Gesetzesänderung verbunden war, führt andererseits kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß die möglichst erfolgreiche, also zahlenmäßig eindrucksvolle Durchführung dieser Abstimmung Voraussetzung dafür ist, daß die Fortführung des Widerstandes gegen die Angriffe auf die Gewerkschaftsfreiheit im Zentrum der innergewerkschaftlichen Diskussion bleibt.

Deshalb — und nicht weil die Abstimmung die reaktionäre Gesetzesänderung noch zu Fall bringen kann — muß von unserer Partei und von allen linken Gewerkschaftern bei aller Empörung über die kapitulantenhafte Haltung der Gewerkschaftsspitzen uneingeschränkt eine breite Mobilisierung für die DGB-Abstimmung betrieben werden.



Auch wenn Kapital und Kabinett davon ausgehen, daß sie die Streikrechtsänderung im Sack haben, ist ihnen der Ausgang dieser Abstimmung keineswegs egal. Das zeigen die wütenden Kommentare von Vertretern der Regierungskoalition und der Unternehmerorganisationen, die darauf abzielen, die Legitimität und Legalität der Abstimmung zu bestreiten. Das als reine Propagandamasche abzutun, wäre zu einfach. Vielmehr ist es so, daß nach der reaktionären Streikrechtsänderung die Koalition von Kapital und Kabinett den Gewerkschaften erneut ein demokratisches Recht bestreitet.

In einem Rundschreiben des IGM-Vorstandes an die Verwaltungsstellen und Bezirksleitungen zur Durchführung der DGB-Abstimmung heißt es dazu: „Es ist damit zu rechnen, daß die Ankündigung der Aktion selbst und ihre Durchführung Widerspruch bei den Befürwortern einer Änderung des §116 AFG auslösen wird.

Von der Bundesregierung und den sie tragenden Koalitionsparteien wird mit einiger Sicherheit die Legitimität der Gewerkschaften, eine solche Abstimmung durchzuführen, und die Legalität einer Abstimmung bestritten werden mit dem Hinweis, daß die Entscheidung des Deutschen Bundestages in Frage gestellt wird. In den Betrieben wird die Abstimmung vermutlich mit dem Hinweis auf den politischen Charakter der Aktion verweigert.

Sowohl die Diskussion über Legalität und Legitimität als auch über eine Abstimmung in den Betrieben müssen offensiv aufgegriffen und als zusätzlich mobilisierendes Element öffentlichkeitswirksam verstärkt werden.

Auf der politischen Ebene geht es darum, die Angriffe auf das Arbeitervotum mit der Frage nach der Legitimität und Legalität der Koalitionsparteien zur Änderung des §116 AFG zu beantworten, auf der betrieblichen Ebene darum, die Beschneidung demokratischer Rechte im Betrieb sichtbar werden zu lassen. Beides muß durch Pressearbeit, öffentlichkeitswirksame Aktionen und Aktionsformen sowie auf Betriebsversammlungen betrieblich und überbetrieblich transparent werden."

Gerade die Aufforderung von Hans Mayr und Franz Steinkühler zu „öffentlichkeitswirksamen Aktionen und Aktionsformen" im Zusammenhang mit der Frage, ob die DGB-Abstimmung in den Betrieben durchgeführt werden kann, verdient es, in möglichst vielen Betrieben auf fruchtbaren Boden zu fallen.

In der Mobilisierung für die DGB-Abstimmung gilt es bereits, die Diskussion über die weitergehenden Perspektiven des gewerkschaftlichen Widerstandes voranzutreiben. Dafür finden sich in der laufenden Debatte verschiedene Ansatzpunkte:

1. Die Auseinandersetzung um den §116 AFG hat insgesamt das Bewußtsein dafür geschärft, wie eingeschränkt das Streikrecht in der BRD ohnehin bereits ist. Dabei ist die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung stark in den Vordergrund getreten. Entsprechend stark ist vielen Gewerkschaftern die Notwendigkeit bewußt geworden, daß die Gewerkschaften mit besonderem Nachdruck für ein Aussperrungsverbot kämpfen müssen.

2. In der Auseinandersetzung um den §116 hat sich gezeigt, daß Unternehmer und Regierung sich in keiner Weise um den Willen der Mehrheit der Bevölkerung geschert haben. Das hat die Grenzen reiner Protestaktionen deutlich gemacht und der Frage des politischen Streiks neue Aktualität verliehen. Die Diskussion darüber, daß die Gewerkschaften gerade im Kampf gegen die Angriffe von Kapital und Reaktion auf die Gewerkschaftsfreiheit nicht auf das Mittel des Streiks verzichten dürfen, muß auf der Grundlage der Erfahrungen der letzten Wochen und Monate weitergeführt werden.

3. Daß eine reaktionäre Parlamentsmehrheit ein gewerkschaftsfeindliches Gesetz beschließt, ist eine Sache, ob die Gewerkschaften sich im realen Klassenkampf tatsächlich an die Kette legen lassen, eine ganz andere. Deshalb muß die Diskussion um die Fortführung des Widerstandes gegen die Streikrechtsbeschränkung verbunden werden mit der Diskussion um eine möglichst offensive Orientierung in den kommenden Tarifauseinandersetzungen.

In diesem Sinne müssen auch die Beteuerungen der Gewerkschaftsführungen, daß der Widerstand weitergeführt werden soll, bis das reaktionäre Gesetz wieder vom Tisch ist, beim Wort genommen werden. Hier gilt es auf die Konkretisierung der großen Ankündigungen der letzten Wochen zu drängen. Mit Transparenten zum 1. Mai, einer Klage in Karlsruhe und dem Aufruf, 1987 SPD zu wählen, kann's ja wohl nicht getan sein.

— Anzeige

Manuel Kabis: „Die Auseinandersetzung um § 116 AFG und die Neutralität des Staates in Arbeitskämpfen", 30 Seiten DIN A 4. Der Verfasser ist Jura-Student an der Ruhr-Uni Bochum. Die Broschüre, die zahlreiche Bilder und Dokumente enthält, beleuchtet die Auseinandersetzung um den § 116 AFG aus rechtlicher und politischer Sicht.

Im Vorwort heißt es: „Wie wenig die ‚objektive Wissenschaft' den Realitäten entspricht, zeigt sich gerade in der Auseinandersetzung um den § 116 AFG. Meine in der Arbeit zum Ausdruck kommende Stellungnahme für die Inter-



essen der Arbeitnehmer ist daher nicht mehr als Ausdruck der Durchdringung der Wissenschaft durch gesellschaftliche Interessen und Verhältnisse". Aus dem Inhalt: Die Entwicklung der Lehre von der Neutralität des Staates • die Arbeitskampfrechtsprechung des BAG • Der Tatbestand des § 116 AFG • Das Müllergutachten • Das IAO-Übereinkommen Nr. 102 • Probleme ausländischer Arbeiter durch die Neufassung u. a. Preis: 2,— DM plus Porto.

Zu beziehen über: Manuel Kabis, Münsterstraße 28, 4600 Dortmund 1 oder RM-Verlag.

Stellungnahme der Gewerkschafter/innen-Initiative „Keine Einschränkung des Streikrechts! Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!"

Ein Tag vor der Verabschiedung des als „Kompromiß" ausgegebenen Regierungsentwurfs zu § 116 AFG hat eine Delegation der über 10000 Unterzeichner/innen des Aufrufs „Keine Einschränkung des Streikrechts! Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!" den BT-Fraktionen Kopien der vielen Unterschriftenlisten übergeben. Den Fraktionen SPD und DIE GRÜNEN konnten sie direkt überreicht werden, an die CDU/CSU und die FDP-Fraktionen werden sie vom Ausschußvorsitzenden Eugen Glombig weitergeleietet.

Am selben Tag, dem 19.3.86, wurde in Bonn eine Pressekonferenz mit Ute Melzig und Jakob Moneta und mehreren anderen Kollegen/innen abgehalten. Eingeladen wurden von diesem Kreis die Fraktionen SPD und DIE GRÜNEN, die sich gegen die Änderung des § 116 AFG aussprechen. Leider hat nur ein Vertreter der GRÜNEN das Angebot wahrgenommen. Auf dieser Pressekonferenz gaben Ute Melzig und Jakob Moneta, in Absprache mit den anwesenden Kollegen/innen folgende Erklärung ab:

1. Nachdem der DGB eine Abstimmung über den § 116 AFG beschlossen hat, wäre eine Fortführung der Unterschriftensammlung ein Fehler. Es kommt zunächst darauf an, daß wir alle die DGB-Abstimmung in den Betrieben, vor den Betrieben und wo irgend wie möglich auch durch entsprechende Aktionen unterstützen.

2. Der Sinn unserer Unterschriftenaktion wa. nicht eine Unzahl von Unterschriften zu sammeln, sondern ins Bewußtsein zu rücken, daß nicht erst durch die Änderung des § 116 AFG, sondern bereits durch die weithin praktizierten Massen- und Sympathieaussperrungen — eine Spezialität deutscher Unternehmer — das Streikrecht gefährdet ist. Diese aggressiven Aussperrungen haben zum Ziel, den Streikwillen bestreikter Betriebe zu brechen und deren Streikziele zu vereiteln. Hiermit wird die Menschenwürde der Ausgesperrten zutiefst verletzt und sie werden als Kampfmittel gegen Streikende eingesetzt.

3. Als besonders hart wurde auf der Pressekonferenz angeprangert, daß die von der Bundesregierung und einem Teil der Medien verbreitete Auffassung, Gewerkschaften hätten wegen der „Friedenspflicht" kein Recht zu Proteststreiks, die Rechte der Arbeitenden beeinträchtigen. Die sogenannte Friedenspflicht bezieht sich lediglich auf die in Tarifverträgen vereinbarten Inhalte. Sie kann sich aber keinesfalls auf das individuelle Recht der Menschen erstrecken, sich gegen Unrecht durch Arbeitsniederlegungen zur Wehr zu setzen. Die abhängig Beschäftigten sind keine Galeerenklaven, die in Fabriken und Büros gefesselt sind und gezüchtigt werden können, wenn sie auf ihre eigene Kosten ihren Arbeitsplatz aus Protest gegen Unrecht verlassen.

Wir haben keine Feierabenddemokratie undmüssen das Ur-Recht des Streiks, wie es der Gründer des DGB Hans Böckler nannte, nicht nur in Worten, sondern auch durch eine Fortführung von Aktionen verteidigen.

4. Die Gewerkschaften sind verpflichtet, jeder Regierung gegenüber ihre Autonomie zu wahren und im Interesse der abhängig Beschäftigten, der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, ihre Gegenmacht zu verteidigen. Nur sie sind eine dauerhafte Garantie für die Erhaltung demokratischer Freiheitsrechte gegen die diktatorische Macht des Kapitals und gegen Regierungen, die beabsichtigen die Gewerkschaften zur Ohnmacht zu verurteilen.

5. Unterschriften dienen höchstens als ein Mittel zur Weckung des Bewußtseins. Deshalb müssen darüber hinaus Aktionen der DGB-Gewerkschaften weitergeführt werden; auch nach dem 18.4.86, an dem der Bundesrat seine Entscheidung über § 116 AFG treffen wird.

Auch die kommenden Tarifauseinandersetzungen und der 1. Mai müssen im Zeichen von Widerstandsaktionen stehen, die sich gegen das Regierungsgesetz zu § 116 AFG richten und ein gesetzliches Verbot der Aussperrung fordern.

6. Die durch die Unterschriftensammlung entstandenen Kontakte möchten wir durch ein gemeinsames Treffen und eventuelle gemeinsame Aktionen vertiefen und ausbauen.

Für die Initiative:
Jakob Moneta, ehemaliger Chefredakteur der Metall, IGM, 6 Frankfurt 1, Postfach 111326
Ute Melzig, BR-Vorsitzende, IG Druck und Papier, 8501 Schwarzenbruck, Brunnenstr. 11

Pressezar Murdocks Methode

von JUTTA

Union Busting American Style

An allen Seitenstraßen, die zur „Festung" führen Polizei und bereitstehende Straßensperren, aber keine Streikposten. „Während der Woche wirst du die Streikposten nur am Haupttor finden", hatte mir Jane, eine Londoner Genossin, gesagt, „man bräuchte täglich Tausende von Streikposten, um alle möglichen Einfahrten tatsächlich zu blockieren."

Je näher ich dem „Highway" kam, der Hauptstraße, die unmittelbar an der „Festung" vorbeiführt, desto deutlicher und spürbarer wurde die Anwesenheit der Streikposten an der Haupteinfahrt zur „Festung".

„SCABS — Streikbrecher" — in dem Augenblick, als ich zur ca. 100 Menschen großen Gruppe der Streikposten stieß, fuhr ein an allen Fenstern vergitterter Bus — eher ein Gefangenentransporter — die Einfahrt hinunter: Streikbrecher, die den Druck der vom NEWS INTERNATIONAL Konzern herausgegebenen Zeitungen „Sun", News of the World", „Times" und „Sunday Times" ermöglichen, nachdem Rupert Murdock, Englands kometenhaft aufgestiegener Pressezar aus Australien beinahe 6000 in seinem Presseimperium Beschäftigte am 24.1.1986 fristlos entlassen hatte.

Hier, auf der der Einfahrt gegenüberliegenden Straßenseite stand der Hauptteil der „pickets" — der Streikposten, bewacht von einem knappen Dutzend Polizisten, die die Einfahrt freihielten. Die Einfahrt: ich fühlte mich an Brokdorf erinnert. Hinter dem, das Druckerei-Zentrum umgebenden Zaun mehrere Rollen NATO-Draht, alle paar Meter Video-Kameras, die jeden Zentimeter der Einfahrt im Blick, sprich Objektiv, haben. **Überwachungsstaat auf Betriebsebene!**

Ein Druckerkollege der NGA (der kleineren der beiden Druckergewerkschaften) brachte mich zum Haupttor, zu den sechs offiziellen Streikposten. Seit unter Margaret Thatcher die Anti-Gewerkschaftsgesetze durchgepeitscht wurde, dürfen legal nur sechs Streikposten pro Tor versuchen, die streikbrechenden Kollegen vom Überschreiten der „picket-Linie" abzuhalten, ist es verboten, vor den Tochtergesellschaften und anderen mittelbar beteiligten Betrieben Streikposten aufzustellen, bzw. die Kollegen zu Solidaritätsstreiks aufzurufen. Jeder Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen kann zur Konfiszierung des Gewerkschaftsvermögens führen. Vor diesem Hintergrund wurde im Februar das Gewerkschaftsvermögen von SOGAT 82, der am stärksten von den Entlassungen betroffenen Druckergewerkschaft, beschlagnahmt, nachdem SOGAT 82 ihre Mitglieder im Zeitungs**handel** aufgerufen hatte, Murdocks Zeitungen nicht mehr auszuliefern.

Streikrecht mit Handschellen, Gewerkschaftsbewegung in Paragraphen)-Ketten — Pressezar R. Murdock reichten die bisherigen gesetzlichen Einschränkungen des Streikrechts nicht aus, um sein Ziel, stellvertretend für die Pressekonzerne und das britische Kapital insgesamt durchzusetzen: die **vollständige** Aufhebung des Streikrechts, die **vollständige** Zerschlagung der Gewerkschaften. „A union bursting operation, American Style — das ist Murdocks Ziel", meinte Brian, einer der sechs offiziellen Streikposten.

Am 24.1.1986, dem offiziellen Streikbeginn, wurde er zusammen mit der **gesamten** Belegschaft los entlassen. Die gesamte Belegschaft, d.h. Drucker, Setzer, Putzfrauen, Sekretärinnen, Archivare, Telefonistinnen, organisiert in der NGA und der SOGAT 82 — wenige Tage später kamen die Mechaniker der AUEW und die Journalisten der NUJ hinzu, die dem Aufruf ihrer Gewerkschaft, der NUJ, gefolgt waren und die „picket-lines" nicht überschritten.

Drei Tage zuvor, am 21.1.1986, hatten weit über 80 Prozent der 4700 Mitglieder von SOGAT, ähnlich wie die Mitglieder von der NGA und AUEW **für** Streikmaßnahmen gestimmt **gegen** die Bedingungen, die Murdock ultimativ festgelegt hatte. Nur bei Unterzeichnung eines Vertrages, in dem von den Gewerkschaften

- ein **absolutes** Streikverbot gefordert,
- die gewerkschaftliche Organisierung (closed shop) und betriebliche Interessenvertretung der Beschäftigten aufgegeben,
- die absolute Vorherrschaft des Managements und seiner Entscheidungen anerkannt und
- bei jeder Art von „Verletzung" des Abkommens sowohl die einzelnen Beschäftigten als auch die Gewerkschaft haftbar gemacht werden sollte,

nur dann erklärte sich Murdoch bereit, die bisher in Fleet Street beschäftigte Belegschaft in das neue Druckzentrum in Wapping zu übernehmen. **Rechtlosigkeit der Beschäftigten und Selbstmord der Gewerkschaften** so lauteten Murdocks „Übernahmebedingungen" für die Belegschaft. Die überwältigende Mehrheit der Beschäftigten war — wie das Urabstimmungsergebnis zeigte — **nicht** bereit, sich auf diese Bedingungen einzulassen.

„I'd rather be a picket than a scab" (Ich bin lieber ein Streikposten als ein Streikbrecher) und „scabs, scabs" erschallte es immer wieder, als gegen 21.00 Uhr mehrere Busse und Pkws mit Streikbrechern durchs Haupttor fuhren. Die Pkw-Fahrer versuchten so schnell wie möglich durchzukommen, keiner ließ sich auf ein Gespräch mit den Streikposten ein. Wie viele in den Bussen sitzen, weiß keiner. Die Vorhänge sind zugezogen, die Scheiben zusätzlich mit Gittern geschützt.

„Keiner von uns weiß genau, wie viele Leute z.Z. dort drinnen die Produktions aufrechterhalten", meinte Brian. „Neben den Mitgliedern der Elektrikergewerkschaft EEPTU, die seit Monaten mit Murdock zusammenarbeiten und deren Gewerkschaftsvorsitzender Eric Hammond öffentlich erklärt hat, daß sie Murdocks Bedingungen akzeptieren könnten, so wie sie auch Thatchers Anti-Gewerkschaftsgesetze akzeptiert haben, rekrutiert Murdock seine Streikbrecher für Wapping in den von hoher Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten wie Southhampton oder Birmingham. Von einigen Gewerkschaftsmitgliedern, die reingeschleust werden konnten, wissen wir, welche Arbeitsbedingungen dort drinnen jetzt herrschen. Es gibt keine vertraglich festgelegte Arbeitszeit. Unbezahlte Überstunden sind Pflicht. Die Überwachung ist perfekt. Um zu verhindern, daß die Arbeiter einer Abteilung mit denen anderer Abteilungen zusammenkommen, hat jede Abteilung eine andersfarbige Ausweiskarte, die offen getragen werden muß. Sicherheitsbeamte in jedem Flur, Fahrstuhl und Treppenhaus überwachen Tag und Nacht jede Bewegung der Beschäftigten. Krankheit und Fehltage sind Entlassungsgründe, wobei egal ist, ob du Grippe hast oder infolge eines Arbeitsunfalles fehlst. Seit die scabs die Arbeit machen, die meisten sind ungelernte Arbeiter, ist die Zahl der Arbeitsunfälle enorm gestiegen. Bis heute über 184. Zahlreiche Maschinen sind durch falsche Bedienung nicht mehr einsatzfähig. Die Produktion verzögert sich dadurch, der Druck der Zeitungen ist teilweise katastrophal." Brian lacht. „Klar. Diese Art der — unfreiwilligen — Sabotage wird unseren Kampf nicht entscheiden, aber es freut uns." Tom, ein älterer Kollege der Eisenbahngewerkschaft, der zusammen mit einem Kollegen der NUM (der Bergarbeitergewerkschaft) die vier Druckerkollegen am Haupttor als offizieller Streikposten unterstützt, mischt sich ein. „Was wir brauchen, ist die volle Unterstützung der gesamten Gewerkschaftsbewegung. An den vergangenen Samstagen, wo zwischen 8000 und 10000 Gewerkschafter die Straßen um die ‚Wapping-Festung' blockierten, trotz des massiven Polizeieinsatzes, die auf Pferden und mit Hunden gegen die Streikposten vorgingen, trotz der zahlreichen Verhaftungen und Verletzten, gelang es, die Auslieferung der Zeitungen erheblich zu verzögern. **Mass Picketing** ist nötig, dann könnten wir es vielleicht schaffen, die Auslieferung nicht nur zu verzögern, sondern auch zu verhindern. Doch dazu brauchen die Drucker die Unterstützung der anderen Gewerkschaften."

Es war kurz nach 23.00 Uhr, als ich zur Hauptgruppe der Streikposten am Highway zurückging. An den Zäunen und Gittern hingen Transparente, Poster und Schilder der verschiedenen Gewerkschaftsgruppen, die bisher den Streik unterstützt hatten. Ganz vorne hing das Transparent der Bergarbeiterfrauen, die sich am 8. März nach der Internationalen Frauentagsdemonstration, die vor der Wapping-Festung endete, an der Straßenblockade beteiligt hatten. Neben den beiden Informationsbussen der NGA und der SOGAT 82 standen einige Tische, an denen Tee ausgeschenkt und Sandwiches u.a. Stärkungsmittel an die Streikposten ausgegeben wurden. Es sind Spenden der Bewohner des Stadtteils, einiger Kneipenwirte und anderer Gewerkschaften.

Ähnlich wie beim Bergarbeiterstreik hat der TUC, der Dachverband der britischen Gewerkschaften, sich zwar in Resolutionen und Erklärungen zur Unterstützung des Druckerstreiks aufgerufen und Disziplinarmaßnahmen gegen die Streikbrechergewerkschaft EETPU beschlossen, die aber **nicht** zum Ausschluß aus dem TUC führten.

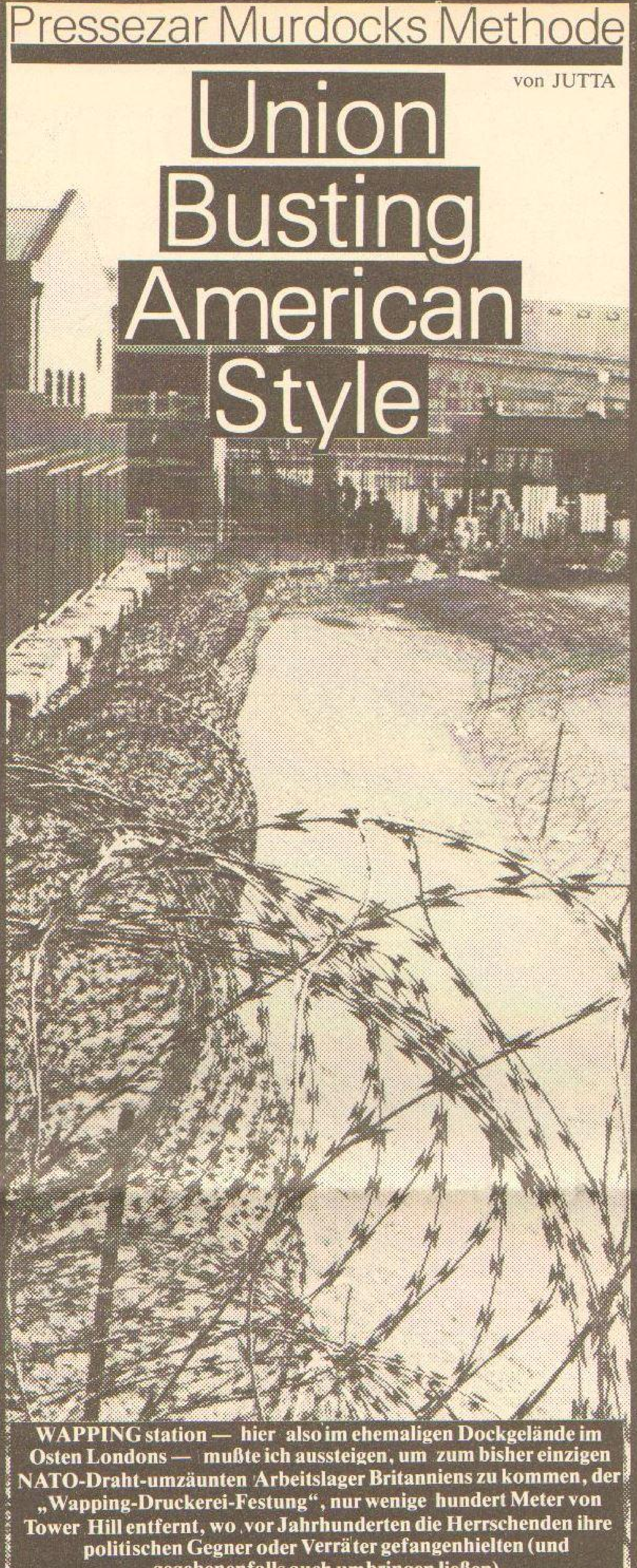
Anstatt auf mass picketing setzt der TUC auf den Boykott der Murdock-Presse. Auch etliche der Gewerkschafts-„officials", mit denen ich im Informationsbus sprach, erhoffen sich den entscheidenden Druchbruch durch die sinkenden Verkaufszahlen der Murdock-Zeitungen. Erste Auwirkungen der Boykott-Kampagne sind sichtbar: die verkaufte Auflage der „Sun" soll von 4,5 Millionen Exemplaren auf 1,7 Millionen gesunken sind, die der „News of the World" von ca. 3,8 Millionen auf 2 Millionen.

„Die sinkenden Verkaufszahlen bedeuten sinkende Profite. Das wird Murdock zwingen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen und seine Bedingungen zu ändern," meinte einer der SOGAAT-Funktionäre. Wesentlich realistischer hatten sich die Streikposten geäußert, etliche von ihnen hatten sich in den vergangenen zwei Streikmonaten mit den Erfahrungen des Bergarbeiterstreiks beschäftigt. Die hohen finanziellen Verluste der Kohlebehörde waren von der Regierung einkalkuliert gewesen und in Kauf genommen worden angesichts des **politischen** Ziels, die Bergarbeitergewerkschaft zu zerschlagen, die Kohleindustrie durchzurationalisieren und die Atomenergie-Industrie zu fördern.

„Die Boykott-Kampagne und die Solidaritätsresolutionen der anderen Gewerkschaften sind wichtig, reichen aber nicht aus", erklärte Keith, ein Drucker aus Nordirland, der seit fünf Jahren bei der „Sunday Times" arbeitet. Er hatte, wie viele seiner Kollegen auch, an den vergangenen Samstagen an den mass-picketing-Aktionen teilgenommen. „Wir brauchen die aktive Unterstützung **aller** Gewerkschaften und ihrer Mitglieder und das über Monate hinweg, um die Auslieferung und den Druck der Zeitungen nicht nur zu verzögern, sondern auch zu verhindern. Auch wenn die öffentliche Meinung auf unserer Seite ist, wie der bisherige Erfolg der Boykott-Kampagne zeigt, kann nur massiver gewerkschaftlicher Kampf die Angriffe Murdocks auf die Gewerkschaftsbewegung aufhalten."

Die Auseinandersetzung über die zu verfolgende Linie ist in den betroffenen Gewerkschaften noch nicht entschieden. Keiner der führenden SOGAT-Funktionäre hat sich bisher an den Blockade-Aktionen beteiligt, im Gegensatz zu Tony Dubbins, dem Vorsitzenden der NGA, der vorletztes Wochenende dabei verhaftet wurde.

„Britische Drucker am Ende?" — lautete die Überschrift eines „Roter-Morgen"-Artikels Ende Februar. Auch heute, zwei Monate nach Streikbeginn, ist die Entscheidung noch nicht gefallen. Durch die massiven Blockade-Aktionen, das mass picketing, die erst seit drei Wochen — und nur am Wochenende — durchgeführt werden, hat der Kampf eine neue Qualität erreicht. Noch ist unklar, ob und wie sich diese Form des gewerkschaftlichen Kampfes weiterentwickeln wird, der die aktive Teilnahme nicht nur der Drucker-Gewerkschaften voraussetzt.



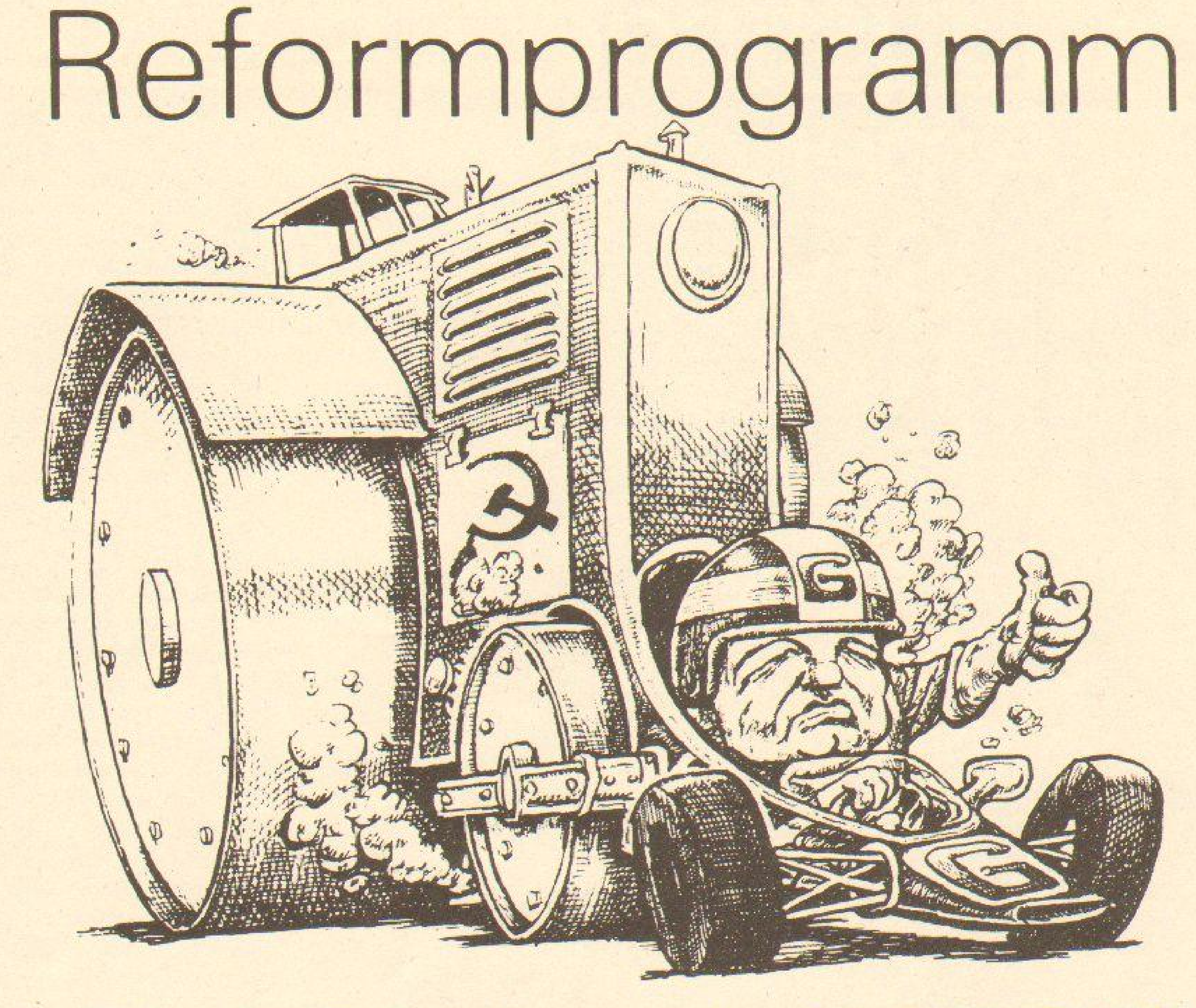
WAPPING station — hier also im ehemaligen Dockgelände im Osten Londons — mußte ich aussteigen, um zum bisher einzigen NATO-Draht-umzäunten Arbeitslager Britanniens zu kommen, der „Wapping-Druckerei-Festung", nur wenige hundert Meter von Tower Hill entfernt, wo vor Jahrhunderten die Herrschenden ihre politischen Gegner oder Verräter gefangenhielten (und gegebenenfalls auch umbringen ließen).

Die IG Druck & Papier ruft zu Solidaritätsspenden mit den britischen Druckern auf: Konto-Nummer: 1072002900 bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Stuttgart (BLZ 60010111), Stichwort: Solidarität mit englischen Druckern.

Gorbatschows ökonomisches Reformprogramm

von HORST-DIETER KOCH

Vor 30 Jahren vollzog die Chruschtschow-Führung auf dem 20. Parteitag der KPdSU offiziell den Bruch mit der Stalinschen Periode. Vor 25 Jahren verkündete Chruschtschow auf dem 22. Parteitag den „Aufbau des Kommunismus bis 1980". Jetzt wird der 27. Parteitag der KPdSU in der sowjetischen Selbstdarstellung, aber auch in der Beurteilung der westlichen bürgerlichen Presse und von Teilen der nicht zum DKP-Spektrum gehörenden sozialistischen Linken hierzulande als Parteitag einer grundsätzlichen Neuorientierung, eines neuen Aufbruchs u.ä. kommentiert. Der folgende Artikel, der sich mit den ökonomischen Grundsatzentscheidungen des Parteitags und ihren Konsequenzen befaßt und in der nächsten Nummer fortgesetzt wird, kommt zu ganz anderen Schlußfolgerungen.



Im Lichte des 27. Parteitages werden sich die sowjetischen Wirtschaftsprobleme nicht lösen lassen.

Diagnose der Lage und Reformziele

Allseits sehr wohlwollend aufgenommen wurde die vergleichweise offenherzige Selbstkritik, wie Gorbatschow sie im Namen des Zentralkomitees der KPdSU auf dem Parteitag vortrug. So ungewöhnlich ist das allerdings nicht; denn aus der Sicht Gorbatschows handelt es sich ja nicht um Selbstkritik, sondern um Kritik an Fehlern der Vergangenheit und ihre schonungslose Auflistung durch den neuen Generalsekretär hat auch die Funktion, deutlich zu machen, daß die neue Führung nicht daran denkt, Verantwortung für diese Erblast zu übernehmen. Dennoch ist die äußerst kritische Beschreibung der Lage der sowjetischen Wirtschaft durch Gorbatschow wohl realistisch:

„Zugleich nahmen in den 70er Jahren die Schwierigkeiten der Volkswirtschaft zu, ging das Tempo des Wirtschaftswachstums merklich zurück. Dadurch konnten die im Programm der KPdSU gestellten Aufgaben zur Entwicklung der Wirtschaft und sogar die niedriger angesetzten Auflagen zur Entwicklung der Wirtschaft und sogar die niedriger angesetzten Auflagen für das neunte und das zehnte Planjahrfünft nicht erfüllt werden.

(...)

Vor allen Dingen war dies darauf zurückzuführen, daß wir die Veränderung in der ökonomischen Situation nicht rechtzeitig politisch eingeschätzt und die ganze Schärfe der Unaufschiebbarkeit des Übergangs der Wirtschaft zu den intensiven Entwicklungsmethoden und zur aktiven Nutzung der Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Volkswirtschaft nicht erkannt hatten ...

Die Wirtschaft entwickelte sich im Ergebnis dessen weiterhin in erheblichem Maße auf extensiver Grundlage und orientierte sich darauf, daß zusätzliche Arbeitskräfte und materielle Ressourcen in die Produktion einbezogen werden.

... Die Volkswirtschaft, die über riesige Ressourcen verfügt, sah sich mit ihrem Mangel konfrontiert. Eine Diskrepanz zwischen den Erfordernissen der Gesellschaft und dem erreichten Produktionsniveau, zwischen der zahlungskräftigen Nachfrage und ihrer materiellen Deckung war entstanden.

... Die Produktion der meisten Erzeugnisse in Industrie und Landwirtschaft hat im elften Planjahrfünft die vom XXVI. Parteitag der KPdSU gesteckten Ziele nicht erreicht ..." (Zitiert nach dem Abdruck der Gorbatschow-Rede in der UZ vom 27.2.86, S. 10. Die im folgenden hinter Gorbatschow-Zitaten angegebenen Seitenzahlen beziehen sich auf diese UZ-Ausgabe.)

Aus dieser Darstellung der schweren Probleme der sowjetischen Wirtschaft ergeben sich die Ziele des Gorbatschowschen Reformversuchs nahezu zwangsläufig: Intensivierung und Effektivierung der Wirtschaft, bessere Nutzung der Brenn- und Rohstoffresourcen, bessere Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf. Erreicht werden soll das durch die Modernisierung der Technik (Gorbatschow: *„Auf der früheren materiell-technischen Grundlage können keine einschneidenden Veränderungen erzielt werden."* S. 11) und durch eine Umgestaltung des Planungs- und Leitungssystems.

Die beschlossenen ökonomischen Strukturreformen

Gorbatschow nennt in seinem Bericht folgende Maßnahmen, durch die diese ökonomischen Ziele erreicht werden sollen:

1. Änderung der Struktur- und Investitionspolitik. Schwerpunktmäßig sollen solche Investitionen gefördert werden, die auf die Steigerung der Produktivität, der Qualität, auf die Einsparung von Rohstoffen und auf die verstärkte Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Produktion abzielen. 200 Milliarden Rubel sollen im laufenden Planjahrfünft für die Modernisierung und technische Neuausrüstung der Produktion ausgegeben werden. Immerhin mehr, als in den letzten 10 Jahren für die Modernisierung investiert wurde, wie Gorbatschow betont. Diese Feststellung bedeutet andererseits, daß in den letzten zehn Jahren eine annähernd so gigantische Summe ohne den erstrebten Erfolg investiert wurde. Um ein ähnliches Versickern der jetzt projektierten Investitionssumme zu verhindern, sollen die Elemente der zentralen Investitonslenkung verstärkt, „großangelegte Komplexprogramme" ausgearbeitet werden.

2. Die Wirksamkeit der zentralen Leitungsorgane der Wirtschaft soll gestärkt werden mit Blick auf die oben beschriebenen wirtschaftsstrategischen Ziele, bei der „Festlegung des Tempos und der Entwicklung der Volkswirtschaft" und bei der Bilanzierung. Andererseits soll die unmittelbare Einmischung der zentralen Instanzen in „operative Tätigkeit der untergeordneten Wirtschaftseinheiten" (S. 12) beendet werden.

3. Die Selbständigkeit der Betriebe soll erweitert werden. Dabei sollen die Hauptelemente der sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung, die Kostendeckung und die Eigenfinanzierung der Investitionen noch rigoroser verwirklicht werden. Die Betriebe sollen das Recht erhalten, überplanmäßige Erzeugnisse, ungenutzte Roh- und Werkstoffe, Ausrüstungen usw. selbständig und auf eigene Rechnung abzusetzen.

Für die Leichtindustrie soll der Kreis der von oben verbindlich festgesetzten Planauflagen „drastisch eingeschränkt" werden (S. 12). Die betrieblichen Pläne sollen vor allem aufgrund von Verträgen der Betriebe mit den Handelsorganisationen aufgestellt werden.

Eine ähnliche Ausweitung der Produktion auf eigene Rechnung ist auch für die Kolchosen und Sowchosen (Genossenschaften, Staatsfarmen) vorgesehen.

Zur Erweiterung der Rechte der Betriebe gehört auch, daß die Höhe des betrieblichen Lohnfonds nicht mehr von oben festgelegt wird, sondern, „daß die Höhe des Lohnfonds der Betriebe unmittelbar mit dem Einnahmen von der Realisierung ihrer Erzeugnisse verknüpft wird." Gorbatschow: *„Wir dürfen uns nicht länger damit abfinden, daß Mitarbeiter der Betriebe, die untaugliche Erzeugnisse herstellen, ein sorgenfreies Leben führen und Löhne, Prämien und andere Bezüge in vollem Umfang erhalten."*

4. Übergang zu ökonomischen Leitungsmethoden auf allen Ebenen der Volkswirtschaft. Unter diesem keineswegs neuen Schlagwort spricht Gorbatschow vor allem an: Umgestaltung des Systems der materiell-technischen Versorgung der Betriebe, der Preisbildung, der Finanzierung und der Kreditgewährung.

Bei der Umgestaltung des Systems der materiell-technischen Versorgung geht es darum, Produktionsstörungen durch Zulieferprobleme (Versorgung mit Rohstoffen, Maschinen, Energie usw.) auszuschalten. Auch hier lautet die allgemeine Stoßrichtung: Rückzug des Staates und Zurücknahme zentraler Planungselemente. Als unmittelbare Aufgabe des Staatlichen Komitees für Materialversorgung formuliert Gorbatschow: *„ ... die Herstellung von Direkt- und Dauerverbindungen zwischen den Produzenten und den Verbrauchern auf einer vertraglich vereinbarten Grundlage ..."* (S. 12)

Den eigentlichen Kern der Reform des Preisbildungssystems erläutert Gorbatschow wie folgt: *„Den Preisen muß größere Flexibilität verliehen werden, wobei ihr Niveau nicht nur mit dem Aufwand, sondern auch mit den Gebrauchseigenschaften der Waren, der Effektivität der Erzeugnisse und dem Grad zu verbinden ist, in dem das hergestellte Produkt mit den gesellschaftlichen Erfordernissen und mit der Bevölkerungsnachfrage bilanziert ist."* Alle von Gorbatschow genannten Kriterien reduzieren sich letztlich auf das der gesteigerten Nachfrage. Wo die Nachfrage höher ist, sollen die Preise erhöht werden können — und zwar unabhängig davon, ob der Wert der betreffenden Ware gestiegen ist.

Bei der Reform des Finanz- und Kreditsystems geht es im wesentlichen darum, daß verhindert werden soll, daß die Finanzpolitik den zentralen Wirtschaftszielen entgegenwirkt. Das ist aus der Sicht der sowjetischen Führung etwa der Fall, wenn Betriebe, die Verluste einfahren, staatliche Zuschüsse oder Kredite erhalten, mit denen sie diese Verluste ausgleichen. Die Finanzpolitik soll dagegen gerade die Erwirtschaftung möglichst hoher Betriebsgewinne stimulieren. In diesem Zusammenhang spricht Gorbatschow von der Notwendigkeit einer Umsatzsteuerreform. In ihrer gegenwärtigen Form ist die Umsatzsteuer lediglich ein Instrument, um einen Teil der Betriebsgewinne an den Staatshaushalt zu überführen. Die Absicht der angekündigten Reform dürfte darin liegen, die Umsatzsteuer weniger pauschal zu gestalten, um sie auch als Stimulierungsinstrument einsetzen zu können.

5. Durch die Einrichtung wissenschaftlich-technischer Zentren für die verschiedenen Industriebranchen soll die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und technischer Entwicklungen in der Produktion beschleunigt werden. Zur besseren Integration der Wirtschaft sollen branchenübergreifende Wirtschaftsvereinigungen, Produktionskomplexe u.ä. entwickelt werden. Im Zuge der weiteren Konzentration der Produktion soll die einseitige Entwicklung zu immer größeren Produktionseinheiten insofern korrigiert werden, als nun von der Notwendigkeit einer „rationellen Kombination von größeren, mittleren und kleineren Betrieben" die Rede ist: *„Wie die Erfahrungen lehren, haben kleinere, technisch gut ausgerüstete Betriebe in vielen Fällen ihre Vorzüge aufzuweisen. Sie können technologischen Neuerungen und Veränderungen der Nachfrage rascher Rechnung tragen, den Bedarf an Kleinserien- bzw. Einzelfertigung zügiger decken ..."* (S. 12)

6. Nachdem seit Anfang der 60er Jahre alle ökonomischen Reformen in der Sojwetunion immer darauf abzielten, die Rolle der Regionen bei der Planung und Leitung der Wirtschaft herabzusetzen zugunsten des zentralen branchenmäßigen Planungs- und Leitungssystems über die Industrieministerien. Als Ergebnis haben sich die Regionen sehr unterschiedlich entwickelt. Gorbatschow: *„In Turkmenien ist die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit seit 15 Jahren überhaupt nicht gestiegen."* (S. 11) Jetzt wird eine „optimale Verknüpfung der Wirtschaft nach dem Zweig- und Territorialprinzip" gefordert.

Fortsetzung auf Seite 14

Seit der Verabschiedung des neuen Paß- und Personalausweisgesetzes und des § 163d StPO (Schleppnetzfahndung) ist es still geworden um die Bonner (Un-)Sicherheitsgesetze. Zu Unrecht. Denn die Verabschiedung sehr wichtiger anderer Gesetzentwürfe steht noch aus: die Verabschiedung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, des MAD- und des BND-Gesetzes, des Zusammenarbeitsgesetzes, die Änderung des Straßenverkehrs-, des Datenschutz und des Verwaltungsverfahrensgesetzes.



In der bisherigen Diskussion über die Bonner (Un-)Sicherheitsgesetze ging es vor allem um die massenhafte Erfassung von Bürgerinnen und Bürgern, um Massendateien und ähnliches. Stichworte: der „gläserne Bürger", der „Überwachungsstaat" und — um den „Spiegel" nicht zu unterschlagen — der „unbescholtene Bürger". Die Gesetzentwürfe zu den Geheimdiensten haben in den öffentlichen Diskussionen dagegen kaum eine Rolle gespielt. Warum? Vielleicht, weil der Schrecken darüber, daß nach dem neuen Straßenverkehrsgesetz (ZEVIS) alle Kfz — Besitzer dem Zugriff von Polizei und Geheimdiensten ausgesetzt sind, allzuleicht den Blick dafür verstellt, daß es nach wie vor um den Kampf gegen links und um mehr Macht für die Rechten geht? Wie dem auch sei, dieser Artikel wurde geschrieben, weil ein Plädoyer für den politischen Widerstand gegen die Geheimdienstgesetze und gegen die Geheimdienste selbst notwendig scheint.
Er beschränkt sich auf den Verfassungsschutz, weil der MAD im wesentlichen die gleichen Befugnisse hat und gesetzlich verankert bekommen soll, nur eben auf den Bereich der Bundeswehr beschränkt, und weil für den BND der Platz nicht mehr reichte.

von KARIN WAGNER

Als Gerhard Schröder bei der 1. Lesung des Verfassungsschutzgesetzes am 31.1.86 im Bundestag den Regierungsparteien vorwarf, daß sie — vor allem im Zusammenarbeitsgesetz — die Trennung zwischen Polizei und Verfassungsschutz aufgegeben hätten, *„eine Trennung, die die Alliierten mit ihrem Polizeibrief aus dem Jahre 1949 der Erfahrungen mit der Gestapo wegen angeordnet hatten"*, tobten die im Saal anwesenden Abgeordneten der Fraktion der CDU/CSU sozusagen mit Schaum vor dem Mund. Getroffene Hunde bellen eben besonders laut.

Denn tatsächlich macht alles, was die strikte Trennung zwischen Verfassungschutz und Polizei aufhebt oder — allgemeiner gesprochen — dem Verfassungsschutz vollziehende Gewalt zugesteht, die Entwicklung des Verfassungsschutzes zu einer geheimen Staatspolizei bundesrepublikanischer Prägung möglich. Genau das geschieht aber mit den vorliegenden Entwürfen für ein neues Bundesverfassungsschutzgesetz und für das sogenannte Zusammenarbeitsgesetz.

Der von Schröder erwähnte Polizeibrief der Alliierten vom 14.4.49 gestattete der Bundesregierung *„eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten einzurichten. Diese Stelle"*, so hieß es dort, *„soll keine polizeilichen Befugnisse haben."*

Aufmerksamkeit verdient übrigens auch die Tatsache, daß die Alliierten von gegen die **Bundesregierung** gerichteten Aktivitäten sprechen. Denn ihre bundesdeutschen Verbündeten haben es sorgsam vermieden, die Aufgaben des Verfassungsschutzes so konkret zu bestimmen. Sie schreiben lieber vom Schutz der freiheitlich demokratischen Ordnung, vom Schutz der Verfassung usw. Ihr dienen sie angeblich. Sie schützen sie angeblich. Daran ist so viel richtig, daß es natürlich „Staatsinteressen" gibt, die über die Interessen der jeweiligen Regierung hinausgehen. Aber trotzdem: die Geheimdienste dienen nicht dem „Staat an sich". Das BfV untersteht dem Bundesminister des Innern, der MAD dem Bundesminister für Verteidigung, der BND dem Bundeskanzleramt. Und seit dem 17.12.85 gibt es per Organisationserlaß einen Koordinator für alle drei Geheimdienste, der dem Bundeskanzler untersteht. Und da sollen die politischen Machtinteressen der jeweiligen Regierung für die Tätigkeit der Geheimdienste keine Rolle spielen?

Fortsetzung auf Seite II

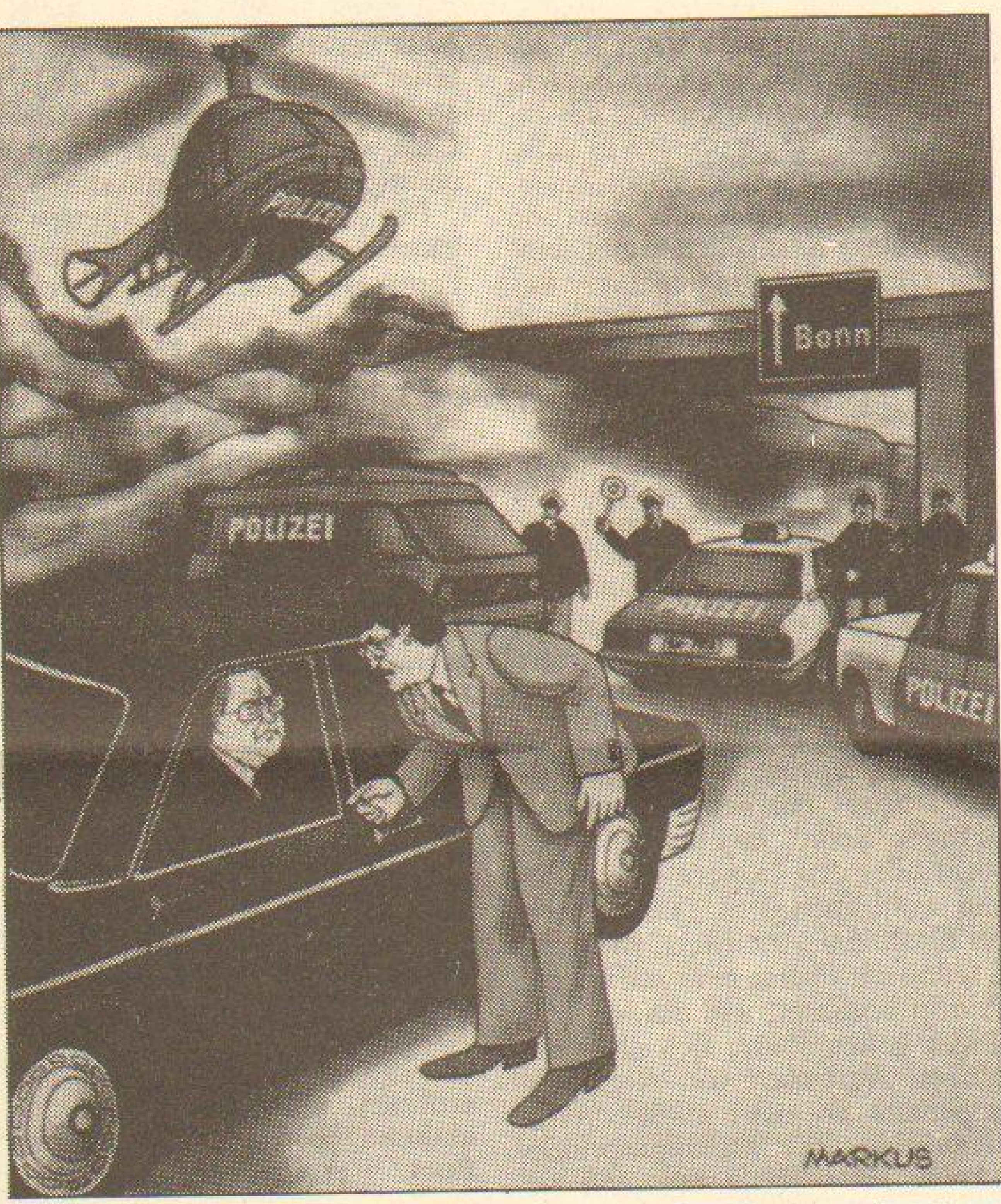
ZAG (Zusammenarbeitsgesetz)

ZAG bedeutet: „Gesetz über die informationelle Zusammenarbeit der Sicherheits- und Strafverfogungsbehörden des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Staats- und Verfassungsschutzes und nachrichtendienstlicher Tätigkeit". Konkret geht es um die Zusammenarbeit von: Verfassungsschutzbehörden, Militärischem Abschirmdienst, Bundesnachrichtendienst und Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz, Polizeien der Länder, Zoll und Strafverfolgungsbehörden.

Auch bisher gibt es Zusammenarbeit zwischen diesen Behörden. Sie ist geregelt in den nicht veröffentlichten Zusammenarbeitsrichtlinien in Staatsschutzangelegenheiten vom 18.9.1970.

ZAG schreibt für den Bereich der sogenannten Terroristenbekämpfung und der Spionageabwehr die **Spontaninformation**, d.h. die gegenseitige **Informationspflicht** zwischen den Geheimdiensten und BKA, BGS, Länderpolizei und dem Zoll, soweit er grenzpolizeiliche Aufgaben wahrnimmt, vor. Wobei die Informationsübermittlung unterbleiben kann, „solange überwiegende Sicherheitsinteressen dies erfordern." Eine Einschränkung, die vor allem sicherstellen soll, daß die Geheimdienste nicht alles weitergeben müssen, was sie wissen.

Mit dieser Regelung wird für den Bereich der sogenannten Terroristenbekämpfung und der Spionageabwehr faktisch eine Superbehörde geschaffen, die sich nur dadurch von einer geheimen Staatspolizei unterscheidet, daß Geheimdienste und Polizei in verschiedenen Behörden organisiert sind.



Aus dem „Stern"

„Ein bißchen wird es noch dauern, Herr Bundeskanzler – wir sind in eine Schleppnetzfahndung wegen uneidlicher Falschaussage geraten!"

Aber auch über den Bereich der sogenannten Terroristenbekämpfung und der Spionageabwehr hinaus schreibt ZAG eine enge Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten, Polizei, Strafvollzugsbehörden, BGS und Zoll vor. Entgegen den Behauptungen der Regierung, daß die Geheimdienste den Vollzugskräften keine Aufträge erteilen dürfen (und umgekehrt), sieht ZAG ausdrücklich vor, daß die Geheimdienste den BGS "ersuchen" können, bestimmte personenbezogene Informationen zu erheben — z.B. Name und Anschrift von Reisenden, Ziel und Zweck der Reise. (§8, 8, 11)

In ähnlicher Weise können sich auch Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste in ihrer Tätigkeit gegenseitig ergänzen: Geheimdienste dürfen z.B. selbst keine Hausdurchsuchungen durchführen, sie können aber die Staatsanwaltschaften in bestimmten Fällen „ersuchen", ihnen die bei Hausdurchsuchungen gewonnenen „Erkenntnisse" zu übermitteln. Andersherum sind die Geheimdienste gehalten, den Staatsanwaltschaften dann, wenn Ermittlungsverfahren wegen Staatsschutzdelikten ins Stocken geraten, behilflich zu sein.

ZAG ist also tatsächlich nichts anderes als der Versuch, geheime staatspolizeiliche Tätigkeit ohne den Apparat einer Gestapo zu ermöglichen. ZAG darf nicht Gesetz werden.

Schleppnetzfahndung

Mit Einfügung eines § 163 d in die Strafprozeßordnung wird die auf dem Höhepunkt der Baader-Meinhof-Hysterie praktizierte massenhafte Schleppnetzfahndung gesetzlich zulässig.

Wie diese Art von Straftäterverfolgung aussieht, hat der „Stern" (7/86) an einem Beispiel beschrieben: „Als 1977 während der Schleyer-Entführung Erpresserbriefe aus Paris kamen, die Terroristen aber nachweislich noch in der Bundesrepublik waren, kontrollierte das Bundeskriminalamt für eine gewisse Zeit alle Zugreisenden in Richtung Frankreich, um die Kuriere ausfindig zu machen. Tausende (...) landeten so im Computer, allerdings auch ein Kurier."

Fortsetzung von Seite I

Die Definitionsgewalt des Verfassungsschutzes

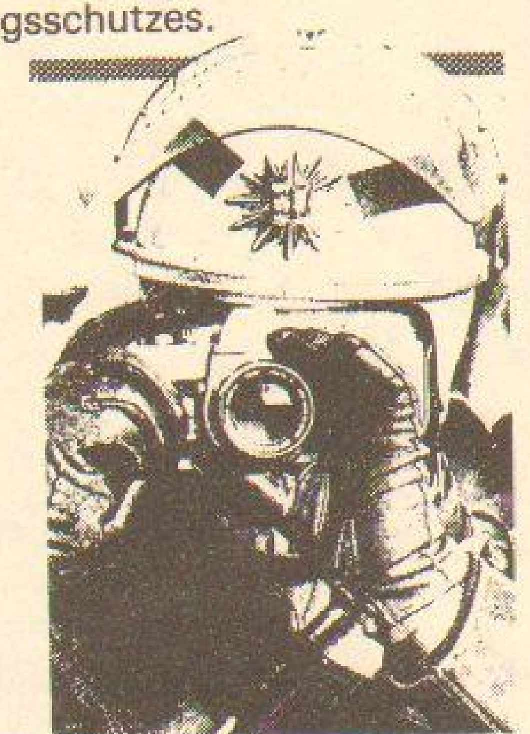
Grundlage für die Macht des Verfassungsschutzes ist das, was Jürgen Seifert die „Definitionsgewalt" des Verfassungsschutzes nennt. Was sich so harmlos anhört, ist tatsächlich von weitreichender Bedeutung. Denn auch hierbei geht es um Schlußfolgerungen aus den „Erfahrungen mit der Gestapo".

Im Parlamentarischen Rat gab es seinerzeit eine Auseinandersetzung darüber, wer über den „Verfassungsfeind" bzw. über Parteiverbote und die sogenannte Verwirkung von Grundrechten bei einzelnen Personen entscheiden solle. Die CDU forderte diese Entscheidungsbefugnis für die Exekutive, insbesondere die Polizei. SPD und FDP erklärten, daß diese Befugnis nur das Bundesverfassungsgericht haben dürfe. Thomas Dehler sprach in diesem Zusammenhang von der *„Statuierung des Polizeistaates"* für den Fall, daß sich die Vorstellungen der CDU durchsetzen würden. Das konnte damals verhindert werden.

Faktisch ist die von Dehler beschworene *„Statuierung des Polizeistaates"* aber inzwischen trotzdem eingetreten. Denn faktisch bestimmt heute nicht das BVG, sondern der Verfassungsschutz, wer „Verfassungsfeind" ist. *„Dem Verfassungsschutz wird seit Jahren das Recht zugebilligt, ohne vergleichbare institutionelle Überprüfung einzelne Staatsbürger oder auch Gruppen von Staatsbürgern durch zwar ‚rechtlich' nicht relevante, in den Auswirkungen jedoch quasi hoheitliche Rubrizierungen so einzuordnen, daß dadurch den Betroffenen die materielle Existenzgrundlage geraubt werden kann."* (Brückner, Damm, Seifert, 1984 schon heute, S. 123).

Letzteres geschieht vor allem dadurch, daß der Verfassungsschutz Informationen oder Schlußfolgerungen aus Informationen an andere Stellen weitergibt. Ein Recht, das das BfV sich bisher genommen und das ihm durch das neue Bundesverfassungsschutzgesetz offiziell zugestanden werden soll. Durch dieses Weitergaberecht wird die Definitionsgewalt des Verfassungsschutzes zur vollziehenden Gewalt.

Zu spüren bekommen haben diese vollziehende Gewalt des Verfassungsschutzes nicht nur die Opfer der Berufsverbote. Entlassungen oder Nicht-Einstellungen betreibt der Verfassungsschutz auch in der „freien" Wirtschaft. „Erkenntnisse" werden auch an Beauftragte der „staatstragenden Parteien" weitergegeben — für Zwecke des Kampfes gegen politische Gegner oder unliebsame Mitglieder. Ganz zu schweigen von der Weitergabe von Informationen an ausländische Geheimdienste oder der Beeinflussung von Gerichtsverfahren durch geheime Zeugen und Gutachten des Verfassungsschutzes.



Sicher, der Verfassungsschutz darf nicht verhaften und nicht einsperren. Das Bundesverfassungsgericht hat 1975 auch festgestellt, daß es „rechtlich" nicht relevant ist, wenn der Verfassungsschutz jemanden als „verfassungsfeindlich", „extremistisch" oder „prokommunistisch" einordnet und abstempelt. Aber wem nützt das? Es nützt hauptsächlich dem Verfassungsschutz selbst. Denn dadurch ist er rechtlich nicht greifbar und nicht angreifbar. Gegen eine unrechtmäßige Verhaftung kann man sich immerhin noch wehren. Gegen eine vom Verfassungsschutz betriebene Entlassung nicht. Das ist der Unterschied.

Die Wirkung — Stichwort: Berufsverbote — ist bekannt. Bei Umfragen im Rahmen der Shell-Studie erklärte 1980 jeder zweite Jugendliche, daß es besser sei, seine Meinung nicht öffentlich zu äußern. Und es ist völlig klar: wenn die vorliegenden (Un-)Sicherheitsgesetze verabschiedet werden, wird es noch schlimmer werden.

Was also tun? Die Redaktion von „Cilip" hat in der März-Ausgabe von „links" geschrieben: *„Doch wenn es gelingt, nicht etwa nur mit dem falschen Argument, nun drohe die totale Überwachung des einzelnen Bürgers bis in seine Wohnstube hinein, diffuse Ängste zu mobilisieren, sondern viele Bürger gegen diese Gesetze zu politischem Handeln zu bewegen, dann kann eine solche Kampagne Erfolg haben, selbst über den Tag der Verabschiedung hinaus."*

Politischen Widerstand leisten, würde bedeuten, daß die Linke aufhört — je nach Temperament — die Geheimdienste und die Bedrohung, die sie für die Einzelnen und für die Demokratie darstellen, entweder zu ignorieren oder vor den Einschüchterungsstrategien der Geheimdienste zu kapitulieren. Eben zu akzeptieren, daß man heute nicht alles überall laut sagen, schon gar nicht unterschreiben und öffentlich (durch Teilnahme an Demonstrationen oder Veranstaltungen) unterstützen darf, was eigentlich gesagt, unterschrieben und unterstützt werden müßte. Politischen Widerstand leisten, würde bedeuten, den Stier bei den Hörnern zu packen und der unheimlichen Macht der Geheimdienste selbst den Kampf anzusagen. Gegen die noch zur Verabschiedung anstehender Bonner (Un-)Sicherheitsgesetze mobil zu machen.

„Das Verhältnis der Ämter zur Verfassung ist etwa so problematisch wie im Dritten Reich das Verhältnis der Kulturkammern zur Kultur."

(Richard Schmid, Generalstaatsanwalt und Obergerichtspräsident, Mitte der 60er Jahre.)

Alle Macht dem Verfassungsschutz?

von KARIN WAGNER

Eines zumindest ist sicher: wenn der vorliegende Gesetzentwurf zum Bundesverfassungsschutzgesetz Gesetz werden sollte, dann wird sich die Zahl der Verfassungsschutzkandale schlagartig verringern. Warum? Ganz einfach deshalb, weil vieles, was bisher in einer Grauzone zwischen Legalität und Illegalität oder völlig illegal geschah, durch diesen Gesetzentwurf legalisiert werden soll. Unrecht wird Recht, indem das Recht zu Unrecht wird. Was für die Änderung des § 116 gilt, gilt auch für die Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes.

● Mit diesem Gesetzentwurf wird der Verfassungsschutz nun auch per Gesetz endgültig von einer Stelle „zur **Sammlung von Unterlagen**" für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden" (Art. 87 GG) zu einer **Kampforganisation** gegen *„Extremisten, Terroristen und Spione"*.

● Der Gesetzentwurf legalisiert zu diesem Zweck ausdrücklich die Sammlung, Auswertung und Weitergabe personenbezogener Informationen an öffentliche und nicht-öffentliche Stellen im Inland sowie an öffentliche Stellen im Ausland und zwischenstaatliche Institutionen.

● Der Gesetzentwurf verankert zu diesem Zweck weiter die Pflicht aller Behörden des Bundes und öffentliche Stellen *„von sich aus"* dem Bundesamt für Verfassungsschutz personenbezogene Informationen über die schon erwähnten *„Extremisten, Terroristen und Spione"* zu übermitteln. Er ermächtigt den Verfassungsschutz gleichzeitig, alle amtlichen Register und Dateien einzusehen und zu benutzen sowie andere Behörden um Auskünfte *„zu ersuchen"*, die nicht begründet zu werden brauchen.

● Der Gesetzentwurf verankert zu diesem Zweck weiter das Recht der Bundesregierung, gestützt auf — auch personenbezogene — Informationen des Verfassungsschutzes *„sich öffentlich mit Verfassungsfeinden"* wie es in der Begründung zum Gesetzentwurf heißt, *„politisch auseinanderzusetzen"*. (Lex Todenhöfer)

● Daß der Gesetzentwurf dem Bürger im Allgemeinen und dem „Verfassungsfeind" im Besonderen keine einklagbaren Rechte gegenüber dem Verfassungsschutz einräumt, sei nur noch der Vollständigkeit halber erwähnt.

Fortsetzung auf Seite III

Maschinenlesbarer Paß

Zu einigen Bestimmungen des Gesetzentwurfs:

§ 5 legt grundsätzlich fest, daß zu den Befugnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) auch die Verwendung nachrichtendienstlicher Mittel gehört.

Welche nachrichtendienstlichen Mittel das BfV verwenden darf, wird nicht gesagt. Begründung: der Gesetzentwurf *„verzichtet auch auf eine erschöpfende Aufzählung der nachrichtendienstlichen Mittel, weil sonst deren schnelle und unbemerkte Anwendung und Anpassung zur Bekämpfung (geänderter) Methoden von Terroristen, Spionen und Extremisten unmöglich gemacht würde."* (!) Bundesdrucksache 10/4737, S. 52)

§ 6 legt fest, wann das BfV personenbezogene Informationen erheben darf, nämlich immer dann, wenn *„dies zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich ist."* (!) Damit das BfV bestimmte Personen bespitzeln darf, reicht es aus, wenn *„Anhaltspunkte"* über Bestrebungen gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder *„die zur Erforschung solcher Erkenntnisse erforderlichen Nachrichtenzugänge"* gewonnen werden können.

In der Begründung zum Gesetzentwurf heißt es über den für solche Bespitzelungen in Frage kommenden Personenkreis: *„In Ausnahmefällen kann es erforderlich sein, Informationen über solche Personen mit zu erheben, die nicht selbst als Extremisten beobachtet werden, wenn dies zur Feststellung der Einflußnahme von Extremisten auf demokratische Organisationen unerläßlich ist."* (a.a.O., S. 53)

Um welchen „extremistischen Einfluß" und welche demokratischen Organisationen es dabei geht, hat Innenminister Zimmermann dankenswerterweise in seiner Stellungnahme zur Bespitzelung der grünen Bundestagsfraktion vor dem Innenausschuß des Bundestages am 13.12.85 klargestellt, als er betonte, daß *„insbesondere linksextremistische Organisationen in dieser Einflußnahme ein wesentliches Mittel zur Steigerung ihrer politischen Resonanz erblicken."* (FR, 21.12.85) Das gleiche, was für die Sammlung von personenbezogenen Informationen gilt, gilt selbstverständlich für die Speicherung dieser Informationen in Dateien und für ihre „sonstige Nutzung".

§ 8 bestimmt, daß alle staatlichen Stellen *„von sich aus"* dem BfV Mitteilung über allgemeine und personenbezogene Informationen zu machen haben, die den Bereich des Extremismus, Terrorismus und Spionage betreffen. Sache des BfV ist es dann, zu prüfen, ob die übermittelten Informationen *„für die Erfüllung seiner Aufgaben erforderlich sind."*.

Zum „praktischen" Nutzen, den diesr Spitzelauftrag an alle Behörden und Ämter hat, heißt es in einem von der Bayrischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit herausgegebenen Buch mit dem Titel „Abwehrbereit": *„Diese Form der Informationsübermittlung hilft, daß es nicht notwendig wird, einen großen Verfassunsschutzapparat aufzubauen. Sie ermöglicht es, daß die Verfassungsschutzbehörden nicht in größerem Maß auf häufig hinsichtlich ihrer Zuverlässigkeit schwer zu beurteilende Informationen von V-Leuten angewiesen sind."* (W. Gansser, Abwehrbereit, S. 122)

Zusätzlich kann das BfV *„die Übermittlung der erforderlichen personenbezogenen Informationen an jeder Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt, verlangen und amtlich geführte Register einsehen."* (§9). Solche Ersuchen brauchen nicht begründet zu werden.

§ 10 regelt die Weitergabe personenbezogener Informationen durch das BfV. Weitergegeben werden dürfen solche Informationen u.a., wenn dies 1. zur Erfüllung der Aufgaben des BfV erforderlich ist oder 2. der Empfänger diese Informationen *„für Zwecke der öffentlichen Sicherheit einschließlich des Schutzes der freiheitlichen demokratischen Grundordnung"* benötigt. Geht es um den Schutz der FDGO, darf das BfV solche Informationen auch an andere als öffentliche Stellen (also z.B. Firmen) weitergeben.

Hier geht es nicht nur um Berufsverbote und politische Kündigungen in Betrieben. Hier geht es auch um die polizeilichen Befugnisse, die das BfV laut Gesetz (und Verfassung) nicht haben und sich auch nicht auf dem Wege der Amtshilfe besorgen darf. Wie aber über dieses Weitergaberecht trotzdem eine zumindest indirekte Weisungsbefugnis ermöglicht wird, beschreibt W. Gansser in dem schon erwähnten Buch „Abwehrbereit" sehr anschaulich so: *„Für die Polizei ist es zur Erfüllung ihrer Schutzaufgaben von entscheidender Bedeutung, in umfassenden Lagebildern die Gefährdung durch Extremisten zu erfahren. Danach richtet sich ihre Einsatzkonzeption. So ist es z.B. wichtig, rechtzeitig und detailliert zu erfahren, welche extremistische Gruppe in welcher Stärke und mit welchen Mitteln eine Wahlkundgebung einer demokratischen Partei stören will. Je nachdem muß die Polizei ihren Einsatz planen."* (S. 114)

Das Weitergaberecht des BfG gilt auch hinsichtlich der Dienststellen der Stationierungskräfte in der BRD und ausländischer öffentlicher Stellen, also z.B. hinsichtlich ausländischer Geheimdienste. Kriterien sind hier neben den Interessen des BfV die *„Sicherheitsinteressen"* der betreffenden ausländischen Stelle und die *„Belange der Bundesrepublik Deutschland"*. Bezüglich dieser *„Belange"* heißt es erläuternd in der Begründung zum Gesetzentwurf: *„Zu den Belangen der Bundesrepublik Deutschland gehört auch ein funktionsfähiger nachrichtendienstlicher Informationsaustausch mit bestimmten Staaten, der Voraussetzung dafür ist, daß das Bundesamt für Verfassungsschutz von dort mit den für seine Inlandsaufgaben notwendigen Nachrichten beliefert wird."* (Bundesdrucksache 10/4737, S. 55) Auf deutsch: Damit das BfV z.B. von türkischen Geheimdiensten die gewünschten Informationen bekommt, um die hier lebenden Türken und Kurden bespitzeln zu können, muß eben ab und zu ein türkischer Staatsbürger ans Messer geliefert werden!

Mit diesem Gesetzentwurf soll der Verfassungsschutz eine Machtstellung bekommen wie er sie — rechtlich abgesichert — noch nie gehabt hat. Er wird sie nutzen zum Kampf gegen alle, die in seinen Augen Verfassungsfeinde sind. Wie erbarmungslos dieser Kampf geführt werden wird und bis zu welchem Grad jede demokratische Oppositionsbewegung als „Feind" behandelt wird, hängt davon ab, wie rechts die Regierung ist, der der Verfassungsschutz dient. Der Gesetzentwurf macht nahezu alles möglich.

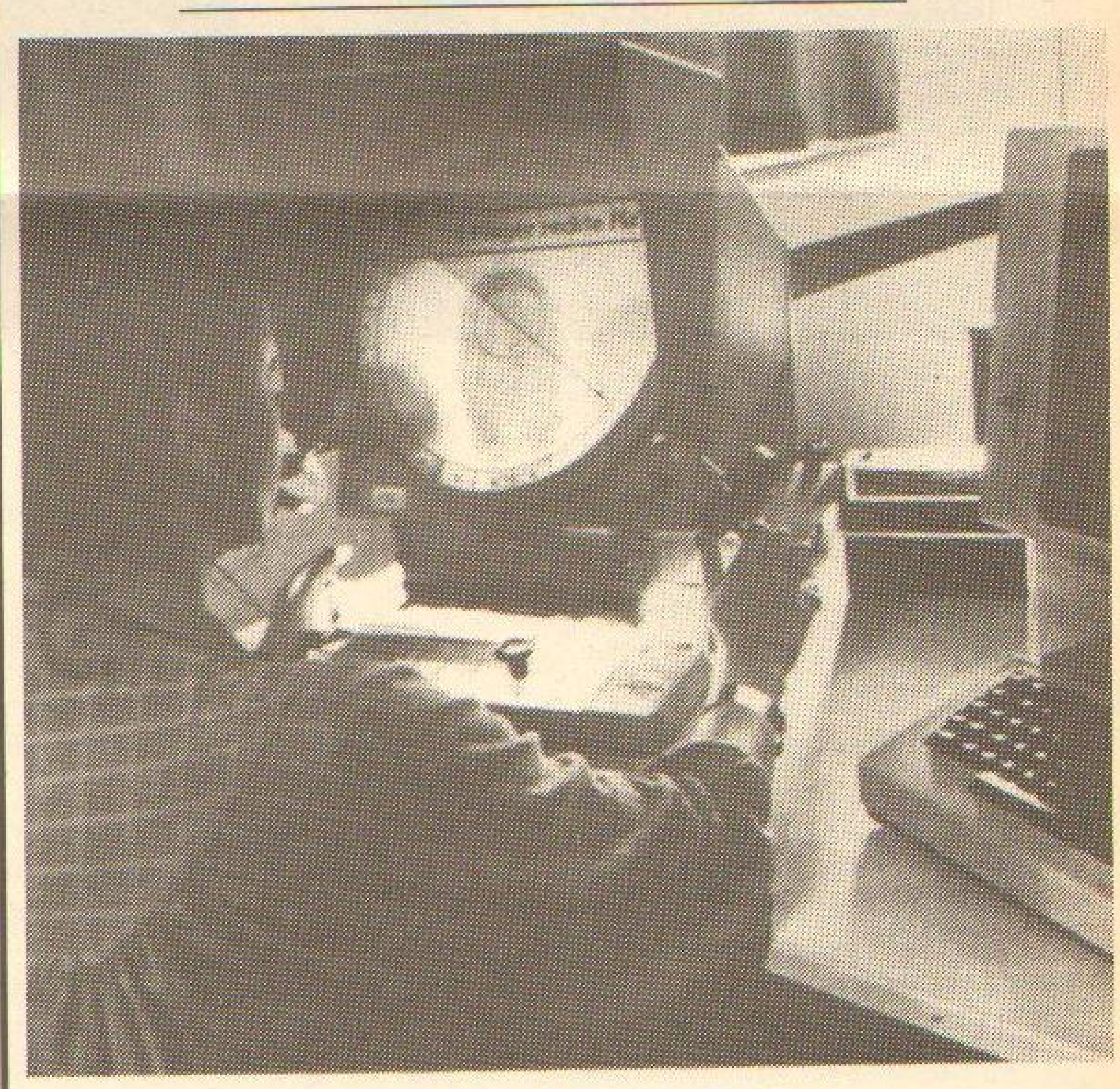
Eine derart massenhafte Identitätsfeststellung wird künftig nicht nur aufgrund richterlicher Anordnung möglich sein, sondern bei begründetem Verdacht auch vom Staatsanwalt angeordnet werden können, ja bei „Gefahr im Verzuge" selbst von Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft. Dazu können zählen: Polizei- oder Grenzschutzbeamte, Steuer- oder Zollfahnder, Fischereiaufseher, Postassistenten, Bahnpolizei-Obersekretäre, amtlich bestätigte Jagdaufseher. Spätestens nach drei Tagen muß ein Richter im Nachhinein eine solche Razzia billigen.

Grund zu einer solchen Anordnung kann jede der in § 100a der Strafprozeßordnung genannten Straftaten sein. Einige Beispiele: Hochverrat, Vorbereitung eines Angriffskrieges, Fortführung einer für verfassungsfeindlich erklärten Partei, Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen, verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane (ein Straftatbestand, der erfüllt ist, wenn jemand planmäßig Angehörige z.B. der Bundeswehr zu mangelnder Bereitschaft, ihrem Dienst nachzukommen, verleitet), Störpropaganda gegen die Bundeswehr, Bildung krimineller oder terroristischer Vereinigungen, Volksverhetzung, Anstiftung zur Fahnenflucht (als Zivilist), Mord, Totschlag, Menschenhandel.

Geheimhaltung von Daten

Das Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25.5.1976 regelt die Verwaltungstätigkeit der Behörden des Bundes, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der bundesunmittelbaren Körperschaften des öffentlichen Rechts. Ausgenommen sind dagegen Kirchen und andere Weltanschauungsgemeinschaften mit ihren Verbänden und Einrichtungen, Finanzbehörden, Strafverfolgungsbehörden usw.

Ausdrücklich werden in das Verwaltungsverfahrensgesetz Bestimmungen der Datenschutz-Novelle eingeführt, die die Erhebung, Geheimhaltung, Zweckbindung, Auskunft an den Betroffenen, Berichtigung und Sperrung personenbezogener Informationen betreffen (§§ 3A bis 3e). § 3d (Auskunft an den Betroffenen) hat die Formulierung: „Die Behörde darf personenbezogene Informationen sowie Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nicht unbefugt offenbaren." Gestrichen wurde dafür der bisherige § 30: „Die Beteiligten (an einem Verwaltungsverfahren, d.h. die Betroffenen — RM) haben Anspruch darauf, daß ihre Geheimnisse, insbesondere die zum persönlichen Lebensbereich gehörenden Geheimnisse sowie die Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, von der Behörde nicht unbefugt offenbart werden." (Hier steht das Wort „unbefugt" in einem Zusammenhang, während es in der Neufassung frei schwebend ist.)



Fingerabdruck-Computer im BKA

Umgang mit der „informationellen Selbstbestimmung"

„1. Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung wird der Schutz des einzelnen gegen unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten von dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht (...) umfaßt. Das Grundgesetz gewährleistet insoweit die Befugnis des einzelnen, grundsätzlich über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.

2. Einschränkungen dieses Rechts auf ‚informationelle Selbstbestimmung' sind nur im überwiegenden Allgemeininteresse zulässig. Sie bedürfen einer verfassungsmäßigen gesetzlichen Grundlage, die dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprechen muß. Bei seinen Regelungen hat der Gesetzgeber ferner den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Auch hat er organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, welche der Gefahr einer Persönlichkeitsverletzung entgegenwirken." Dementsprechen hatte das Bundesverfassungsgericht mit seinem Urteil vom 15.12.1983 den Zimmermannschen Entwurf eines Volkszählungsgesetzes als verfassungswidrig zurückgewiesen.

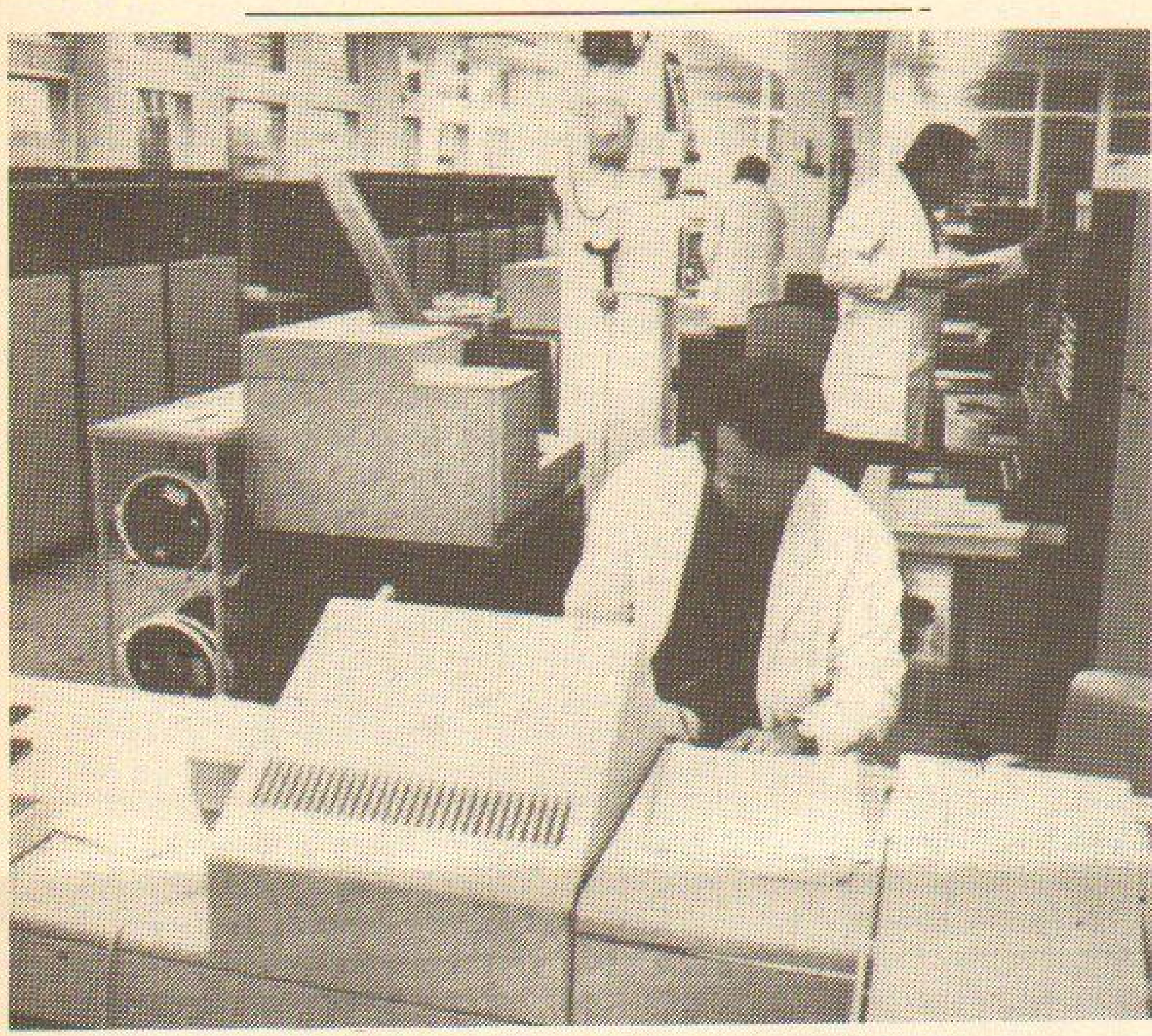
Fortsetzung auf Seite IV

Fortsetzung von Seite III

In der Bundesdatenschutzgesetz-Novelle „Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten in Dateien“ (anstelle von „Gesetz zum Schutz **vor Mißbrauch** personenbezogener Daten bei der Datenverareitung“ — Fassung vom 27.1.1977) soll der Ausdruck „Mißbrauch“ vermieden werden, da es um die Abgrenzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gegenüber einem höherrangigen Allgemeininteresse gehe.

Einerseits werden in die Novelle Beschränkungen des Gebrauchs solcher Daten für die Medien (§ 1a) und die Wissenschaft (§ 3a) eingebracht, offenbar zur Abschirmung des Lebenslaufs genehmer Politiker usw. gegen öffentliche Neugier; andererseits wird den Geheimdiensten unbeschränkter Umgang mit personenbezogenen Daten ausdrücklich zugestanden (§§ 13, 19). Selbst Staatsanwaltschaft und Polizei sowie Finanzverwaltung haben keine Pflicht zur Auskunfterteilung gegenüber den Betroffenen, „soweit eine Abwägung ergibt, daß die schutzwürdigen Belange des Betroffenen hinter dem öffentlichen Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, zurücktreten müssen“ (§ 13).

Auskunfterteilung soll nunmer zwar unentgeltlich sein (bisher gebührenpflichtig), aber: „Ist das Auskunftsverlangen mutwillig, kann (...) eine Gebühr verlangt werden.“ Während für den behördlichen Umgang mit Daten der Ausdruck „Mißbrauch“ abgeschafft wird, wird für den Betroffenen, der darüber Auskunft verlangt, eine „Mutwilligkeit“ eingeführt. Die Willkür geht also nicht von den Herrschenden, sondern von den Beherrschten aus. Der Bundesdatenschutzbeauftragte führt ein Register über Dateien mit personenbezogenen Daten mit Ausnahme derjenigen, die von den Geheimdiensten geführt werden (§ 19 [7]).“



Datenspeicher im Kraftfahrt-Bundesamt Flensburg

Anzapf-Möglichkeiten beim Kraftfahrt-Bundesamt

Mit Hilfe der Novellierung der Straßenverkehrszulassungsordnung soll die Rechtsgrundlage für die Schaffung eines Zentralen Verkehrsinformations-Systems (ZEVIS) beim Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg geschaffen werden, das jederzeit dem direkten polizeilichen Datenzugriff zur Verfügung stehen soll (neu eingefügte §§ 30A, 31 - 46).

War bisher eine Auskunft bei den einzelnen Zulassungsstellen „im Einzelfall auf Antrag“ für Behörden un „bei Darlegung eines berechtigten Interesses“ auch für andere „über Fahrzeuge, die Halter und die Versicherungen“ geregelt (§ 26), so soll nunmehr die Übermittlung von (sehr viel umfänglicheren) Daten an die Polzei nicht allein zur Durchführung von Aufgaben im Rahmen des Straßenverkehrs, sondern auch „zur Verfolgung von Straftaten oder zur Strafvollstreckung, zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ und „zur Erfüllung der den Verfassungsschutzbehörden, dem Militärischen Abschirmdienst und dem Bundesnachrichtendienst durch Gesetz übertragenen Aufgaben“ u.a.m. vorgeschrieben sein (§35). In der Begründung zu dieser Ausweitung wird auch angeführt, daß die Fahndung etwa nach säumigen Rückzahlern von Darlehen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) durch den Abruf von ZEVIS-Daten ermöglicht werden soll.

Lesehinweis



1984 schon heute oder Wer hat Angst vorm Verfassungsschutz?, Peter Brückner, Diethelm Damm, Jürgen Seifert, Verlag Neue Kritik, 1979



Die (un)heimliche Staatsgewalt, Memorandum zur Reform des Verfassungsschutzes, verfaßt vom Arbeitskreis Verfassungsschutz der Humanistischen Union, 1981

Der Überwachungsstaat bekommt Zähne

von KLAUS DILLMANN

Vorweg ein paar Beispiele für Wissen, das Macht geworden ist:

- **Ein Bewerber um einen Arbeitsplatz in einer Fabrik wird überall, wo er sich bewirbt, abgewiesen. Angeblich sei man überbelegt. Ein vorheriger Blick in die schwarze Liste hatte jeweils ergeben, daß der Betreffende mal bei einem „wilden“ Streik aufgefallen war.**
- **Ein Bewerber um das Lehramt an einer Schule wird trotz günstiger Fächerkombination und guter Zeugnisse nicht übernommen, da aus der der Schulbehörde vorliegenden Verfassungsschutzakte ersichtlich ist, daß sein Fahrzeug wiederholt in der Nähe von Orten geparkt war, an denen „verfassungsfeindliche“ Gruppen getagt hatte. Ihm wird mitgeteilt, es gebe zu viele Bewerber.**
- **Ein Darlehenssuchender bekommt bei allen Bank-Instituten, wo er sich um ein Darlehen bemüht, einen abschlägigen Bescheid. Die Bankangestellten hatten vorher einen Blick in die Schufa-Liste geworfen und festgestellt, daß er einem Lohnpfändungsbeschluß unterlag. Er wurde schließlich zum willkommenen Opfer von Kredithaien.**

Fälle wie diese lassen sich beliebig aufzählen. In ihnen ist von automatischer Datenverarbeitung (ADV) noch nicht die Rede, sondern nur von Akten im Besitz von Firmen oder Institutionen, die Daten enthalten, die den Beurteilern eines Bewerbers eine Bewertung unabhängig vom persönlichen Eindruck gestatten. Die ADV macht eine derartige Verfügungsgewalt über Daten naturgemäß erheblich perfekter und schneller.

So wird demnächst mit Hilfe des computerlesbaren Personalausweises (das neue Paßgesetz und das Gesetz über den computerlesbaren Personalausweis, die zum Paket der Sicherheitsgesetze gehören, ist bereits verabschiedet worden) an geeigneten Kontrollstellen (z.B. an Grenzübergängen) binnen Sekunden feststellbar sein, in welchen Dateien Angaben über den Betreffenden zu finden sind; diese können dann gegebenenfalls abgerufen werden und erlauben es den Kontrollierenden, gezieltere Handlungen gegen den Kontrollierten vorzunehmen, z.B. Amtshilfe von Fahndungsbehörden anzufordern, wenn der Betreffende aus irgendeinem Grund von irgendwelchen Amtsträgern gesucht wird (etwa als Fahnenflüchtiger von Feldjägern).



Die ADV erleichtert also den staatlichen Behörden in erheblichem Maße eine Überwachung von Personen, die sich in ihrem Hoheitsgebiet bewegen, zumal wenn die Geheimdienste verschiedener Staaten die Daten einander zuspielen. Ein Beispiel dafür brachte die „Monitor“-Sendung vom 25. März: Der Hamburger Verfassungsschutz hate Daten eines Schülers, der eine Demonstration gegen BAFöG-Geldkürzungen angemeldet hatte, an US-Geheimdienststellen weitergegeben. Spätestens bei einem Versuch, die USA zu bereisen, dürfte der Betreffende das zu spüren bekommen.

Seit der Auseinandersetzung um den Zimmermannschen Entwurf eines Volkszählungsgesetzes 1983 (der auf entsprechenden Vorlagen aus der Zeit der SPD/FDP-Regierung basierte) ist in größeren Teilen der westdeutschen Bevölkerung eine gewisse Alarmbereitschaft vorhanden, die in der sprunghaft angewachsenen Zahl von Volkszählungsboykott-Initiativen ihren Ausdruck fand. Plötzlich war die Datenschutz-Problematik in aller Munde. Und so sah sich nach entsprechender Normenkontrollklage einiger den Liberalen Demokraten nahestehender Anwälte das Bundesverfassungsgericht gehalten, der breiten Empörung Rechnung zu tragen und durch ein Urteil, das dem Gesetzgeber die Überprüfung seines Gesetzesvorhabens anhand des Rechtes auf „informationelle Selbstbestimmung“ der Bürger auftrug, die Wogen zu glätten.

Mit dieser Erfahrung im Hintergrund wurden die neuen „Sicherheits“-Gesetze teilweise im Eilverfahren durch den Bundestag gepeitscht, um sicherzugehen, daß man nicht erneut Widerstand an der Basis ihre Verabschiedung zumindest erschwert. Im Februar/März 1986 wurden wichtige Teile des Gesetzespakets, die den Abgeordneten teilweise einen Tag vor der 1. Lesung in hektographierter Form zugegangen waren, in rascher Folge durch alle drei Lesungen gejagt, wobei sich der Koalitionspartner FDP — um seine Wählbarkeit besorgt — wegen einiger Passagen (die dann in die Änderung der Strafprozeßordnung aufgenommen wurden) für ein paar Tage quergelegt hatte. Eile schien offenbar auch geboten, solange wesentliche Teile der potentiell Widerstand Leistenden — die Arbeiterschaft und der DGB — auf den Kampf gegen die Novelle des § 116 Arbeitsförderungsgesetz fixiert war und sich daher nicht in angemessener Weise für einen gleichzeitigen Kampf gegen die Gesetzesvorhaben zur Sicherung der politischen Macht der herrschenden Klasse gegen voraussehbare Unruhe bei den Beherrschten mobilisieren ließ.

Auf den ersten Blick ist alles viel abstrakter als 1983. Niemand wird aufgefordert, einen aktiven Beitrag zur Preisgabe seiner „personenbezogenen Daten“ zu leisten (woran der Entwurf 1983 gescheitert war). Vielmehr werden bereits vorhandene Datenbanken bei verschiedenen Institutionen miteinander verquickt. Zugleich wird der möglichen Kontrolle des betroffenen Bürgers darüber, wer alles über ihn betreffende Daten verfügt, weitgehend ein gesetzlicher Riegel vorgeschoben. Ja, bei den Geheimdiensten bleiben sogar die Datenschutzbeauftragten ausgeschlossen.

Aufgrund derartiger Datenbank-Fusionierungen vor allem im Dienste polizeilicher und geheimdienstlicher Fahndungsapparate wird der gezieltere Zuggriff auf den Einzelbürger ermöglicht, was natürlich eine verstärkte Unsicherheit gegenüber den Staatssicherheitsorganen zur Folge hat.

So sollen in weitaus größerem Umfang als bisher Daten von Kfz-Haltern beim Kraftfahrt-Bundesamt dem (geheim-)polizeilichen Zugriff zugänglich sein. Es soll leichter als bisher möglich sein, Schleppnetzfahndungen durchzuführen, wobei man möglichst viele Fische ins Netz gehen läßt, um dann gezielt die auszusondern, die man gerade haben will. Wer glaubt, daß gespeicherte Daten, mit denen die Fahnder zunächst nichts anzufangen wissen (d.h. solche sogenannter unbescholtener Bürger), wieder gelöscht werden, mag damit selig werden. Wir glauben dies nicht.

Schon oft hat sich gezeigt, daß ein solches Vertrauen in die Rechtschaffenheit etwa der bürgerlichen Politiker (denen der Grünen-Abgeordete Schily bei seiner Bundestags-Abschiedsvorstellung zu Recht vorhielt, daß sie in aller Regel zu einer Denkweise in rechtlichen Kategorien gar nicht mehr fähig sind) völlig unangemessen ist. Künftig werden einige Handlungen von Polizei und Geheimdiensten, die bisher im „rechtsfreien Raum“ stattfanden, das Tageslicht nicht mehr scheuen.

Wachsende Etats

BfV

	Mio DM
1952	5,220
1959	11,081
1969	29,842
1976	77,842
1980	113,000

LfV Niedersachsen

	Mio DM
1950	0,250
1960	2,500
1970	4,800
1980	24,000



Über Godesberg hinaus?

SPD-Programmdebatte

In der SPD wird gegenwärtig verstärkt über Grundfragen sozialdemokratischer Politik diskutiert. Noch in diesem Jahrzehnt soll ein neues Parteiprogramm erarbeitet und verabschiedet werden, das dann an die Stelle des Godesberger Programms von 1959 treten würde. Nutzt die SPD die Oppositionsrolle, in die sie mit der Bonner Wende

von DETLEF SCHNEIDER

Im November 1984 organisierte die SPD aus Anlaß des 25. Jahrestages der Verabschiedung des Godesberger Programms eine Veranstaltung im Bonner Erich-Ollenhauer-Haus. Willy Brandt gewährte in seiner Rede auf dieser Veranstaltung in bemerkenswert offener Weise Einblicke in das Verhältnis der SPD-Führungsgruppe zur Programmdiskussion. Brandt erinnerte seine Zuhörer daran, daß er 1979 zu einem ähnlichen Anlaß — nämlich zum 20. Jahrestag von „Godesberg" — gesprochen und daß er damals ausgeführt hatte, die SPD brauche auf absehbare Zeit kein neues Grundsatzprogramm.

Warum er nun, nur fünf Jahre später, die gegenteilige Ansicht vertrat, begründete Brandt so: „Damals haben wir regiert — und eine Programmdebatte mit ihren möglichen Verunsicherungen hätte von dem damals vorrangig Notwendigen ablenken können. Jetzt sind wir im Ringen um die Meinungsführerschaft geradezu gezwungen, neue Impulse aufzunehmen."

Tatsächlich hatte die Führungsgruppe bis zur Bonner Wende die Notwendigkeit einer Revision des Godesberger Programms entschieden in Abrede gestellt. Selbst die tiefe Krise der Partei in den letzten Jahren der sozial-liberalen Koalition wurde nicht als Anlaß einer kritischen Überprüfung der programmatischen Grundlagen begriffen. Ein solches Unterfangen hätte sich — nach Brandts freimütigen Ausführungen — nur störend auf die Regierungstätigkeit ausgewirkt.

„Ein neues Grundsatzprogramm"

Erst nach der Wende setzten sich Brandt, Glotz, Eppler und andere für eine Überarbeitung des Godesberger Programms ein. Eine erste Konzeption für die geforderte Überarbeitung legte die von Erhard Eppler geleitete Grundwertekommission im Januar 1984 vor. Ihr Bericht „Godesberg heute" überprüft die Aussagen des geltenden Programms an den Realitäten der achtziger Jahre und unternimmt, noch auf allgemeiner Ebene, den Versuch, einerseits Grundpositionen des „demokratischen Sozialismus" festzuklopfen und andererseits diejenigen Problemfelder herauszuarbeiten, in denen eine Revision von „Godesberg" unerläßlich scheint. Insofern bildet der Bericht der Grundwertekommission eine Orientierung für die weitere Diskussion und steckt den Rahmen der Programmarbeit ab.

Aus ihrer Überprüfung des Godesberger Programms hatte die Kommission die Schlußfolgerung gezogen: „Die Grundwertekommission schlägt dem Parteivorstand einmütig vor, ein neues Grundsatzprogramm vorzubereiten, zu diskutieren und noch in diesem Jahrzehnt zu verabschieden. Die Grundwertekommission tut dies nicht, weil auch nur ein einziges ihrer Mitglieder an den Grundentscheidungen von Godesberg rütteln wollte."

Der Parteivorstand schloß sich erwartungsgemäß dieser Empfehlung an und schlug dem Essener Parteitag im Juni 1984 die Einsetzung einer Programmkommission mit Brandt als Vorsitzendem und Eppler, Rappe, Wettig-Danielmeier als seinen Stellvertreter/innen vor. Wenige Monate nachdem der Parteitag diesen Antrag gebilligt hatte, nominierte der Parteivorstand als weitere Mitglieder der Programmkommission: Börner, Brusis, Ehmke, Klose, Löwenthal, Mayer, von Oertzen, Rapp, Scharpf, Skarpelis-Sperk, Steinkühler und Wieczorek-Zeul. Damit ist die Programmkommission „hochkarätiger" und mit mehr Praktikern der Parteipolitik (insbesondere aus den Gewerkschaftsführungen) zusammengesetzt als die eher akademisch ausgerichtete Grundwertekommission. Aber auch bei ihrer Aufstellung wurde die erprobte Praxis beibehalten, Vertreter/innen aller relevanten Strömungen (freilich in sehr unterschiedlicher Stärke) heranzuziehen, um schon auf der Ebene der programmatischen Arbeit, im Vorfeld der eigentlichen politischen Entscheidungen, diese Strömungen zu integrieren und auf einen gemeinsamen Konsens zu verpflichten.

Das Dilemma der SPD

Bemerkenswert an der dargestellten Entwicklung ist die Tatsache, daß die Initiativen zur Entfaltung einer neuen Programmdebatte nahezu ausschließlich von der Führungsgruppe ausgegangen sind, diese Debatte also nicht von Teilen der Basis oder vom linksreformistischen Flügel als Reaktion auf die Krise der Partei erzwungen wurde. Dementsprechend ist der Ausgangspunkt der Programmdiskusison auch nicht die Analyse des Scheiterns sozialdemokratischer Reformpolitik, sondern — wie aus Brandts Worten deutlich wird — eher der pragmatische Versuch, durch bloßes Hinzufügen von „neuen Impulsen" (im Polit-Jargon: dem Besetzen neuer Themen) zum programmatischen Katalog der Partei die Basis der Anhänger- und Wählerschaft bis zur Mehrheitsfähigkeit zu erweitern.

Damit reagiert die SPD auf ein Dilemma, in das sie seit Ende der siebziger Jahre geraten ist und aus dem sie sich bislang nicht befreien konnte: Das Scheitern des sozialdemokratischen Reformprojekts, der Übergang von der „aktiven Reformpolitik" zu einem unsozialen Kurs der bloßen Anpassung an die sich verschlechternden Verwertungsbedingungen des Kapitals hat die Anhängerschaft der SPD nach zwei Richtungen hin abbröckeln lassen. Zum einen konnten die Konservativen die durch anhaltende Krisenprozesse und den Abbruch des Reformprojekts hervorgerufenen Verunsicherungen ausnutzen, um ihren Einfluß auf Teile der ehemaligen Anhängerschaft der Sozialdemokratie in den lohnabhängigen Mittelschichten, aber auch in der Arbeiterklasse auszuweiten. Zum anderen konsolidierte sich der Parteibildungsprozeß von Teilen der Mittelschichten in der Grünen Partei und nagte zunehmend am traditionellen Potential der Sozialdemokratie (nicht zuletzt unter den jüngern Jahrgängen der Wählerschaft).

Seit der Wende wird diese Klemme, in der die SPD steckt, von führenden Parteipolitikern zunehmend thematisiert als Gefahr einer Polarisierung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen konservativen und grünen Positionen, innerhalb derer die SPD als meinungsbildende Kraft aufgerieben zu werden droht. Dieses Dilemma, verbunden mit dem bedeutenden Anwachsen sozialer Konflikte und sozialer Bewegungen (35-Stunden-Woche, Friedensbewegung usw.) hat letztlich die SPD dazu gezwungen, eine deutlichere Standortbestimmung vorzunehmen

Fortsetzung auf Seite 12


Godesberger Parteitag. Am Vorstandstisch (von links): Ollenhauer, Wehner, Nau, Erler, Deist, Carlo Schmid Schanzenbach, Eichler

Fortsetzung von Seite 11

und auch ihre programmatischen Positionen den veränderten Umständen anzupassen.

Das oben zitierte demonstrative Bekenntnis der Grundwertekommission zum Godesberger Programm und die entsprechenden Mahnungen der Parteiführung (Brandt: „Wir wollen Godesberg *nicht* auslöschen") zeigen indes, wie eng der Rahmen in diesem programmatischen Anpassungsprozeß gezogen wird.

Godesberg

Der Godesberger Parteitag von 1959 war ein wesentlicher Einschnitt in der Geschichte der SPD insofern gewesen, als er den Schlußpunkt setzte unter die während der Nachkriegszeit vollzogene vollständige Integration der Partei in das ökonomische und politische System des restaurierten deutschen Imperialismus.



Motto des Außerordentlichen Parteitags in Bad-Godesberg

Nach Peter von Oertzen war dabei von ausschlaggebender Bedeutung die „Neudefinition der gesellschaftspolitischen Zielvorstellung der SPD. Die prinzipielle Anerkennung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und die Beschränkung der ursprünglich zentralen Sozialisierungsforderungen auf die Rolle eines Mittels unter anderem, der Vorrang der Marktwirtschaft vor der Planung und die Reduktion der traditionellen Planungsvorstellungen auf ein, die Privatwirtschaft nicht bindendes Nationalbudget lassen anstelle der verbal immer noch aufrechterhaltenen Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus nunmehr einen demokratisch und sozial gebändigten Kapitalismus als den politökonomischen Kern des geforderten ‚demokratischen Sozialismus' erscheinen."

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte stellte sich die SPD mit dem Godesberger Programm — im Gegensatz nicht nur zu Marx, sondern auch zu Keynes — auf den Boden neoliberaler Wirtschaftstheorien, wonach das kapitalistische System prinzipiell stabil ist. Demzufolge sollte das von der Sozialdemokratie befürwortete staatliche Handeln nicht mehr die Marktkräfte einschränken, sondern im Gegenteil die Bedingungen für deren reibungslose Entfaltung sicherstellen. Darin wurde die Voraussetzung gesehen für Verstetigung eines ungebrochenen Wachstumsprozesses, der wiederum als Bedingung für eine Sozialpolitik betrachtet wurde, die Wohlstand für alle, ständige Vollbeschäftigung und den progressiven Ausbau des Sozialstaats bewerkstelligen sollte.

Auf diesem Hintergrund wurde dem „Gemeinwohl" der Vorrang vor klassenspezifischen (also Arbeiter-) Interessen zugeschrieben, die SPD selbst von einer Arbeiter- in eine Volkspartei umdefiniert. Der „demokratische Sozialismus" verflüchtigte sich dementsprechend zu sogenannten Grundwerten wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (die später auch von der CDU übernommen werden konnten); er war nun auch nicht mehr als ein bestimmter vom Kapitalismus unterschiedener gesellschaftlicher Zustand definiert, sondern als eine „dauerhafte Aufgabe" — also als die beständige soziale Ausgestaltung des kapitalistischen Systems. Damit einher gingen im Godesberger Programm das prinzipielle Bekenntnis zum BRD-Staat und — in der damaligen politischen Auseinandersetzung von besonderer Bedeutung — das Bekenntnis zur „Landesverteidigung", konkret zur Remilitarisierung und die Zerstörung der innerhalb der Partei noch relativ starken antimilitaristischen Strömungen und Traditionen.

Veränderungsbedarf

Nach den Vorschlägen der Grundwertekommission in ihrem oben erwähnten Bericht sollen die wesentlichen Elemente des Godesberger Programms auch im jetzt zu erarbeitenden Parteiprogramm festgeschrieben werden, insbesondere: die „Anerkennung des Marktes"; das Bekenntnis zu den Grundwerten; die Entscheidung für die Volkspartei; das „Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus als einer dauernden, niemals abgeschlossenen Aufgabe"; das Bekenntnis zum „Staat des Grundgesetzes, den die SPD mit begründet, aufgebaut und ausgestattet hat. Zu diesem Staat gehört auch die Bundeswehr."

Ein Veränderungsbedarf dagegen ergibt sich nach Meinung der Grundwertekommission in den folgenden Bereichen:

• Die dem Godesberger Programm zugrundliegende Prognose eines ungebrochenen Wirtschaftswachstums, das beständig den Wohlstand der Massen vermehrt, die Verteilungskämpfe mildert usw., muß offenkundig revidiert werden;

• der Begriff des technischen Fortschritts als eines ausschließlich positiv einzuschätzenden Entwicklungsprozesses kann nicht mehr aufrechterhalten werden;

• die ökologische Dimension fehlt im Godesberger Programm vollständig;

• das Programm vermittelt ein Leitbild von Familie und von der Rolle der Geschlechter, das „heute für viele Sozialdemokraten, zumal Frauen, überholt ist";

• Die Nord-Süd-Dimension wird „nur andeutungsweise sichtbar";

• das Godesberger Programm konzentriert sich in seinen außenpolitischen Aussagen auf die Frage der Wiedervereinigung. Die NATO ist darin überhaupt nicht angesprochen, die EWG nur am Rande.

Schon dieser Themenkatalog — obwohl nur als „Ergänzung" zum geltenden Programm formuliert — macht den tatsächlichen Abstand dieses Programms zu den gegenwärtigen ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen deutlich. Ebenso klar treten die Schwierigkeiten hervor, vor denen die SPD bei dem Versuch steht, einerseits die sozialen Bewegungen der achtziger Jahre, neue Anforderungen ihrer tatsächlichen und potentiellen Anhängerschaft positiv aufzunehmen und in ihre Politik zu integrieren, andererseits aber an den Grundpositionen von Godesberg unverbrüchlich festzuhalten. Der RM wird in der nächsten Zeit ausführlicher darauf eingehen, welche Zwischenergebnisse dieser programmatische Balanceakt in Bereichen wie Wirtschaftspolitik, Zukunft der Arbeit, Außen- oder „Sicherheitspolitik" bislang gebracht hat.

Verbreitete Arbeitsformen im Bereich der Frauenarbeit

von RENATE SCHNEIDER

Was sind „Ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse"?

Unter dem Begriff *„individuelle Arbeitsflexiblisierung"* sind neue Arbeitsformen eingeführt worden, die es z. T. bisher nicht gegeben hat. Es sind Beschäftigungsverhältnisse, die im Unterschied zu den tariflich und im Betriebskollektiv abgesicherten der sogenannten „Stammbelegschaften" als *rechtlich, materiell und sozial ausgehöhlte, zerrüttete, sich auflösende* Verhältnisse zu bezeichnen sind.

Gemeint sind die *Beschäftigungsverhältnisse*, die für die *Randbelegschaften* eines Betriebes typisch sind: Leiharbeit, geringfügige Beschäftigung, Aushilfsbeschäftigung, gelegentliche Beschäftigung, befristete Beschäftigung, „freie" Mitarbeit, Werkvertragsverhältnisse, Kapovaz, Job-sharing und andere Formen von Teilzeitarbeit, Heimarbeit und Schwarzarbeit.

Abgesehen von der illegalen Leiharbeit sind in den benannten desorganisierten Arbeitsformen vorwiegend Frauen anzutreffen. Konkrete Statistiken liegen hier kaum vor. Konkrete Zahlen entsprechen kaum der Realität, falls sie überhaupt gefunden werden können. Vergleichsweise gab es 1984 rund 1,7 Millionen Frauen, die in einem Teilzeitarbeitsverhältnis mit Sozialversicherung beschäftigt waren. Gleichzeitig waren ca. *3 Millionen Frauen* in „ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen" tätig.

Zu diesen Arbeitsformen stehen sich verschiedene Auffassungen gegenüber:

Unternehmer und Regierung preisen sie als Mittel, die besonderen Bedürfnisse von Frauen zu befriedigen. Scheinbar „frei" soll angeblich die Frau Zusammenlöten von Mikrochips und Essenkochen fürs Kind verbinden können.

Sie bemühen Utopien, die ein recht harmonisches *Ineinandergreifen der verschiedensten gesellschaftlichen und privaten Aufgaben beschreiben:* Neue Technologien und Flexibilisierung gewährleisten ein fast kommunistisches Zukunftsbild? Geißler-Zitat: „Wer zu Hause morgens fünf Stunden am Bildschirm arbeitet und nachmittags in der Sozialstation hilft oder als Übungsleiter arbeitet, wer am Nachmittag Schalterrelais zusammenbaut und am Vormittag seine Landwirtschaft betreibt, oder wer vormittags arbeitsbeitig arbeitet und nachmittags seine Kinder erzieht, der entzieht sich dem angeblich alle dominierenden Konflikt Kapital und Arbeit. Solche Leute stehen für den Klassenkampf nicht mehr zur Verfügung ..."

Teile der Frauenbewegung und der Gewerkschaft sehen darin die Gefahr der besonders brutalen Unterwerfung der Frauen unter die Produktionsbedingungen des Kapitals. Keineswegs, so lauten fortschrittliche Kritiken, handelt es sich bei diesen Beschäftigungsverhältnissen um ein Zugeständnis der Unternehmer an uns Frauen. Die Unternehmerstrategie sieht so aus: *die Arbeit wird von der gutbezahlten über die schlechtbezahlte zur unbezahlten Arbeit hin umverteilt.*

Frauen haben auch nur scheinbar die Wahl, wenn es darum geht, sich für das angebliche „Heil" zu entschließen: beispielsweise im Gebäudereinigungsbereich oder im Handel gibt es *nur noch 20 Prozent Vollzeitjobs.* Allein diese Tatsache zeigt, daß Frauen in die Teilzeitbeschäftigungen geradezu gezwungen werden.

Wochenstunden	1972	1974	1976	1978	1980	1981	1983
bis 20	892	960	1122	1227	1352	1465	1645
in %	11,1	11,7	13,9	14,8	15,3	16,4	18,7
21 - 39	1456	1443	1294	1276	1243	1257	1299
in %	18,2	17,6	16,0	15,4	14,1	14,1	14,7
Insgesamt	2348	2403	2392	2503	2596	2718	2944
40 und mehr	5673	5793	5658	5807	6218	6199	5866
in %	70,7	70,7	70,1	69,9	70,6	69,5	66,6

Weibliche abhängig Erwerbstätige nach Wochenarbeitsklassen (1972 - 1983) in 1000

Der Nutzen der Unternehmer

Im zugespitzten Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt wollen sich alle Unternehmen Wettbewerbsvorteile verschaffen durch maximale Kapazitätsauslastung und Senkung der Lohnkosten und Lohnnebenkosten. Für die Beschäftigten heißt das: **möglichst niedrige Löhne und die Anpassung der Arbeitszeit an die Erfordernisse der Produktion** (Frau denke an die Heimarbeiterin, bei deren Selbstständigenstatus die Lohnnebenkosten entfallen und die flexibel Auftragserfüllung gewährleistet). Die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse ermöglichen den Unternehmern ein weitgehend freies Gestalten: fast all diese Arbeitsverhältnisse sind so definiert, daß die **betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung nicht** für die betreffenden Frauen **zuständig** ist.

Spaltung also als Mittel zum Zweck:

• durch Beschäftigung von Leiharbeiterinnen werden **Neueinstellungen umgangen**

• saisonbedingte Arbeiten können durch **Zeitarbeitsverträge** abgedeckt werden

• durch Job-sharing ist die **ständige Besetzung des Arbeitsplatzes** durch die Beschäftigten selbst sichergestellt



Putzfrauen demonstrieren vor der DGB-Frauenkonferenz 1981 in Essen

• Teilzeitbeschäftigung ermöglicht optimale, da **konzentrierte Nutzung der Arbeitskraft**

• bei fast allen **„ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen" entfallen die Sozialversicherungsbeiträge** und die meisten anderen Bestandteile der Lohnnebenkosten

• durch Niedriglöhne werden *Tarifverträge ausgehebelt* und unterlaufen

• durch Zeitverträge wird der **Kündigungsschutz** umgangen

• mit der Kapovaz wird **Arbeitszeit beliebig variiert** werden, nur die Stundenzahl ist vertraglich festgelegt. Die Beschäftigte muß abrufbereit sein, die häuslichen Wartezeiten werden nicht bezahlt

• durch Einsatz neuer Technologien wird *Individualisierung und optimale Kontrolle* ermöglicht.

Gibt es schon keine allgemeine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, so doch eine massive Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit.

Die Wirtschaftspolitik der Regierung folgt den Unternehmerinteressen:

Der Staat verteilt die knapper werdenden Steuermittel um. Er **beschneidet** radikal **das sogenannte Netz der sozialen Sicherheit** und **subventioniert verstärkt Produktion** und Forschung der Unternehmen. Frau denke beispielsweise an Mikroelektronik, Rüstungsindustrie, Kernkraftwerke, Startbahn West ... und andererseits an die Schließung dringend benötigter guter Kindertagesstätten, Altenpflegeheime etc.

Mittels *Sparideologie* (es ist kein Geld da) und *Familienideologie* verweist er die Frauen aufs Haus. Setzt ein neues Stichwort: „Selbsthilfe".

• Frauen sollen nach dieser Strategie **keineswegs vollständig aus dem Erwerbsleben gedrängt werden, sondern:**

• Der **Wert** der weiblichen Arbeitskraft wird gesellschaftlich niedrig gehalten. Frauenerwerbsarbeit soll *„Zubrot"* bleiben.

• Die Gesellschaft soll von **unbezahlter Reproduktionsarbeit** der Frau verstärkt profitieren (Frau soll unbezahlt Erziehungsarbeit, Beziehungsarbeit, Nachbarschaftshilfe leisten).

• Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung soll **zementiert** werden.

Trotz hoher Arbeitslosigkeit sind niemals so viele Frauen in der BRD erwerbstätig gewesen. **Es hat in den letzten Jahren ein Wertewandel und ein Wandel der Sozialstruktur stattgefunden.**

• Geschlechtsspezifische Rollenverteilung wird in Frage gestellt *Erwerbsarbeit ist zunehmend Bestandteil weiblicher Identität.*

• Frauen fordern Anteil an bezahlter Erwerbsarbeit

• Frauen wollen nicht nur Einkommen, sondern teilnehmen an gesellschaftlicher Produktion.

Ungeschützte Beschäftigungs-verhältnisse

Gibt es schon keine allgemeine Arbeitszeit-verkürzung bei vollem Lohnausgleich, so doch eine massive Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit.

Es ist ein Anspruchsdenken gewachsen: die höher qualifizierten, an eigenes Einkommen und Selbständigkeit gewöhnten Frauen finden sich nicht mit dem alten „neuen" Frauenbild ab. Wie kaum anderswo steht diesem neuen Anspruchsdenken die Realität mit derart reduzierten Realisierungsmöglichkeiten entgegen.

• Arbeitsplätze sind schwer zu kriegen. Besonders **Frauenarbeitsplätze werden verstärkt wegrationalisiert.** Qualifizierungsmöglichkeiten sind beschnitten.

• die Folgen der geschlechtlichen Arbeitsteilung treffen Frauen besonders im Hinblick auf Maßnahmen von *Sozialabbau:* durch Schließung öffentlicher Erziehungs-, Bildungs-, Gesundheitseinrichtungen sollen ihnen mehr denn je wieder **Reproduktionsarbeiten** aufgehalst werden (Familienarbeit, Nachbarschaftshilfe etc.)

Frauen geraten in eine Zwickmühle

Und hier setzen die individuellen Flexibilisierungsstrategien an und bieten scheinbar eine „Lösungsmöglichkeit". Angeblich kann so optimal Erwerbstätigkeit und Reproduktionsarbeit verbunden werden.

• Tatsächlich wird der Konflikt der Frauen nicht gelöst. Im Gegenteil. *Über ihre Arbeits- und Lebenszeit wird total verfügt* (Frau bedenke, daß es der Heimarbeiterin unmöglich ist, den Streß des Berufslebens vom Streß in der Familie abzugrenzen. Sie schafft nirgendwo eine nötige Distanz. In vollständiger Isolation hetzt sie der einen wie der anderen Verantwortung hinterher).

• Das geringe Einkommen der Teilzeitarbeit ermöglicht **keine wirkliche Selbständigkeit.** Frauen bleiben also in Abhängigkeit, meist vom Ehemann.

• Weibliche Erwerbsarbeit bleibt „Zubrot" und **schlecht bezahlt.** Frauen erwerben **keinen Anspruch auf Alterssicherung.**

Je mehr die Arbeitszeit in dieser gewünschten Form von den Unternehmen und der Regierung strukturiert werden kann, desto mehr Spielräume entstehen andererseits für den weiteren Abbau von Sozialstaat (wozu Horte, wenn Frauen vormittags am Bildschirm arbeiten, oder schon vorm Aufstehen der Kinder — oder spätabends ein paar Stunden putzen gehen können ...?)

Öffentliche Aufgaben werden verstärkt in den privaten Bereich abgedrängt. Die Tatsache wird zum Teufelskreis, je mehr Frauen sich darauf einlassen.

Wie muß Frauenkampf aussehen?

Es eröffnen sich für Frauen **zwei Handlungsfelder,** die gewährleisten, daß geschlechtliche Arbeitsteilung perspektivisch aufgehoben werden kann:

1. **Radikale Arbeitszeitverkürzung** bei vollem Lohn- und Personalausgleich tut not — bei gleichzeitiger Quotierung aller Arbeitsplätze.

• Es werden neue Arbeitsplätze geschaffen und die **Konkurrenz** unter den Erwerbstätigen **abgeschwächt** (besonders Mann und Frau werden sich bei noch mehr Arbeitsplatzverknappung als unerbittliche Konkurrenten gegenüberstehen).

• Durch Abbau von Arbeitszeit wird auch **Belastung abgebaut,** die derzeit die Vollbeschäftigten ungeheuer drückt.

• Es wird Zeit gewonnen zur **Entfaltung von Individualität** (gegen das video- und TV-konsumierende Freizeitverhalten, was jetzt oft den Feierabend bestimmt ...).

2. **Statt Abbau, Ausbau des Sozialstaats**
eine umfassende *Demkratisierung* ist Voraussetzung für

• **die Ausweitung der öffentlichen Aufgabenbereiche,** die jetzt Frauen durch unbezahlte Arbeit abdecken, bzw. abdecken sollen (Kindererziehung, Gesundheit, Alte ...)

• die **Schaffung soziokultureller Angebote** und Bildungsangebote.

Gedacht ist hier nicht an ein *Noch-mehr-an-Staat,* wie wir ihn kennen, entfremdet, einmischend, feindlich etc. Es geht um selbstverwaltete Maßnahmen, die öffentlich finanziert und so überhaupt ermöglicht werden können.

Die Grundstrategie heißt: Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung. Verbesserungen von Arbeitsbedingungen **allein** werden für Frauen keinen tatsächlichen Erfolg und keine grundlegenden Veränderungen bewirken. Es müssen **gleichzeitig** Veränderungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen im *Nicht-Erwerbsbereich* bestritten werden.

Vertritt die Gewerkschaft als breiteste Interessensvertretung von Lohnabhängigen uns Frauen?

Gewerkschaftsfrauen haben offensiv gekämpft, und es gibt in verschiedenen Einzelgewerkschaften ein Bemühen, die Situation der Frauen ganzheitlich zu erfassen und eine entsprechende Politik daraus abzuleiten.

Es ist jedoch keineswegs so, daß die Frau auch nur annähernd gleichberechtigt nebem dem männlichen Kollegen steht. Ihre Arbeitskraft wird auch hier, wie überall in der kapitalistischen Gesellschaft als geringer im Wert betrachtet und festgeschrieben.

Es ist z.Z. undenkbar, daß die Gewerkschaft für die Einrichtung von Kindertagesstätten etwa, für die Anerkennung der Kindererziehung bei der Rente oder für Quotierung streikt ...

Es ist andererseits nicht undenkbar, daß unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit die Frau dem Mann in ihrem umfassenden Anspruchsdenken als unliebsamer Konkurrent gegenübersteht ...

Es gibt die vorherrschende Tendenz, die Gewerkschaften zu Interessensvertretung der Kernbelegschaften der Wachstumsindustrie (deutsche Facharbeiter) **zu machen,** bzw. es mehr oder weniger dabei zu belassen ...

Angesichts des ungeheuren Drucks, der auf Frauen und allen Werktätigen lastet, muß jeder *Segmentierung* (Aufspaltung Kernbereich/Randgruppe) entgegengetreten werden. Von Frauen und Männern in den Gewerkschaften.

Wir Frauen müssen uns mit den Problemen der Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft auseinandersetzen. **Verstehen, was da eigentlich läuft.** Wir dürfen es nicht den Parteien und Institutionen überlassen, unsere Wünsche und Interessen ernst zu nehmen oder nicht, unsere Forderungen zu beherzigen oder nicht.

Es gilt, alle Kräfte auszumachen, die die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung als Hebel zur Änderung eines uns mehr und mehr zerstörenden Systems erkannt haben und **die weltweite Spaltung der Arbeitenden in gutbezahlte, unterbezahlte und unbezahlte Arbeitskräfte beenden wollen.**

Das neue Zauberwort: Individuelle Arbeitsflexibilisierung

Formen von „ungeschützter" Teilzeitarbeit:

1. Leiharbeit
a. illegale Leiharbeit vor allem bei Ausländern
b. legale Leiharbeit
zwar sozialversicherungspflichtig und tarifmäßig bezahlt, aber durch ständigen Arbeitsplatzwechsel kein Betriebskollektiv, keine Aufstiegschancen, kein 13. Gehalt

2. Geringfügige Beschäftigung/ Aushilfe
weniger als 19 Stunden bzw. 410,—DM-Verträge
keine Steuern und Sozialabgaben, kein Schutz bei Arbeitslosigkeit

3. Gelegentliche Beschäftigung
Saisonarbeit, dann auch 8 Stunden und mehr, aber nicht kontinuierlich

4. Befristete Beschäftigung
vor allem im öffentlichen Dienst
Personal- und Betriebsrat haben auf Beendigung des Vertrags keinen Einfluß bzw. auf die Verlängerung, soziale und arbeitsrechtliche Absicherung sind so z.T. außer Kraft gesetzt.

5. Heimarbeit
kurzfristig zu mobilisierende Arbeitsmarktreserve, vor allem Frauen (1979: von offiziell ca. 150000 waren 92 Prozent Frauen)

6. „Freie" Mitarbeit und Werkvertrag
vor allem bei den Medien,
der Verdienst ist unsicher, Risiko bei eigenen Investitionen, persönliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber, keine Absicherung

7. Job-Sharing
Teilen sich zwei oder mehr Frauen einen Arbeitsplatz, so hat jede von ihnen gegenüber der/den anderen eine Vertretungspflicht (bei Krankheit u.a.), so daß betriebliche Personalreserven und Springer eingespart werden. Es handelt sich eher um eine „als Teilzeitarbeit bezahlte Ganztagsarbeit auf Abruf".

8. Kapovaz: = kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit
Es wird ein Arbeitsvertrag über Arbeitsstunden und Gehalt während eines bestimmten Zeitraums vereinbart. Die Frauen sind verpflichtet, dem Unternehmen jederzeit auf Abruf zur Verfügung zu stehen, Arbeitszeit wird kurzfristig mitgeteilt.

Davupep = Datenverarbeitungs-unterstützte Personaleinsatzplanung
Durch die präzise Erfassung des Umsatzvolumens pro Quadratmeter/Filiale/Abteilung, der Kundenfrequenz, des Arbeitsanfalls und -volumens kann eine längerfristige, exakte Vorausplanung des Personaleinsatzes vorgenommen werden. Geringe, vollausgelastete Vollzeit-Stammbelegschaft, billige Teilzeitkräfte.

Bei weniger als 19 Stunden ist man/frau nicht arbeitslosenversichert. Bei wengier als 14 1/2 Stunden in der Woche und bei 410,—DM-Verträgen ist man/frau nicht sozialversichert. Bei weniger als 10 Stunden Arbeit keine Lohnfortzahlung bei Krankheit.

Fortsetzung von Seite 6

Zur Frage der Effektivität des Reformprogramms

Eine kritische Beurteilung der vom 27. Parteitag der KPdSU beschlossenen Wirtschaftsreformen muß sich zunächst einmal die Frage stellen, ob die beschlossenen Maßnahmen effektiv im Sinne der sowjetischen Führung sein werden, ob sie geeignet sind, die Probleme der sowjetischen Wirtschaft zu lösen, die gegenüber den westlich-kapitalistischen Industrieländern vorliegende technologische Rückständigkeit des sowjetischen Produktionsapparats zu beheben usw.

Bei der Beantwortung dieser Frage muß unterschieden werden zwischen möglichen kurzfristigen Resultaten einerseits und wahrscheinlichen längerfristigen Perspektiven andererseits.

Kurzfristig sind ökonomische Erfolge es neuen Kurses möglich und vielleicht auch wahrscheinlich. Die Gorbatschow-Führung hat die Verkündigung des ökonomischen Reformprogramms ja begleitet mit einer Kampagne zur Durchrüttelung des gesamten Kaderapprats. Sicher wird das dazu führen, daß auf allen Ebenen Leitungen, die bislang im alten Trott und Schlendrian unter Vermeidung jedes Risikos für die eigene Stellung nach dem Motto „Wer keine Initiative zeigt, macht auch keine auffälligen Fehler" gewerkelt haben, durch „hungrige" Leute ersetzt werden, die den Ehrgeiz haben, ihre „positive Kaderentwicklung" zu unterstreichen und zu beschleunigen. Das wird zur Aufdeckung von Reserven führen. Die Koppelung der materiellen Stimulierung der Belegschaften an das Betriebsergebnis wird hier unterstützend wirken.

Die Konzentration der Investitionen auf Schrauben und Bereiche, die bereits für Verhältnisse der sowjetischen Wirtschaft besonders produktiv sind, wird ebenfalls zunächst Wirkungen auf der beabsichtigten Linie zeigen. Es werden neue Musterbetriebe entstehen, die sich hinsichtlich ihres technologischen Niveaus, der Produktivität der Arbeit, der Effektivität der Nutzung der Ressourcen, der Qualität der Produkte und der betrieblichen Gewinnrate deutlich über den Durchschnitt der sowjetischen Wirtschaft erheben.

Damit werden die Grenzen des beschlossenen ökonomischen Reformprogramms auch schon deutlich. Dieser Fortschritt in Schwerpunktbetrieben und -bereichen, der ja dadurch erkauft wird, daß gewaltige Mittel aus anderen Wirtschaftsbereichen abgezogen bzw. nicht mehr dorthin investiert werden, wird sich nicht verallgemeinern lassen.

Das Problem wird schlagartig deutlich, wenn man sich vor Augen hält, daß es ja auch heute — und zwar seit Jahrzehnten — in der Sowjetunion, der Gorbatschow technologische Rückständigkeit attestiert, Inseln gibt, in denen höchstentwickelte Technologie zur Anwendung kommt: vor allem auf dem Gebiet der Raumfahrt und der Rüstung. Es ist zunächst einmal doch tatsächlich erstaunlich, daß die Verallgemeinerung dieses theoretischen und praktischen technologischen Wissens im sowjetischen Produktionsapparats überhaupt nicht stattfindet.

In der westlichen kapitalistischen Wirtschaft wird jede technisch gegebene Möglichkeit zur Steigerung der Arbeitsproduktivität in relativ kurzen Zeiträumen zum allgemeinen Standard. Das wird im wesentlichen durch die Konkurrenz und die Bewegung der Profitrate erzwungen. Das geschieht unter erheblichen Krisen, die wir an dieser Stelle nicht weiter darstellen wollen, aber es geschieht.

Dieser Stachel der Konkurrenz fehlt in der sowjetischen Wirtschaft, wenn auch nicht völlig, so doch in ausschlaggebendem Maße. Das ganze Wesen der Gorbatschowschen Reformen besteht letztlich darin, mehr Markt, mehr Konkurrenz in der sowjetischen Ökonomie zu verwirklichen. Tatsächlich sind die Wirtschaftsbeziehungen in der Sowjetunion überwiegend Waren- und Marktbeziehungen, aber sie werden in ihrer sozusagen natürlichen Entfaltung durch die Elemente der Zentralverwaltungswirtschaft eingeschränkt. Eben das soll weiter abgebaut werden: *„Es ist an der Zeit, auch die Voreingenommenheit gegenüber den Ware-Geld-Beziehungen und deren Unterschätzung in der Praxis der auf dem Plan beruhenden Leitung der Wirtschaft zu überwinden."* (S. 13)

Der Mechanismus des kapitalistischen Marktes und damit auch die Art und Weise, wie sich im Kapitalismus Produktivitätsfortschritt durchsetzt, beruht aber nicht nur darauf, daß Betriebe die Freiheit haben, Gewinne zu machen — dafür eröffnen die neuen Reformen tatsächlich erheblich erweiterten Raum — sie beruhen auch darauf, daß Kapital und Kapazitäten vernichtet werden, um — mit allen bekannten Konsequenzen — Verstopfungen des Marktes zu beseitigen und den Kapitalfluß in neue Anlagensphären zu ermöglichen.

Seit Jahrzehnten weist die sowjetische Wirtschaftstheorie dem betrieblichen Gewinn und dem Preis- und Geldsystem Steuerungsfunktionen für die sowjetische Wirtschaft zu. Die logische Konsequenz daraus wäre, die Gesetze des Marktes auch schrankenlos wirken zu lassen, was über kurz oder lang zur Herausbildung einer neuen „neuen Bourgeoisie" führen würde, deren ökonomische Interessen unweigerlich mit dem bestehenden politischen System kollidieren würden.

Deshalb erleben wir seit Anfang der 60er Jahre marktwirtschaftliche Experimente mit gebremstem Schaum, die ihre ökonomische Ineffektivität eigentlich bereits hinreichend bewiesen haben.

Auch dieser neue Versuch wird so enden, daß die ungleichmäßige Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft sich beschleunigen wird, daß es zu Disproportionen kommt, die immer größere Stockungen in der Waren- und Geldzirkulation zur Folge haben werden und daß die Antriebe der wirtschaftlichen Aktivität immer mehr erlahmen.

Wenn dieser Punkt erreicht sein wird, wird die sowjetische Führung vor der Frage stehen, entweder zu versuchen, durch Verstärkung der zentralwirtschaftlichen Lenkungsmethoden den Wirtschaftsapparat auf geringem Effektivitätsniveau wieder in Gang zu setzen oder die dem Wirken der Marktbeziehungen gesetzten Schranken wieder einzureißen. Letzterer Weg wird seit einiger Zeit in Ungarn beschritten. Die Frage, wie das ungarische Experiment ökonomisch und politisch weitergeht, könnte ausschlaggebend dafür sein, wie die sowjetische Führung in einigen Jahren die Weichen stellt.

Dieser Artikel wird in der nächsten Ausgabe fortgesetzt. Dann werden die politischen Konsequenzen des Gorbatschowschen Wirtschaftsprogramms, ihre Auswirkungen auf die Stellung der Arbeiterklasse und die Frage einer sozialistischen Lösung der dargestellten Probleme diskutiert.

Bayer unterstützt die grüne Revolution

Um noch etwas mehr Verwirrung zu stiften, möchten wir diesen Artikel mit der Information beginnen, daß der Amerikaner Norman Borlaug wegen maßgeblicher Beteiligung an der Grünen Revolution den Friedensnobelpreis erhielt.

Jetzt aber genug der Konfusion. Die Auflösung des Rätsels: Als Grüne Revolution bezeichnet man die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion in der 3. Welt durch Einführung hochertragsreicher Pflanzensorten und durch maschinelle und chemische Anbaumethoden.

Norman Borlaug war der Leiter des 1943 gegründeten Internationalen Mais- und Weizenforschungszentrums. Ihm gelang die Züchtung von Weizensorten, die zwar große Mengen an Kunstdünger (Geldgeber des Forschungszentrums ist die Düngemittelindustrie) und Pflanzenbehandlungsmittel (Pestizide) benötigen und künstlich bewässert werden mußten, die dafür aber auch wesentlich höhere Erträge brachten.

Aufgrund der sich inzwischen als falsch erwiesenen Ansicht, mit den hochertragsreichen Pflanzensorten den Hunger zu beseitigen, hoffte man, eine wichtige Ursache für das Erstarken der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt zu beseitigen und verlieh deshalb Norman Borlaug 1970 den Friedensnobelpreis.

Hunger und Elend

Die kapitalintensiveren Abaumethoden der Grünen Revolution konnten sich nur die Großgrundbesitzer der 3. Welt leisten. Durch die Maschinisierung waren zudem erheblich weniger Menschen notwendig. Dutzende Millionen Kleinbauern mußten ihr Land verlassen und bevölkern heute die Slums der Großstädte in Lateinamerika, Afrika und Asien.

Die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion kommt aber nicht der einheimischen Bevölkerung zugute. Ein Großteil muß an die Industrienationen verkauft werde, um Devisen für Dünger, Pestizide, Landwirtschaftsmaschinen usw. zu bekommen.

Die den Hungernden gestohlenen Nahrungsmittel werden hier übrigens oft als Viehfutter verwendet. Mahlzeit!

Die Katze, die sich in den Schwanz beißt

Heute wird in ganzen Landstrichen ein und dieselbe Nutzpflanze angebaut, die zwar hochertragsreich ist, aber auch hochempfindlich ist. Zudem leidet sie an genetischer Einförmigkeit, das heißt, die Erbanlagen jeder einzelnen Pflanze ähneln sehr stark den Erbanlagen der anderen Pflanzen.

Diese gigantische Vereinheitlichung bietet Schädlingen ideale Voraussetzungen, um sich zuerst auf den vorherrschenden Pflanzentypus zu spezialisieren und sich anschließend epidemieartig zu verbreiten.

Es müssen nicht nur immermehr und immer öfter Pesizide verwendet werden, sondern auch ständig neue. Es ist wie eine Katze, die sich in den Schwanz beißt.

Der Einsatz von Pestiziden macht sich selbst unentbehrlich, weil die bekämpften Seuchen durch genetische Veränderung resistenter werden und weil allzuoft die Pestizide auch die natürlichen Feinde der Schädlinge mit ausgerottet haben. In Brasilien wurde im Zeitraum 1958 - 76 eine Zunahme resistenter Insekten- und Zeckenarten von 193 auf 593 registriert.

Brasilien zählt übrigens auch zu den gesicherten Absatzmärkten der Bayer AG. Da ist nämlich der frühere Aufsichtsratsvorsitzende von Bayer do Brasil inzwischen Landwirtschaftsminister.

Gentechnologie als Waffe gegen den Hunger?

F. Hoffmann und G. Wenzel vom Kölner Max-Plank-Institut für Züchtungsforschung, an dem die Bayer AG beteiligt ist, machen wie schon die Propagandisten der Grünen Revolution einen auf Zweckoptimismus: „Die Beantwortung dieser zentralen Frage um die Organisation des Lebendigen wird zur Jahrhundert-Herausforderung, denn mit ihr verknüpft ist einerseits der Sieg über die Menschheitsgeißel Krebs und zum anderen ein Beitrag zur Ernährung der wachsenden Erdbevölkerung."

Was ist eigentlich Gentechnologie? Einfach erklärt ist Gentechnologie die Veränderung des Erbmaterials von Organismen durch gezielten Austausch von Genen, in denen die Erbanlagen gespeichert sind.

Die Gentechnologie eröffnet unter anderem in der Pflanzenzüchtung neue Perspektiven.

Es ist heutzutage möglich, das Pflanzengewebe einer zu „verbessernden" Getreidesorte in einzelne Zellen zu zerlegen. Das Genmaterial einer einzelnen Zelle kann manipuliert werden und aus dieser Zelle kann eine entsprechend „verbesserte" Getreidesorte herangezogen werden.

Züchtungen dauern dann nicht mehr Monate und Jahre wie bisher, sondern Tage und Wochen. Solcherart gezüchtete Nutzpfanzen sind in ihren Erbanlagen völlig identisch. Ernteausfälle durch Schädlingsoder Krankheitsbefall wären noch verheerender als es jetzt schon der Fall ist.

Es besteht sogar die Gefahr, daß Pflanzenarten nicht gegen die Krankheiten und Schädlingsbefall, sondern gegen die Pestizide unempfindlich gemacht werden. Dann können Pflanzenbehandlungsmittel um so sorgloser und umfangreicher verwendet werden. So ist es Hoechst-Wissenschaftlern gelungen, Getreidezellen zu züchten, die das 20 - 100fache des Breitband-Unkrautbekämpfungsmittels L-PPT vertragen.

Die Gentechnologie, die hier betrieben wird, ist bestimmt kein Beitrag zur Ernährung der Weltbevölkerung.

Bayer und Gentechnologie

Im Landwirtschaftsbereich wird das Anwendungspotential der Gentechnologie bis 1995 nach einer Untersuchung der Policy Research Corporation auf 50 bis 100 Milliarden Dollar geschätzt.

1980 stieg Bayer ein und finanzierte dem Massachusetts Institute of Technology mit 300 000 Dollar eine Biotechnologie-Professur, ähnlich wie in diesem Jahr auch der Kölner Uni.

Im September '81 führte das Bundesforschungsministerium mit den Forschungsleitern der chemischen Industrie ein Gespräch mit dem Ergebnis, unter Beteiligung der Großchemie Forschungszentren zu gründen, in denen ohne die geltenden Ordnungen und Regelungen der Hochschule gentechnologische Grundlagenforschung betrieben werden sollte.

Es wurden vier Forschungszentren gegründet, für die der Fonds der chemischen Industrie ein Startkapital von 170 Millionen DM aufgewendet hat. Eins dieser Forschungszentren ist das Max-Plank-Institut für Züchtungsforschung in Köln, an dem die Bayer AG mit 3,9 Millionen DM beteiligt ist.

Am 4. November 1985 wurde im Hörsaal des Wissenschaftlichen Hauptlabors in Q 18 den Professoren Schell, Saedler und Hahlbrock der mit 75 000 DM dotierte Otto-Bayer-Preis überreicht. Die drei Proffessoren arbeiten übrigens am Kölner Max-Plank-Institut für Züchtungsforschung.

Aus: „Klassenkampf", Zeitung der KPD für die Bayer-Belegschaft (Leverkusen), Februar 1986

leserbriefe

Unvollständig

Betr.: „Spanien bleibt in der NATO", RM 9/86 S. 2



Liebe Genossinnen
und Genossen!
An eurem Artikel haben mir zwei wesentliche Sachen sehr gefehlt. Zum einen ist eure Liste der Sieger unvollständig. Auf ihr fehlen, und zwar nicht gerade unter „ferner liefen", die Friedrich-Ebert-Stiftung und Mehr-Demokratie-wagen-Willi.

Erstere war es, die Anfang der Siebziger, noch während des Faschismus, mit Geld und Infrastruktur den spanischen Sozialisten wieder auf die Beine half, eine Tatsache, aus der weder Friedrich-Ebert-Stiftung noch PSOE ein Hehl machen. Ziel war es, die zu dieser Zeit weit verbreitete sozialistische Stimmung in für die Bourgeoisie unschädliche Bahnen zu lenken. Und es gelang. Als erstes wurde neben der bestehenden Einheitsgewerkschaft CCOO (Arbeiterkommissionen) die UGT als Richtungsgewerkschaft der PSOE gegründet, dann, nach Francos Tod, der Frieden mit der Monarchie gemacht. (Man entblödete sich nicht, in einer Zeit, als von parlamentarischer Demokratie noch kaum die Rede sein konnte, mit den Repräsentanten des Staates einen Stillhaltepakt, den Monclou-Pakt, abzuschließen.)

Aber das Ganze war noch steigerungsfähig. Der anfangs gegen linken Widerstand in der Partei durchgeboxte Emporkömmling Philipe Gonzales (wegen Brandts Einsatz für ihn auch dessen Zögling genannt) hatte 1982, wie ein Jahr zuvor sein Genosse in Griechenland, den Wahlkampf mit eindeutigen Anti-NATO-Parolen geführt und daraufhin einen deutlichen Wahlsieg errungen.

Seine Stimmengewinne waren nicht nur zuungunsten des Zentrums gegangen, sondern auch die Eurorevisionisten hatten reichlich Federn lassen müssen.

Nach der gewonnenen Wahl war vom NATO-Austritt keine Rede mehr, bestenfalls ein Referendum sollte es geben, und dessen Zeitpunkt wurde weit nach hinten verschoben. Die 31/2 Jahre seit der Wahl hatte Gonzales genutzt, um seine Partei auf Linie zu bringen. Das war nicht gerade einfach, aber mit viel Demagogie, ein wenig Druck und einer guten Portion Anti-Kommunismus gelang es. Willi & Co hatten es ihm ja 25 Jahre früher mit der SPD vorgemacht (nachzulesen in einem TO der KPD zur Militärpolitik der SPD nach dem II. Weltkrieg).

Unter den Ja-Stimmen werden auch eine ganze Reihe halber Nein-Stimmen gewesen sein, abgegeben von Leuten, die meinten, so Neuwahlen und damit eine rechte Regierung zu verhindern (die in Spanien wesentlich schwärzer ausfallen würde als in der BRD).

Spanien und die PSOE sind Musterbeispiele für die Politik der SPD und der Sozialistischen Internationale, durch gezielte Förderung rechter Strömungen innerhalb der Arbeiterklasse, fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen die Spitze zu nehmen. Das Ergebnis dieser Politik ist die Kapitulation vor der Reaktion. Während in Spanien heute die Industriearbeitergewerkschaft mit einem rigiden Wirtschaftssanierungskonzept geschwächt wird (u.a. durch Stillegung großer Werften und Stahlwerke), ausländerfeindliche Ressentiments geschürt werden, können sich Faschisten und Putschisten frei organisieren, kann ein Oberst Tejero erst im Parlament herumballern und dann in dasselbe gewählt werden.

Zum anderen fehlt mir an eurem Artikel eine Kritik der Anti-NATO-Bewegung. Sollte sie nach dieser Niederlage im Referendum tatsächlich einen Niedergang erleben, was wohl wahrscheinlich ist, so läge dies vor allem an einer einseitigen Orientierung auf das Referendum.

Der Ausgang des Referendums war, angesichts der geballten Propagandaschlacht der Rechten, der Sozialisten und der Kirche nicht gerade unwahrscheinlich. Und selbst ein Sieg der NATO-Gegner hätte nicht unbedingt den Austritt zur Folge gehabt, sondern allenfalls Neuwahlen, unter Umständen mit dem Ergebnis einer erzkonservativen Regierung, die auf keinen Fall den Austritt vollzogen hätte.

Das Referendum mußte also dann eine Sackgasse sein, wenn nicht gleichzeitig das Bewußtsein vorhanden war, daß die Regierung unabhängig von seinem Ausgang zum Austritt gezwungen hätte werden müssen, und zwar durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse, durch Streiks. Die Voraussetzungen hierfür wären in Spanien eigentlich wesentlich besser als in der BRD, denn die CCOO sind eindeutig gegen die NATO-Mitgliedschaft und selbst der UGT-Vorstand hat meines Wissens nur mit knirschenden Zähnen während des Referendums stillgehalten.

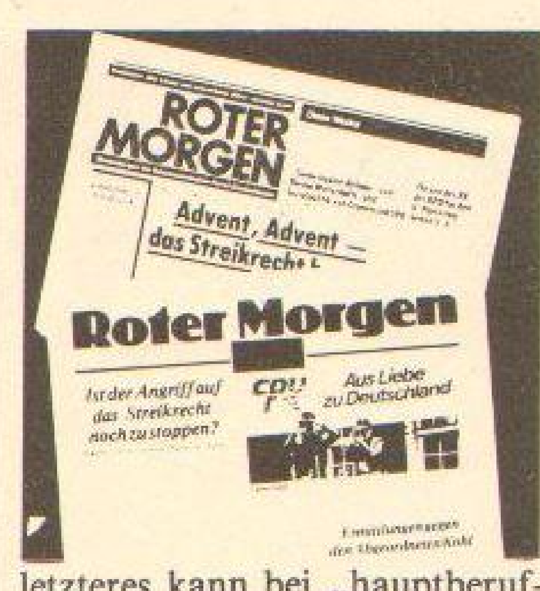
Es wäre übrigens interessant zu erfahren, wie sich die verschiedenen revolutionären Organisationen zu dieser Frage verhalten haben. Vielleicht könntet ihr es ja mal in Erfahrung bringen.

Mit revolutionären Grüßen
Wolfgang

Zum neuen RM-Konzept

Die neue Aufmachung und Gestaltung des zweiwöchentlichen RM gefällt mir sehr gut. Insbesondere gefällt mir a) die namentliche Kennzeichnung der Artikel, b) die Behandlung eines Schwerpunktthemas in Form der 4-Seitigen Beilage und c) die Verwendung von „Überschriften" über jeder Seite. Die Beilagen zur Schwerpunktthemen halte ich für sehr wichtig. Damit wir nicht nur ein bestimmtes Thema gründlich und von mehreren Seiten her behandelt, sondern man hat als Leser oder Parteimitglied auch konkretes Material und Argumentationshilfen in der Hand, mit denen man arbeiten kann. Und die NATO-Beilage in RM NR. 9 ist ja auch rechtzeitig (nämlich drei Wochen vor dem Anti-NATO-Kongreß) erschienen, so daß sie auch einer konkreten Vorbereitung dienen kann — in der KPD leider nicht immer eine Selbstverständlichkeit. Also: das Beilagen-Konzept unbedingt beibehalten!

Am neuen RM-Konzept gefällt mir auch, daß offenbar nun in die redaktionelle Arbeit mehr Genoss(inn)en einbezogen werden als früher. So können die „hauptberuflichen" Redakteure ja auch ein wenig entlastet werden, und die „Basis" wird aktiviert. Das hat m. E. den Vorteil, daß nun stärker Leute zu Wort kommen, die über bestimmte Gebiete schon genauer gearbeitet haben bzw. in konkreten Initiativen, Arbeitsgruppen etc. wirklich drinstecken —



letzteres kann bei „hauptberuflichen" Redakteuren in ihrem Büros ja wohl nur begrenzt der Fall sein.

Ich habe jedoch auch einige Kritikpunkte, die sich z. T. auch bereits auf den „alten" Rm (vor Nr. 7) beziehen.

a) Zum Stil bzw. zur Ästhetik: Mir sind einfach viel zu viele Artikel in Kursivschrift gedruckt. Ich denke, Kursivschrift sollte man für Kommentare und evtl. Glossen reservieren, nicht aber bei allen möglichen Artikel verwenden.

b) Zur Sprache: Ich finde, es werden einfach zu viele Fremdwörter und komplizierte Satzkonstruktionen verwendet (was auch eine üble Erscheinung unseres Programmentwurfs ist, aber da kann man ja leider kaum was ändern, würg). Nun bin ich als „Intellelli" zwar selbst viele Fremdwörter gewohnt und habe auch in der Schule seinerzeit Latein gehabt, aber warum muß es denn z. B. in dem Öl-Artikel in Nr. 9 unbedingt „Präludium" heißen, wo es doch — siehe Überschrift des Artikels — das deutsche, jedermann verständliche Wort „Vorspiel" gibt? Dies nur als Beispiel.

c) Zum Abwechslungsreichtum: Ich finde, im RM sind schon seit langem zu wenige Kurzartikel und Meldungen (neben den zweifellos notwendigen Hintergrundinformationen und Grundsatzartikeln) enthalten. Ich denke, mehr kürzere Artikel würden auch eine Zweiwochen-Zeitung beleben und sie gerade für Nicht-Insider etwas interessanter gestalten.

d) Zur Widerspiegelung unserer Arbeit und von Aktionen vor Ort: Schon seit langem fehlen mit Korrespondenzen über Aktivitäten der Partei (einige finden ja noch statt) oder anderer fortschrittlicher Gruppierungen vor Ort. Hier sind natürlich nicht so sehr die RM-Redakteure als vielmehr die Genoss(inn)en vor Ort gefordert; und „Volkskorrespondenz" braucht man ja das Ganze nicht zu betiteln (denn ums „Volk" hat es sich auch nie wirklich gehandelt).

e) Zur politischen Anleitung durch den RM: In einigen Artikeln müßte m. E. deutlicher aufgezeigt werden, welche politischen Perspektiven bzw. Handlungsmöglichkeiten in den tagespolitischen Fragen für die Partei insgesamt und für den einzelnen RM-Leser bzw. die einzelne RM-Leserin bestehen. Beispiel: §116. Wenn wir die DGB-Umfrage nach der Verabschiedung des neuen §116 als wenig sinnvoll ansehen, wie Hotschi das zu Recht im Leitartikel von RM Nr. 9 getan hat, bleibt doch die Frage, wie sich dann konkret die Partei und insbesondere die Betriebszellen verhalten sollen? Sollen wir z. B. weiterhin den Generalstreik fordern? Welche anderen weiterführenden politischen Perspektiven böten sich an? Ich finde, bei Leitartikeln zu so wichtigen Fragen muß sowas mit rein. Aber hier habe ich wohl nicht so sehr das neue redaktionelle RM-Konzept angesprochen als vielmehr die Frage nach dem Selbstverständnis der Partei in der Tagespolitik ...

Aber genug der Kritik an diesem Punkt. Insgesamt ist meine Meinung: der RM hat sich klar verbessert. Und auch wenn die Frage nach Konzept und Erscheinungsweise der Zeitung einer vereinigten Organisation erst nach der anstehenden Vereinigung erneut aufgeworfen werden soll, so möchte ich mich dennoch schon heute für die Beibehaltung einer zweiwöchentlichen Zeitung mit etwa dem derzeitigen Konzept aussprechen. Da auch die GIM eine zweiwöchentliche Zeitung hat und die vereinten finanziellen Kräfte günstiger sein dürften als die derzeitige Finanzlage unserer Partei, müßte das auch kräftemäßig zu schaffen sein.

Mit revolutionären Grüßen
Dietmar, Hamburg

Warum erst jetzt?

Liebe Genossinnen
und Genossen,
dieser Brief sollte eigentlich sofort nach dem Erscheinen des neuen RM geschrieben werden, was wir nicht gemacht haben.

Vom neuen RM sind wir angehem überrascht, von einem Tag auf den andern haben wir so eine gewaltige Änderung nicht erwartet. Endlich mach RM-Lesen wieder Spaß.

Früher war das so, wenn wir den RM schon sahen, hatten wir keine Lust mehr, ihn zu lesen. Längere Artikel waren unheimlich langweilig aufgemacht, überhaupt sah es so aus, als die ganze Zeitung lustlos hergestellt wurde.

Nur die Frage ist, warum das erst jetzt geschehen ist? Weniger Kohle, weniger Freigestellte = bessere Zeitung. Also hoffen wir, daß wir immer weniger Geld, immer weniger Freigestellte haben werden.

Mit roten Grüßen,
Münir



Klare Sache?

Liebe Genossen!
1. Euren Kommentar in RM 9/86, Seite 4 „Repressalien gegen die MLPD" finde ich nicht gut, insbesondere die Passage: „... bezweifeln wir, daß eine zentrale Demonstration in dieser Frage überhaupt eine geeignete Maßnahme ist". In solchen Fragen ist ehrliche Solidarisierung über Differenzen hinweg wichtiger als Distanzierung.

2. Bundestagswahlen '87. Ziele unsere Eingriefens sollten sein:

1. Die reaktionäre CDU/FDP-Regierung ablösen
2. Antiimperialistische Parteien, wie z. B. die Grünen wieder in den Bundestag zu bringen.
3. Den Atomfilz- und Pro-NATO-Flügel in der SPD schwächen (Schmidt, Apel, Rappe etc.)
4. Wahlprüfsteine aufstellen:

- 35-Stunden-Woche, Arbeit für alle,
- Raus aus der NATO, Kürzung Rüstungsausgaben
- Weg mit §116, für volles Streikrecht, Verbot der Aussperrung
- Verbot der NPD und FAP, weg mit Todesschuß, Geheimpolizei, maschinenlesbarem Personalausweis,
- BRD ABC-waffenfrei
- Abzug der Besatzungstruppen

Um diesem Ziele mit unseren momentanen Kräften näher zu kommen, scheint mir eine Listen- (2. Stimmen-)Kandidatur nicht sinnvoll.

Da die SPD seit Zustimmung zu Bundeswehr, Atombewaffnung, Notstandsgesetzen, Berufsverboten, Arbeitsförderungskonsolidierungsgesetz (AFKG) und immer noch NATO für revolutionäre Sozialisten (Luxemburg: Ein stinkender Kadaver) nicht wählbar ist und wohl an der Wende mitgewirkt aber in wichtigen Fragen keine Wende vollzogen hat, kommt eine Wahlempfehlung SPD nicht in Frage.

Bleibt angesichts der Schwäche der Revolutionären Linken trotz Differenzen zu Pro-SPD-Kräften (Pro-NATO-Kräften) wie Schily und Schierholz nur eine Empfehlung, die 2. Stimme den Grünen zu geben.

Bei der SPD sollte vor allem (.—.) Haltung 82 kritisiert werden, die zu großen DGB-Demos gegen Schmidt-Genscher führten — die Nicht-genug-Wende.

Aktuell ihr Bekenntnis zur NATO und Wirtschaftsprogramm zu Lasten der Werktätigen. Arbeitslosigkeit soll durch Erhöhung der Mehrwertsteuer beseitigt werden. Um den Klassenkampfgedanken und Sozialismus unter die Wähler zu tragen und die revolutionären Sozialisten zu verankern, sollte beim momentanen Standt der Entwicklung nicht der zweite Schritt vor dem ersten getan werden, d. h. es sollte in Zentren Direktkandidaten aufgestellt werden, z. B. Dortmund, Köln, Frankfurt, Hamburg etc. Das würde dem Argument den Boden entziehn, unsere Stimme nütze ja nur Kohl, andererseits würden etwaiges Bündnis und Partei nicht gleich überfordert werden.

Die Zweitstimme für Grünen ist ein erzwungener Kompromiß, da die Linke momentan nicht aussichtsreich kandidieren kann. Damit würden wir auch innerhalb der SPD Leute wie Rappe, Apel etc. schwächen, die SPD-Linke (?, unleserlich) um IGM-Janssen und Lafontaine stärken, denn Rau hätte größere Probleme, ohne Zugeständnisse zu regieren. Kämen die Grünen hingegen auf 4,95%, ergo nicht in den Bundestag, wären Kohl/Strauß/Genscher gerettet.
Was soll's also?
Für mich ist die Sache klar.
Rainer aus Wilhelmshaven und zwei weitere Genossen



Bundes-Arbeitsgemeinschaft Antifa/Ausländer der KPD

Samstag, 12. April ab 11 Uhr in der Gaststätte Keglereck (Ecke Niehlerstr./Florastr.) in Köln Nippes
Alle Genossinnen und Genossen aus der Antifa/Ausländerarbeit sind herzlich eingeladen.

Anzeige



ist ...
wenn wir uns hier und heute möglichst viel vom Leben nehmen, weil wir mehr als überleben wollen;
wenn wir uns den Spaß erlaugen, die immer neuen (Sicherheits-) Gesetze, die uns die Regierung beschert, zu übertreten,
wenn Cem karaca die türkischen Jugendlichen hier auffordert: „Nehmt eure Gitarren, singt eure Wut, eure Probleme, euer inneres und äußeres Elend raus!"
wenn Ernie hinter all dem Benefizzen das Ende der Rockmusik wittert und ihm — rülps — die seichte Pop-Religionswelle der U2, Simple Mindes und Mr. Mister entsetzlich aufstößt;
wenn Karo unsagbar wütend den Berliner Freibrief für Vergewaltiger bissig kommentiert.

... das rote Groschenheft der KJD



Kaum zu glauben. Aber das Porto ist teuerer als das Heft!
— Ich sehe trotzdem rot bei eurem radikalen Groschenheft und abonniere es für zunächst drei Ausgaben. Die 2,30 DM habe ich in Form von Briefmarken beigelegt.
— Ich sehe noch roter! Ich möchte radikal an Freunde und Bekannte weitergeben. Schickt mir von den nächsten drei Ausgaben jeweils vier Exemplare. Ich habe die 4,20 DM in Form von Briefmarken beigelegt.
— Ich weiß noch nicht genau. Schickt mir die nächste radikal als kostenloses Probeexemolar.

(Unter den ersten 20 Neuabos verlosen wir: Herne 3, John Cale, Klaus Hoffmann, The Cult und den Indi-Sampler „Hart aber herzlich".)

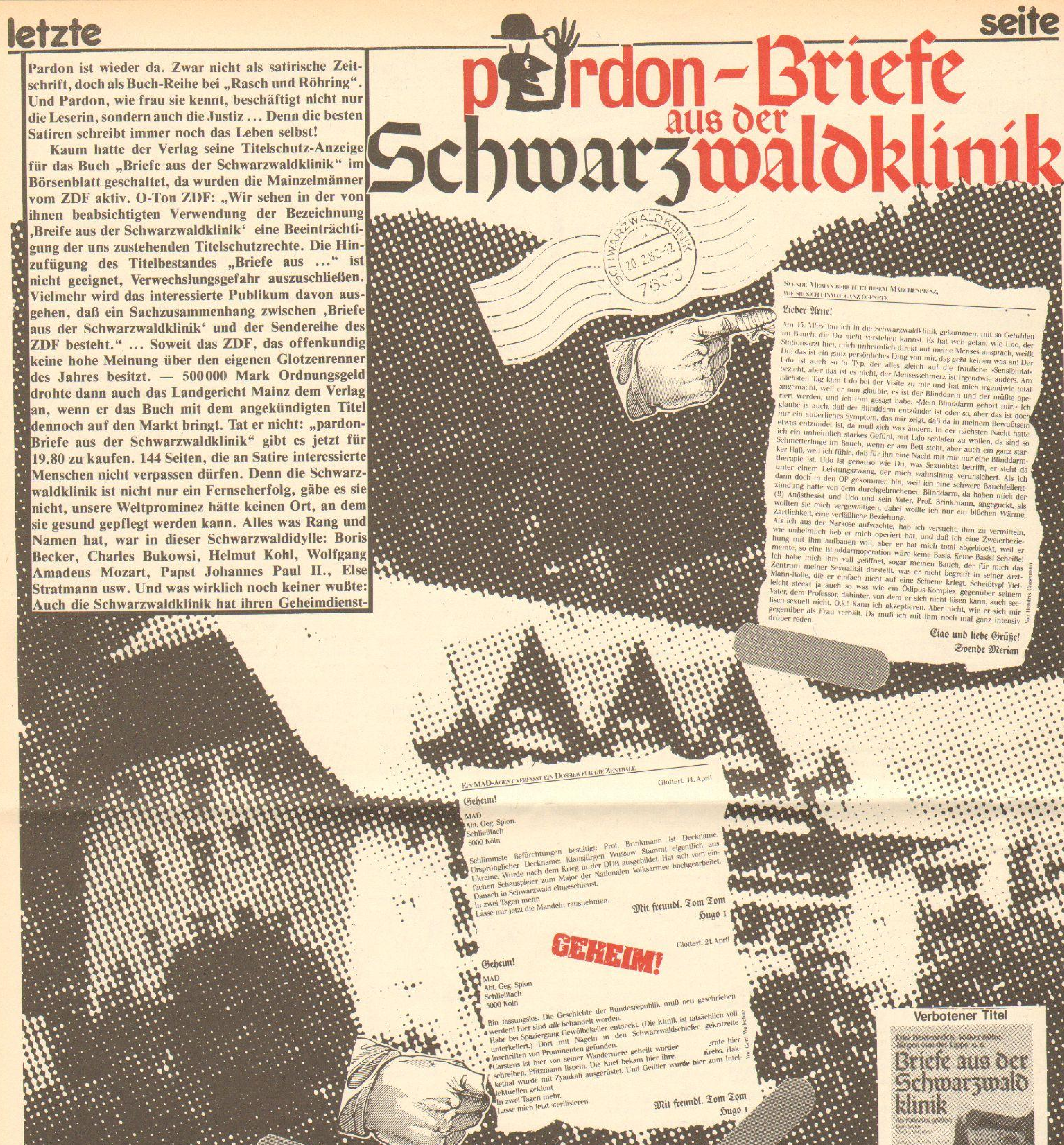


Ausschneiden und einsenden an: **radikal**, Wellinghoferstr. 103, 4600 Dortmund 30.

pardon-Briefe aus der Schwarzwaldklinik

Pardon ist wieder da. Zwar nicht als satirische Zeitschrift, doch als Buch-Reihe bei „Rasch und Röhring". Und Pardon, wie frau sie kennt, beschäftigt nicht nur die Leserin, sondern auch die Justiz ... Denn die besten Satiren schreibt immer noch das Leben selbst!

Kaum hatte der Verlag seine Titelschutz-Anzeige für das Buch „Briefe aus der Schwarzwaldklinik" im Börsenblatt geschaltet, da wurden die Mainzelmänner vom ZDF aktiv. O-Ton ZDF: „Wir sehen in der von ihnen beabsichtigten Verwendung der Bezeichnung ‚Breife aus der Schwarzwaldklinik' eine Beeinträchtigung der uns zustehenden Titelschutzrechte. Die Hinzufügung des Titelbestandes „Briefe aus ..." ist nicht geeignet, Verwechslungsgefahr auszuschließen. Vielmehr wird das interessierte Publikum davon ausgehen, daß ein Sachzusammenhang zwischen ‚Briefe aus der Schwarzwaldklinik' und der Sendereihe des ZDF besteht." ... Soweit das ZDF, das offenkundig keine hohe Meinung über den eigenen Glotzenrenner des Jahres besitzt. — 500000 Mark Ordnungsgeld drohte dann auch das Landgericht Mainz dem Verlag an, wenn er das Buch mit dem angekündigten Titel dennoch auf den Markt bringt. Tat er nicht: „pardon-Briefe aus der Schwarzwaldklinik" gibt es jetzt für 19.80 zu kaufen. 144 Seiten, die an Satire interessierte Menschen nicht verpassen dürfen. Denn die Schwarzwaldklinik ist nicht nur ein Fernseherfolg, gäbe es sie nicht, unsere Weltprominenz hätte keinen Ort, an dem sie gesund gepflegt werden kann. Alles was Rang und Namen hat, war in dieser Schwarzwaldidylle: Boris Becker, Charles Bukowski, Helmut Kohl, Wolfgang Amadeus Mozart, Papst Johannes Paul II., Else Stratmann usw. Und was wirklich noch keiner wußte: Auch die Schwarzwaldklinik hat ihren Geheimdienst-



SVENDE MERIAN BERICHTET IHREM MÄRCHENPRINZ, WIE SIE SICH EINMAL GANZ ÖFFNETE

Lieber Arne!

Am 15. März bin ich in die Schwarzwaldklinik gekommen, mit so Gefühlen im Bauch, die Du nicht verstehen kannst. Es hat weh getan, wie Udo, der Stationsarzt hier, mich unheimlich direkt auf meine Menses ansprach, weißt Du, das ist ein ganz persönliches Ding von mir, das geht keinen was an! Der Udo ist auch so 'n Typ, der alles gleich auf die frauliche »Sensibilität« bezieht, aber das ist es nicht, der Mensesschmerz ist irgendwie anders. Am nächsten Tag kam Udo bei der Visite zu mir und hat mich irgendwie total angemacht, weil er nun glaubte, es ist der Blinddarm und der müßte operiert werden, und ich ihm gesagt habe: »Mein Blinddarm gehört mir!« Ich glaube ja auch, daß der Blinddarm entzündet ist oder so, aber das ist doch nur ein äußerliches Symptom, das mir zeigt, daß da in meinem Bewußtsein etwas entzündet ist, da muß sich was ändern. In der nächsten Nacht hatte ich ein unheimlich starkes Gefühl, mit Udo schlafen zu wollen, da sind so Schmetterlinge im Bauch, wenn er am Bett steht, aber auch ein ganz starker Haß, weil ich fühle, daß für ihn eine Nacht mit mir nur eine Blinddarmtherapie ist. Udo ist genauso wie Du, was Sexualität betrifft, er steht da unter einem Leistungszwang, der mich wahnsinnig verunsichert. Als ich dann doch in den OP gekommen bin, weil ich eine schwere Bauchfellentzündung hatte von dem durchgebrochenen Blinddarm, da haben mich der (!!) Anästhesist und Udo und sein Vater, Prof. Brinkmann, angeguckt, als wollten sie mich vergewaltigen, dabei wollte ich nur ein bißchen Wärme, Zärtlichkeit, eine verläßliche Beziehung.

Als ich aus der Narkose aufwachte, hab ich versucht, ihm zu vermitteln, wie unheimlich lieb er mich operiert hat, und daß ich eine Zweierbeziehung mit ihm aufbauen will, aber er hat mich total abgeblockt, weil er meinte, so eine Blinddarmoperation wäre keine Basis. Keine Basis! Scheiße! Ich habe mich ihm voll geöffnet, sogar meinen Bauch, der für mich das Zentrum meiner Sexualität darstellt, was er nicht begreift in seiner Arzt-Mann-Rolle, die er einfach nicht auf eine Schiene kriegt. Scheißtyp! Vielleicht steckt ja auch so was wie ein Ödipus-Komplex gegenüber seinem Vater, dem Professor, dahinter, von dem er sich nicht lösen kann, auch seelisch-sexuell nicht. O.k.! Kann ich akzeptieren. Aber nicht, wie er sich mir gegenüber als Frau verhält. Da muß ich mit ihm noch mal ganz intensiv drüber reden.

Ciao und liebe Grüße!
Svende Merian

Von Hendrik Crasemann

EIN MAD-AGENT VERFASST EIN DOSSIER FÜR DIE ZENTRALE

Glottert, 14. April

Geheim!

MAD
Abt. Geg. Spion.
Schließfach
5000 Köln

Schlimmste Befürchtungen bestätigt: Prof. Brinkmann ist Deckname. Ursprünglicher Deckname: Klausjürgen Wussow. Stammt eigentlich aus Ukraine. Wurde nach dem Krieg in der DDR ausgebildet. Hat sich vom einfachen Schauspieler zum Major der Nationalen Volksarmee hochgearbeitet. Danach in Schwarzwald eingeschleust.
In zwei Tagen mehr.
Lasse mir jetzt die Mandeln rausnehmen.

Mit freundl. Tom Tom
Hugo 1

GEHEIM!

Glottert, 21. April

Geheim!

MAD
Abt. Geg. Spion.
Schließfach
5000 Köln

Bin fassungslos. Die Geschichte der Bundesrepublik muß neu geschrieben werden! Hier sind *alle* behandelt worden.
Habe bei Spaziergang Gewölbekeller entdeckt. (Die Klinik ist tatsächlich voll unterkellert.) Dort mit Nägeln in den Schwarzwaldschiefer gekritzelte Inschriften von Prominenten gefunden. ...ernte hier Carstens ist hier von seiner Wanderniere geheilt worden ... Krebs. Hakschreiben, Pfitzmann lispeln. Die Knef bekam hier ihre ... kethal wurde mit Zyankali ausgerüstet. Und Geißler wurde hier zum Intellektuellen geklont.
In zwei Tagen mehr.
Lasse mich jetzt sterilisieren.

Mit freundl. Tom Tom
Hugo 1

Von Gerd Wollschon

Glottert, 32. April

Geheim!

MAD
Abt. Geg. Spion.
Schließfach
5000 Köln

Das ist Spitze! Wussow hat in Libyen Medizin studiert. Zwei Monate lang. Zusammen mit Köhnlechner. Habe das von seiner Lernschwester erfahren. Danach vier Jahre Kaderschulung mit Brandauer an der Burg. Unter Gründgens, der bekanntlich sehr seltsam ums Leben kam. Major Wussow gilt in Kreisen des ZDF als Kapazität. So hat er z. B. Graf Lambsdorff zu 50 % von der Krallenfußschen Krankheit geheilt (beim zweiten Bein wurden allerdings die Devisen gekürzt). Bau sind mehrere Sprachhülsen entfernt worden. Und bei Baum hat W. den Kopf erfolgreich ausgeschabt.
Meine Tarnung ist übrigens perfekt. Man hält mich tatsächlich für einen Privatpatienten.
Lasse mir jetzt ein Bein amputieren.

Mit freundl. Tom Tom
Hugo 1

GEHEIM!

Glottert, 4. Juni

Geheim!

MAD
Abt. Geg. Spion.
Schließfach
5000 Köln

Habe mit der Oberschwester geschlafen. Hat ausgepackt: Die Klinik hat auch einen Anbau. Von vorne nicht zu sehen. Mit offener Therapie für Politiker.
Kanalarbeiter haben hier ihre Suite. Direkt neben der CDA.
Mit Kabelanschluß zum BDI. Alles auf Spendenquittung.
Schmidts Heimorgel steht hier und Wörners Sandkasten. Lübke soll hier Kohls Reden geschrieben haben.
Morgen mehr.
Lasse mir jetzt die Nierensteine zertrümmern.

Mit freundl. Tom Tom
Hugo 1

Geheim!

Glottert, 18. Juni

MAD
Abt. Geg. Spion.
Schließfach
5000 Köln

Ich werde wahnsinnig! Major Wussow hat alle prominenten Politiker versaut. Hier zeigt der Kommunismus mal wieder sein wahres Gesicht! Kohls Sprachhirn z. B. ist nach »Prof.« Brinkmanns Eingriff fast völlig ausgerottet. Nur noch für Wahlzwecke tauglich. Kein Englisch mehr, kein Französisch, kein Spanisch, kein Bayrisch. Nur etwas Oggersheimer Plattler!
Auch Wörner, früher ein begabter Starfighter-Pilot, hat sich von seiner Lachsack-Operation nie mehr erholt.
Der schrecklichste Kunstfehler ist aber Blüm: Der arme Mann, dem nur sein IGM-Mitgliedsbuch entfernt werden sollte, hat versehentlich die Bereitschaftserklärung zu einer Gehirntransplantation unterschrieben. Jetzt hat er das Gehirn von Esser. Und Esser kann mit seinem nichts anfangen und hat es an Wallraff verkauft.
In zwei Tagen mehr.
Lasse mir jetzt die Prostata entfernen.

Mit freundl. Tom Tom
Hugo 1

GEHEIM!

Geheim!

Glottert, 19 August

MAD
Abt. Geg. Spion.
Schließfach
5000 Köln

Allerschlimmste Befürchtungen eingetroffen. Major Wussow hat mich wahrscheinlich mit Hilfe von Leutnant Hehn enttarnt.
Gaby Dohm Tochter von Mata Hari. Löwe, der Regisseur Tögel gebissen hat, vom russischen Staatszirkus.
Kieling war Überläufer. Rademann gab den Befehl.
ZDF von Moskau gesteuert.
Fuchsberger Doppelagent.
Muß aufhören. Prof. Brinkmann kommt.

Verbotener Titel

Briefe aus der Schwarzwald klinik

„pardon-Briefe aus der Schwarzwaldklinik", 144 Seiten, 19,80 DM, Verlag: Rasch und Röhring 1986, ISBN 3-89136-077-0. Autoren des Buches: Volker Kühn, Joachim Steffen, Heipe Weiss, Hendrik Crasemann, Jürgen von der Lippe, Hans Conrad Zander, Ekkes Frank, Micheal Klaus, Jürgen Buchmann, Roswitha Fröhlich, Hansjürgen Jendral, Herbert Bonewitz, Wolfgang Körner, Dieter Huthmacher, Wolfgang Sieg, Bernd Pohlenz, Erich Virch, Thomas D. Breuer, Werner Geifrig, Jens Hagen, Dieter Bormund, Werner Koczwara, Otto Köhler, Freimut Wössner, Alfons Schweiggert, Pepsch Gottscheber, Christoph Treutwein, Albert Röhl, Wolfram Eicke, Uwe Nielsen, Hardy Scharf, Gerd Wollschon, Gerd Schmitt-Hausser, Lorenz Keiser, Elke Heidenreich, Michael Ammann, Eugen Oker.